

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**

Wortprotokoll

82. Sitzung

**Mittwoch, 11. Februar 2009, 09.00 bis 11.40 Uhr
11011 Berlin, Platz der Republik
Sitzungssaal: Paul-Löbe-Haus, E.800**

Vorsitz: Thilo Hoppe, MdB

Öffentliche Anhörung zum Thema:

**„Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und
Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik“**

Sachverständige:

- | | |
|----------------------------|--|
| Dr. Louis Kasekende | Chief Economist der African Development Bank Group,
Tunis |
| Wolfgang Kroh | Mitglied des Vorstands der KfW-Bankengruppe |
| Dr. Yash Tandon | Executive Director South Centre, Genf |
| Peter Wahl | „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“ (Weed), Berlin |
| Dr. Peter Wolff | Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Leiter
Abteilung Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung,
Bonn |

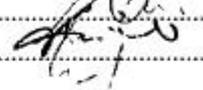
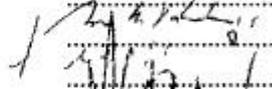
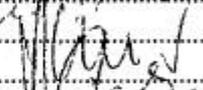
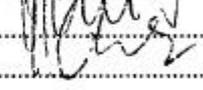
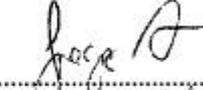
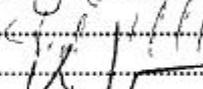
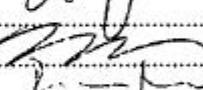
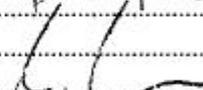
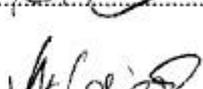
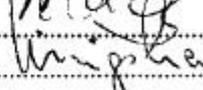
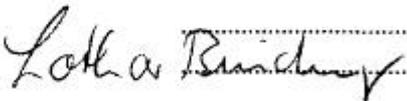
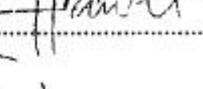
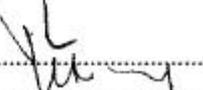
Mittwoch, 11. Februar 2009, 09:00 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bauer Dr., Wolf		Borchert, Jochen
Fischer (Göttingen), Hartwig		Brauksiepe Dr., Ralf
Geis, Norbert	Flosbach, Klaus-Peter
Grund, Manfred	Frankenhauser, Herbert
Hübinger, Anette		Fuchtel, Hans-Joachim
Klimke, Jürgen		Götz, Peter
Pfeiffer, Sibylle		Nüßlein Dr., Georg
Ruck Dr., Christian	Vaatz, Arnold
SPD		SPD	
Amann, Gregor		Drobinski-Weiß, Elvira
Groneberg, Gabriele		Dzembitzki, Detlef
Hilsberg, Stephan		Hoffmann (Wismar), Iris
Kofler Dr., Bärbel		Kolbow, Walter
Raabe Dr., Sascha		Kumpf, Ute
Riemann-Hanewinkel, Christel		Schwabe, Frank
Riester, Walter		Wegener, Hedi
Wodarg Dr., Wolfgang	
FDP		FDP	
Addicks Dr., Karl		Leibrecht, Harald
Königshaus, Hellmut		Meinhardt, Patrick
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Aydın, Hüseyin-Kenan		Jelpke, Ulla
Hänsel, Heike		Ulrich, Alexander
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Hoppe, Thilo		Kurth (Quedlinburg), Undine
Koczy, Ute	Strengmann-Kuhn Dr., Wolfgang

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)

Mittwoch, 11. Februar 2009, 09:00 Uhr

öff

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

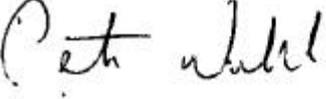
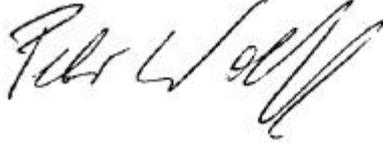
Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

<i>Romero</i>	<i>Grüne</i>	<i>Romero</i>
<i>Schubert (ip)</i>	<i>FDP</i>	<i>D. Schubert (ip)</i>
<i>Möke</i>	<i>SPD</i>	<i>Möke</i>
<i>Oswald</i>	<i>CDU/CSU</i>	<i>Oswald</i>
<i>W. Jochims</i>	<i>Grüne</i>	<i>W. Jochims</i>
<i>Voigt</i>	<i>FDP</i>	<i>Voigt</i>
.....

Sachverständige zur öffentlichen Anhörung
"Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer
und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik"
am 11. Februar 2009
im Paul-Löbe-Haus, Raum E 800, 9.00 bis 11.30 Uhr

<p>Dr. Louis Kasekende Chief Economist der African Development Bank Group, Tunis</p>	
<p>Wolfgang Kroh Mitglied des Vorstands der KfW-Bankengruppe</p>	
<p>Dr. Yash Tandon Executive Director South Centre, Genf</p>	
<p>Peter Wahl "Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung" (Weed), Berlin</p>	
<p>Dr. Peter Wolff Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Leiter Abteilung V: Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung, Bonn</p>	

22. Januar 2009

Konzept für eine Öffentliche Anhörung im AWZ:

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik

Vorbemerkung

Seit Mitte 2008 befinden sich die globalen Kapitalmärkte in einer erneuten Krise, die – im Gegensatz zu den Verwerfungen in den 1980-er und 1990-er Jahren – hauptsächlich von den Industriestaaten und besonders den USA ausgegangen ist. Welche Folgen diese Entwicklung für die Entwicklungsländer haben könnte, wird derzeit in Politik und Wissenschaft diskutiert. Während einige Beobachter vor allem negative Konsequenzen für die Kapitalmärkte in Schwellenländern befürchten, reichen andere Prognosen für die Entwicklungsländer von einer Reduzierung der öffentlichen Entwicklungshilfe über die sinkende Nachfrage zum Beispiel nach Textilien bis zum Abzug bzw. der Zurückstellung von Investitionen durch Unternehmen der Industrieländer.

Einigkeit scheint darüber zu herrschen, dass es sich bei den derzeitigen Schwierigkeiten des Finanzsektors nicht um ein regional begrenztes Problem handelt, sondern dass auch die Entwicklungszusammenarbeit von ihnen betroffen sein wird. Wie die Erfahrungen der zurückliegenden Krisen gezeigt haben, besteht aufgrund der starken Verflechtungen auf den Finanzmärkten eine hohe „Ansteckungsgefahr“:

Die Anhörung möchte den Ausschussmitgliedern Gelegenheit bieten, sich von Experten über die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Entwicklungs- und Schwellenländern unterrichten zu lassen. Dazu soll in einem ersten Teil von den geladenen Gästen eine Bestandsaufnahme derzeitiger Trends geliefert werden, während es im zweiten Teil um die Diskussion konkreter Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik gehen wird.

Gliederung der Anhörung

Die Anhörung wird sich in zwei Komplexe gliedern. Während im ersten Teil Analysen und Bewertungen der aktuellen Entwicklungen auf dem Finanzmarkt in ihrer Wirkung auf die Entwicklungs- und Schwellenländer im Vordergrund stehen, sollen die geladenen Experten im zweiten Teil konkrete Handlungsempfehlungen für die Entwicklungspolitik formulieren. Jeder Gast bekommt in den beiden Runden die Gelegenheit zu einem 5-minütigen einführenden Statement, an das sich die Nachfragen der Ausschussmitglieder anschließen.

Komplex I: Folgen der Finanzmarktkrise für die Entwicklungsländer

Die ExpertInnen werden in diesem Teil der Anhörung gebeten, die aktuelle Finanzmarktkrise auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Entwicklungs- und Schwellenländern zu

beziehen. Sie sollen einschätzen, welche Auswirkungen die Schwierigkeiten auf den Finanzmärkten in den OECD-Ländern und der damit verbundene prognostizierte Abschwung in Produktion und Konsum auf die Staaten des Südens aktuell haben. Hier bietet sich eine separate Einschätzung für Schwellenländer einerseits und Entwicklungsländer andererseits augenscheinlich an, da erstgenannte wesentlich enger in den internationalen Finanzmarkt eingebunden sind. Über die Themen Entwicklung der Staatfinanzen, Investitionen, Schulden, Kapitalabfluss etc. hinaus werden Analysen erbeten, die genuine Felder der Entwicklungspolitik betreffen. So ist von Interesse, welche Konsequenzen die aktuelle Situation in Bezug auf die Bekämpfung der Armut, den Auf- und Ausbau von Bildungs- und Gesundheitssystemen und die soziale Lage der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen haben kann.

Es ist den Referierenden überlassen, auf spezielle Erscheinungen der internationalen Finanzmärkte einzugehen, die sie für die Entwicklungspolitik für relevant halten. Denkbar wären zum Beispiel Aussagen zum Wirken von Private Equity- und Hedgefonds, zu Mechanismen der Nahrungsmittelspekulation, zu den Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten, den Aktivitäten so genannter Vulture Fonds, zur Schuldenproblematik, zur Rolle der internationalen Finanzorganisationen oder zur Kapitalflucht. Über eine aktuelle Bestandsaufnahme und deren Bewertung hinaus ist es wünschenswert, wenn die geladenen Experten mittelfristige Zukunftsszenarios skizzieren, die mögliche Entwicklungen im Süden mit Blick auf die Finanzmarktkrise beschreiben.

Komplex II: Aktuelle Handlungsanforderung für die Entwicklungspolitik

Im zweiten Teil der Anhörung sollen Möglichkeiten der Einflussnahme durch das gesamte Instrumentarium der Entwicklungspolitik in der gegenwärtigen Situation diskutiert werden. Es wäre über die Optionen der Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne hinaus zu erörtern, welche Arten von Interventionen und Regulationen des internationalen Finanzmarktes aus entwicklungspolitischer Sicht wünschenswert und umsetzbar wären. Diese Fragen betreffen beispielsweise neue Instrumente der Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit, die Governance-Rolle von multilateralen Kreditgebern wie IWF, Weltbank oder AfDB auf den Finanzmärkten, die Zukunft der Offshore-Zentren, die Probleme von Verschuldung usw.

Die Experten werden gebeten, möglichst konkrete Vorschläge zu präsentieren, wie die Entwicklungspolitik angemessen auf die Herausforderungen im Zuge der Finanzkrise reagieren kann und welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen erforderlich sind, um armutsorientiertes Wachstum und sozialen Ausgleich in Entwicklungs- und Schwellenländern zu unterstützen.

Fragekatalog für die Anhörung

Komplex I: Folgen der Finanzmarktkrise für die Entwicklungsländer

- Besteht eine „Ansteckungsgefahr“ der Finanzmarktkrise in Bezug auf die Kapitalmärkte in Schwellenländern einerseits und Entwicklungsländern andererseits?

- Welche Auswirkungen hat die derzeitige Krise auf den Finanzmärkten auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Entwicklungsländern?
- Welche Auswirkungen hat die derzeitige Krise auf den Finanzmärkten auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Schwellenländern?
- Wie wird sich der prognostizierte Abschwung in Produktion und Konsum in den OECD-Ländern auf die die Entwicklungsländer auswirken? Werden die Auswirkungen auf die Schwellen-, die Entwicklungsländer und die LDCs unterschiedlich ausgeprägt sein?
- Ist zu beobachten, dass die für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellten Finanzierungen im Zuge der Finanzmarktkrise abnehmen?
- Wie stellt sich die aktuelle Situation der Entwicklungsländer mit Blick auf die Verschuldung bei privaten und öffentlichen Gläubigern dar? Haben die Umschuldungsinitiativen der vergangenen Jahre zu einem Abbau der Schulden beigetragen?
- Wie hoch ist das Engagement so genannter Vulture Fonds? Nimmt die Aktivität dieser Akteure zu? Was bedeutet das aus entwicklungspolitischer Perspektive?
- Welche aktuellen Erkenntnisse gibt es in Bezug auf die Höhe und Wege des Kapitalabflusses aus Entwicklungs- und Schwellenländern? Wie ist das Problem der Kapitalflucht aus entwicklungspolitischer Sicht zu bewerten?
- Welche Rolle spielen Steueroasen bei der Kapitalflucht?
- Wie entwickeln sich ausländische Direktinvestitionen in Ländern des Südens? In welche Wirtschaftssektoren und welche Regionen/Länder wird hauptsächlich investiert? Tragen diese Investitionen zu einer nachhaltigen ökonomischen und sozialen Entwicklung bei?
- Welche Sektoren werden von Veränderungen besonders betroffen sein und was wird das für Auswirkungen auf die Armutsreduktion haben?
- Welche Bedeutung haben „institutionelle Anleger“ wie Private Equity- und Hedgefonds für die Kapitalmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern? Wie sind deren Aktivitäten in Bezug auf armutsorientierte Entwicklung einzuschätzen?
- Welche Rolle spielt die Spekulation mit Nahrungsmitteln für den Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln im Laufe der vergangenen zwei Jahre?
- Wie wirken sich die Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten auf die Staatsfinanzen in Entwicklungs- und Schwellenländern aus?

Komplex II: Aktuelle Handlungsanforderungen für die Entwicklungspolitik

- Welche Maßnahmen in Bezug auf die Finanzmarktkrise sind aus entwicklungspolitischer Perspektive aktuell geboten?
- Welche Initiativen sind notwendig, um der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern zu begegnen?
- Welche Arten von Interventionen und Regulationen der internationalen Finanzmärkte sind aus entwicklungspolitischer Sicht wünschenswert? Inwieweit sind sie umsetzbar?
- Welche Auswirkungen hätte eine stärkere Regulierung von so genannten „institutionellen Anlegern“ und deren Aktivitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern?
- Welche Rolle sollte speziell der IWF, ferner die Weltbank und die Regionalbanken, im Rahmen der Regulation der Finanzmärkte einnehmen?
- Sind die aktuell praktizierten Strategien zur Um- und Entschuldung von Entwicklungsländern ausreichend, um einen akzeptablen Grad der Verschuldung zu erreichen? Welche zusätzlichen Initiativen sind hier empfehlenswert?
- Wie sollte mit dem Problem der Spekulation auf Nahrungsmittel und Rohstoffe umgegangen werden?
- Welche Maßnahmen können zusätzlich ergriffen werden, um den Fluss von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer in jene Wirtschaftssektoren zu erhöhen, die einen Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltiger Steigerung der Staatseinnahmen leisten?

Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr

Der **Vorsitzende, Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Ich eröffne die Anhörung „Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik“. Eine thematische Einleitung muss ich bei diesem Thema nicht geben. Die Finanzkrise ist in aller Munde, nachdem das Jahr 2008 mit der Welternährungskrise begonnen hat. Wir möchten in diesem Ausschuss der Frage nachgehen, wie schwer und in welcher Weise die Entwicklungs- und Schwellenländer betroffen sind. Das wird der erste Block unserer Anhörung sein. Im zweiten Block werden wir danach fragen, welche Handlungsoptionen es gibt und wie man global gegensteuern kann. Von besonderem Interesse ist dabei, welche Instrumente der Entwicklungspolitik man einsetzen kann. Was ergibt sich aus dieser Krise für die Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und für die Arbeit, die wir hier konstruktiv kritisch begleiten? Ich bin sehr froh, dass wir renommierte internationale und nationale Experten bekommen haben, die weite Reisen zurückgelegt haben, um uns mit ihrem Sachverstand zur Verfügung zu stehen. Ich begrüße besonders herzlich Herrn Dr. Louis Kasakende, Chef-Volkswirt der Afrikanischen Entwicklungsbank. Er ist aus Tunis heute zu uns gekommen. Ich begrüße genauso herzlich Herrn Dr. Yash Tandon, Exekutive Director des South Centre aus Genf. Viele, die auf der Konferenz in Doha dabei waren, haben ihn schon kennengelernt. Dort hat er an einem Side-Event des BMZ teilgenommen. Daneben – uns von anderen Anhörungen und Veranstaltungen schon wohl bekannt – begrüße ich Herrn Wolfgang Kroh, Mitglied des Vorstandes der KfW-Bankengruppe. Außerdem begrüße ich Herrn Dr. Peter Wolff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und Herrn Peter Wahl von Weed („Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“), der auch aus der Perspektive der NGOs, der globalisierungskritischen Bewegungen, diese Anhörung begleitet. Ich begrüße natürlich auch die Parlamentarische Staatssekretärin des BMZ, Frau Karin Kortmann, und weitere Mitarbeiter des BMZ, die diese Anhörung mit begleiten.

Zum Procedere: Es gibt zwei Blöcke. Es ist schon vor einiger Zeit vereinbart worden, dass wir eine Redezeitkontingentierung für die Fragen haben. Den großen Fraktionen stehen für beide Blöcke insgesamt acht Minuten Fragezeit zur Verfügung, den drei kleineren Oppositionsfraktionen jeweils vier Minuten. Wie Sie die Redezeit aufteilen, zum Beispiel 50:50 auf beide Blöcke oder das Schwergewicht auf den ersten oder zweiten Block legen, bleibt Ihnen überlassen. Wir geben ein kurzes Klopfsignal auf das Mikrofon, wenn das Kontingent für die erste Runde erschöpft ist.

Wenn es keine weiteren Fragen zum Procedere gibt, dann eröffne ich die erste Runde der Statements der Sachverständigen von je fünf Minuten. Auch hier geben wir ein kurzes Signal, wenn die Zeit erreicht ist. Ich bitte Herrn Dr. Peter Wolf, in das Thema einzuführen. Herr Dr. Wolff, Sie haben das Wort.

Dr. Peter Wolff (DIE): Sehr verehrte Damen und Herren, bitte lassen Sie mich vorausschicken, dass alle Vorhersagen, was die Auswirkungen der Finanzkrise generell und die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer angeht, mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet sind. Das ist unser generelles Problem mit der Krise. Sie ist außergewöhnlich. Es gibt keine Vorbilder, zumindest nicht aus den letzten Jahrzehnten. Daher sind alle Modelle, die man, was Voraussagen im wirtschaftlichen Bereich angeht, üblicherweise zugrunde legt, im Augenblick nicht zu gebrauchen. Diese Unsicherheit ist es auch, die das Problem ausmacht, vor allem für die Akteure im staatlichen als auch im privaten Bereich, weil die Handlungssicherheit bzw. Berechenbarkeit völlig fehlt. Insofern haben wir es sowohl in Industrieländern als auch Entwicklungsländern, mit einer großen Schwierigkeit zu tun, Zukunftsplanungen vorzunehmen, was vor allem auch für den privatwirtschaftlichen Bereich sehr problematisch ist. Der IWF, die Weltbank und andere sagen, dass wir aller Voraussicht nach in diesem Jahr in etwa eine Halbierung der Wachstumsraten in Schwellenländern und Entwicklungsländern haben werden. Dieser Rückgang der Wirtschaftsleistung wird durch zwei Kanäle beeinflusst: Den Finanzierungskanal und den realwirtschaftlichen Kanal.

Auf der Finanzierungsseite haben Schwellenländer und Entwicklungsländer das Problem, dass sich die Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzierungsbedingungen auf den internationalen Kapitalmärkten drastisch verschlechtert haben. Die Risikoaufschläge auf die Verzinsung von Auslandsanleihen sind deutlich erhöht worden, sofern die Länder überhaupt noch Zugang zu internationalen Kapitalmärkten haben. Dass sich noch im letzten Jahr ein Land wie Ghana mit Auslandsanleihen auf den internationalen Kapitalmärkten verschulden konnte, ist inzwischen völlig ausgeschlossen. Auch Länder, die einen sehr guten Zugang zu Kapitalmärkten hatten, müssen jetzt hohe Risikoaufschläge zahlen. Dazu kommen noch der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen und der Rückgang von Überweisungen und Migranten im Ausland. Über diesen Finanzierungskanal haben vor allem zunächst die Schwellenländer ein großes Problem, was die Refinanzierung ihrer Auslandsschulden angeht. Viele Schwellenländer haben noch einen gewissen Puffer, mit dem sie einige Monate zurechtkommen können. Denn sie haben es in den vergangenen Jahren durch einigermaßen gute makroökonomische Politiken geschafft, relativ hohe Währungsreserven aufzubauen. Aber wir müssen damit rechnen, dass noch im Laufe dieses Jahres mehr

Schwellenländer als bisher – bisher waren es im Wesentlichen einige osteuropäische Länder, wie Ungarn, die Ukraine aber auch Island – Probleme bekommen. Es zeichnet sich ab, dass im Laufe des Jahres hoher Finanzierungsbedarf bei Schwellenländern auftreten wird, den sie nicht über die privaten Kapitalmärkte decken können. Das ist der Finanzierungskanal, der die ärmeren Entwicklungsländer erst mit einer längeren Verzögerung trifft, weil sie sich in aller Regel nicht oder nur zu einem geringen Teil auf den Kapitalmärkten refinanzieren können. Davon sind die Schwellenländer also zunächst einmal stärker betroffen. Von den Rückgängen ausländischer Direktinvestitionen und Überweisungen von Arbeitern im Ausland werden aber auch die ärmeren Länder über kurz oder lang betroffen sein.

Der zweite Kanal, der realwirtschaftliche Faktor, wirkt sich jetzt, das heißt in den ersten Monaten dieses Jahres, massiv aus. Wir haben es mit einer weltweiten Kontraktion der Nachfrage zu tun. Davon sind zunächst die Länder betroffen, die stark in den Welthandel integriert sind. Es sind die ostasiatischen Länder, bei denen wir die größten Rückgänge haben, bis zu 30, 40 Prozent. Länder, die weniger in den Weltmarkt integriert sind, sind davon bislang wenig betroffen. Diese Nachfragekontraktion ist es auch, die sich massiv durchschlägt und sich vor allem auf die Beschäftigungslage – zunächst in den Schwellenländern – auswirken wird. In den ärmeren Ländern sind es vor allem die Rohstoff exportierenden Länder, die durch den Rückgang der Rohstoffnachfrage und -preise stark betroffen sein werden. Wir haben also über beide Kanäle eine Betroffenheit in diesem Jahr – zunächst einmal stärker bei den Schwellenländern, in zweiter Linie aber auch deutliche Wachstumsrückgänge bei den ärmeren Ländern. Aller Voraussicht nach wird dies auch auf mittlere Sicht so sein.

Lassen Sie mich mit der Frage der Handlungsspielräume schließen – zunächst einmal nicht die internationalen, sondern die Handlungsspielräume in den Ländern selbst. Wir kommen erst in der zweiten Runde zu dem Punkt: Was kann die Entwicklungspolitik tun? Es ist nicht so, dass Entwicklungsländer selbst keine Handlungsspielräume hätten. Sie sind es, die zunächst gefordert sind, zu handeln. Wir sehen vor allem bei Schwellenländern, an erster Stelle China, dass dort erhebliche Handlungsspielräume im Haushalts-, aber auch im Finanzierungsbereich allgemein bestehen. Wir sehen auch bei anderen großen Schwellenländern, wie Brasilien oder Indien, Spielräume, die genutzt werden und in den letzten Monaten genutzt worden sind, um mit Konjunkturpaketen die interne Nachfrage zu stützen. Wie wir von China wissen, kann man das Problem der internen Migranten durchaus auch mit einer ausgleichenden, einer sozialen und einer regionalen Komponente in den Griff bekommen. Wir haben beispielsweise in Ländern wie Indonesien Spielräume gesehen. Dort

wurden in den letzten Jahren viele Milliarden Dollar für Energiesubventionen ausgegeben, die im Wesentlichen den gehobenen Bevölkerungsschichten zukommen und die in den letzten Monaten aufgrund der sinkenden Energiepreise zu hohen Einsparungen von mehreren Milliarden Dollar geführt haben. Das sind Spielräume, die für Konjunkturpakete und ausgleichende Politiken auch intern genutzt werden können. Ich würde an erster Stelle zunächst die Frage an die Entwicklungsländer, das heißt an die Partnerländer richten, was sie selbst tun, wie die eigene Krisenreaktion aussieht und ob dort Spielräume genutzt werden, um der Krise zu begegnen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Dr. Wolff. Wir kommen nun zu Herrn Dr. Kasekende von der Afrikanischen Entwicklungsbank. Ich bitte Sie um Ihr Statement!

Dr. Louis Kasekende (African Development Bank Group): Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte zunächst drei Punkte anbringen und dann die Krise selbst analysieren.

Der erste Punkt: Afrika ist kein homogener Kontinent. Es gibt reichere und ärmere Länder. Wir haben ölimportierende und ölexportierende Länder. Natürlich unterscheiden sich die Integrationsniveaus in den verschiedenen Kapital- und Finanzmärkten der Welt. Auch deswegen können wir keine Einheitslösung für Afrika anbringen.

Der zweite Punkt: Afrika hat in den letzten zehn Jahren stark von der Integration in die globalen Welt- und Finanzmärkte bzw. Kapitalmärkte profitiert, zum Beispiel dem Remittance-System und den Kapitalflüssen. Viele Länder haben vom Handel profitieren können. Die am schnellsten wachsenden Länder in Afrika waren Länder, die Öl exportiert und von den hohen Ölpreisen profitiert haben.

Der dritte Punkt: Wir hatten am Anfang alle gedacht, dass Afrika die Krise beschützt überstehen könnte. Wir haben geglaubt, dass China und Indien diesen wirtschaftlichen Rückgang ausgleichen können – ganz besonders in Bezug auf die Rohstoffe, die für Afrika von Interesse sind. Im November 2008 haben wir unsere Meinung darüber deutlich geändert. Ich gehe hierbei in dieselbe Richtung wie mein Vorredner.

Lassen Sie mich nun auf die Finanzkrise zu sprechen kommen: Es gab, durchgeführt von internationalen Investoren, viele Neubewertungen der Risiken. Die Risikobereitschaft von Kreditinstituten ist stark zurückgegangen – ganz besonders in Bezug auf Partner in Afrika. Ausländische Investoren haben sich von nationalen Märkten zurückgezogen. Die Betroffenen in Afrika haben darunter stark gelitten. Das haben wir auf den Aktienmärkten und im Bereich der Wechselkursraten am stärksten gesehen. Länder wie Ägypten, Kenia,

Südafrika und Uganda, die auf diesen Märkten schon vertreten waren, haben unter diesen ersten Auswirkungen stark gelitten. Was aber interessant ist, ist das Thema der Handelsfinanzierung.

Ein weiterer Punkt: Einige Länder haben über einen Rückgang ihrer direkten Auslandsinvestitionen berichtet. So hat Ägypten einen Rückgang von 4,4 Prozent in nur einem Jahr zu verzeichnen. Zu den Staatsanleihen, die meine Vorredner angesprochen hatten: Hier haben andere Länder Staatsfonds verlangt. So musste Uganda beispielsweise Staatsfonds zurückziehen, weil die Finanzierung bzw. Preissetzung nicht mehr realistisch war.

Schauen wir uns den weltweiten Rückgang und seinen Einfluss auf Afrika an: Der Einfluss dieser Entwicklung ist weitaus größer als die ersten Effekte der Finanzkrise. Preise für Rohstoffe, die für Afrika von Interesse sind, sind stark zurückgegangen. Wir alle wissen, dass die Ölpreise von 140 auf ca. 40 Dollar pro Barrel gesunken sind. Aber auch Kupfer ist stark betroffen. Dort sind die Preise um ca. 50 Prozent zurückgegangen. Diamanten und Arabica-Kaffee sind Rohstoffe, die betroffen sind. Damit geht einher, dass wir nun sehen, dass die Investoren ihre Investitionspläne verschieben. Entweder entscheiden sie sich gegen eine Erweiterung ihrer Investitionen oder investieren nicht mehr in neue Projekte, wie zum Beispiel den Bau neuer Fabriken. 61 Bergbauunternehmen sind in ihren Aktionen bzw. Investitionen deutlich zurückgegangen. Wir konnten das in Sambia, Nigeria und Botswana erkennen. Darauf möchte ich später noch einmal zu sprechen kommen.

Die ölexportierenden Länder sind auch stark betroffen. Die meisten Länder haben einen Referenzpreis angewandt. War der Preis bei 140 Dollar, haben sie 60 Dollar verlangt, um ihren Haushalt zu stützen. Diese Länder mussten ihren Haushalt anpassen. Das kann man in Angola oder Nigeria sehen. Das Gute war, dass sie Haushaltsregeln hatten und sich in dieser Situation bewegen konnten. Steuer- und Exporteinnahmen sind aber auch in diesen Ländern zurückgegangen. Die Tourismusnachfrage ist ebenso gesunken – in einigen Fällen um 40 Prozent, zum Beispiel 40 Prozent Stornierungen bei Hotelbuchungen. Diese Länder hatten sich große Einkommen durch den Tourismus erhofft. Die Seychellen und Mauritius meldeten bei ihren Buchungen beispielsweise einen 60-prozentigen Rückgang seit September.

Kommen wir nun auf den Export von Produkten, wie zum Beispiel Textilien, zu sprechen: Dies ist ein Segment, das beispielsweise für Madagaskar von großer Bedeutung war.

Deswegen hatte die Finanzkrise auch auf diese Bereiche einen großen Einfluss. Auch in Südafrika sind die Einnahmen stark zurückgegangen.

Meine Damen und Herren, alles, was ich jetzt aufgezählt habe, hängt mit starken Arbeitsplatzverlusten zusammen. Im Bergbaubereich sind wahrscheinlich 200 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Ich habe Zahlen aus Südafrika. Dort heißt es, dass 21 000 Arbeitsplätze im Bergbaubereich vernichtet worden sind. Diese Zahlen stehen jetzt zur Verfügung. Später gibt es sicherlich noch weitere Zahlen, die ich Ihnen zur Verfügung stellen kann. Die Auswirkungen sind ein zurückgegangenes Wachstum in Gesamt-Afrika. Im November hatten wir anstelle der erwarteten 5,9 Prozent nur 4,9 Prozent. Die Zahl für Südafrika beläuft sich auf nur noch 0,2 Prozent. Das hat Einfluss auf das gesamte Land, da diese Länder eine Art Anker für das Wachstum in gesamt Afrika waren. Ich möchte an dieser Stelle unterbrechen und später darauf zu sprechen kommen, was wir noch tun können. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Dr. Kasekende. Wir kommen jetzt zu Herrn Dr. Yash Tandon vom South Centre.

Dr. Yash Tandon (South Centre, Genf): Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die Einladung zu dieser Anhörung bedanken. Wir leben in einer Zeit der globalen Krise und wir alle suchen nach Antworten. Ich habe meinen Beitrag in drei Teile gegliedert: Zum einen die Frage „Auswirkungen im Süden“, dann aber auch „Ursachen der Krise“ und die „Handlungsoptionen“, das heißt die Frage, was können wir tun, um die Krise zu bewältigen.

Mein Vorredner hat bereits gute Vorarbeit für mich geleistet. Ich kann nur bestätigen, dass die, die sagen, dass der Süden nicht betroffen ist, falsch liegen. Die südlichen Länder sind stark betroffen. Es liegen noch keine konkreten Zahlen vor, aber der Süden wird stärker betroffen sein, als man es sich momentan vorstellen kann. Herr Dr. Kasekende hat bereits einige Zahlen genannt, daher werde ich mich jetzt auf die zwei anderen Punkte meines Beitrages konzentrieren, nämlich die Ursachen der Krise, die man analysieren muss, um Handlungsoptionen aufzeigen zu können.

Die Ursachen der Krise sind nach unserem Verständnis dreifacher Natur: Zum einen wurde dem Handel Priorität vor der Industrieproduktion eingeräumt. Was will ich damit sagen? In den letzten 30 Jahren haben wir eine enorme Handelsliberalisierung erlebt. Es herrschte die Vorstellung, dass Handelsliberalisierung gleichbedeutend mit Wachstum sei. Ich lebe nun seit vier Jahren in Genf. Dort haben wir gesehen, dass zum Beispiel Fragen der Produktion und Beschäftigung dem Handel gegenüber vernachlässigt werden. Dabei ist der Handel kein

Selbstzweck. Die Produktion bzw. Industrie hat gelitten. Das gilt für viele Länder. Viele Länder haben gerade im herstellenden Gewerbe große Verluste verzeichnen müssen, insbesondere die afrikanischen Länder, die hier nicht wettbewerbsfähig sind.

Zweitens: Wir haben eine Art „Finanziellisierung“ des Handels – um ein neues Wort zu prägen – erlebt. Was verstehe ich darunter? Ich denke, wir sind in ein Stadium der Weltwirtschaft eingetreten, wo die Bankenwelt und Finanzwelt wichtiger sind als Beschäftigung und Arbeitsplätze. Die Subprime-Krise in den USA ist zum Teil das Ergebnis von Spekulationen, bei der Finanzen wichtiger waren als anderes. Hier wurden Hypotheken ohne ausreichende Sicherheiten ausgegeben. Das alles wurde dann auf die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte weitergegeben, so dass die Banken nicht mehr wussten, wo die Problempapiere und die „faulen“ Papiere versteckt waren. Ich denke, diese starke Finanziellisierung der Weltwirtschaft ist der zweite Grund der Krise.

Viele Länder im Süden hängen vom Export von Rohstoffen und Nahrungsmitteln ab. Wenn man sich die Schwankungen bei den Lebensmittelpreisen anschaut, so ist festzustellen, dass die Ursachen langfristig letztendlich mit dem Angebot und der Nachfrage zusammenhängen. Mittelfristig ist die Hauptursache für diese großen Schwankungen jedoch die Spekulation im Lebensmittelbereich. So geht es zum Beispiel bei der Lebensmittelbörse in Chicago um kurz- und mittelfristige Geschäfte. Mittlerweile befinden wir uns in einer Situation, in der Agrarprodukte zum Beispiel an Lebensmittelbörsen bereits gehandelt werden, bevor sie angebaut werden, in der Erwartung, dass sie in zwei oder drei Jahren einen Profit abwerfen. Diese extreme Spekulation bei den Lebensmittelpreisen ist ein sehr wichtiger Faktor. Das sind einige Punkte, die ich hier zunächst ansprechen wollte.

Nun zur Frage, inwieweit die Entwicklungsländer im Süden von der Krise betroffen waren: Ich denke, dies hängt stark mit ihrer jeweiligen Verflechtung mit der Weltwirtschaft zusammen. Drei Punkte möchte ich hervorheben: Zum einen die Verflechtung in das internationale Bankensystem. Die Banken im Süden, insbesondere in Afrika, sind nicht so weit entwickelt, als dass sie sich vor einigen Produkten hätten schützen können. Andererseits waren sie aber auch nicht so stark an den „faulen“ Geschäften beteiligt wie zum Beispiel Island, das Vereinigte Königreich oder andere europäische Länder. Die afrikanischen Banken waren nicht so stark bei den verbrieften Problempapieren engagiert. Das heißt, dass das geringe Maß an Integration im Weltmarkt letztendlich eine Art Schutzschirm für diese Länder bedeutet hat. Die Handelsintegration ist jedoch in den meisten Ländern sehr groß bzw. sehr stark liberalisiert. Das hat gerade im Rohstoff- und Lebensmittelbereich zu Verlusten geführt.

Der dritte Bereich, in dem wir betroffen waren, ist die Frage der Auslandsüberweisungen bzw. die Überweisung von Migranten. In den letzten 20 Jahren, das heißt von 1985 bis 2005, sind wir stärker in die Weltwirtschaft integriert worden. Wir haben einen Rückgang des Landwirtschaftssektors, aber auch bei der Industrialisierung erlebt. Daher mussten viele Menschen ihre Heimat verlassen, um anderswo zu arbeiten. Das ist ein Grund, warum die Überweisungen der Migranten aus dem Ausland eine so große Rolle spielen und einen viel größeren Anteil als zum Beispiel die Entwicklungshilfe ausmachen. Viele Migranten, die im Ausland arbeiten, verlieren nun ihren Arbeitsplatz und können daher kein Geld mehr in ihre Heimatländer zurück überweisen, was natürlich gravierende Auswirkungen haben wird.

Abschließend möchte ich etwas zu den Handlungsoptionen sagen: Eine Krise ist immer auch eine Chance. Wir im Süden haben nun die Chance, unsere Entwicklungsstrategien neu zu überdenken, die jahrzehntelang von neoliberalen Gedankentum dominiert waren. Jetzt können wir uns überlegen, wie wir uns stärker auf uns verlassen, die Abhängigkeit im Handelsbereich, aber auch in anderen Bereichen reduzieren. Wir müssen jetzt sicherstellen, dass unsere Sparsamkeit geschützt wird. Wie können die Institutionen geschützt werden? Und wie können die Ersparnisse in Investitionen in der Realwirtschaft umgesetzt werden? Das ist die jetzige Frage und vor dieser Chance stehen wir. Es ist unsere Aufgabe, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Wir müssen selbst aktiv werden. Hier kann oder soll uns niemand anderes helfen. Daher hoffe ich, dass es zu einem solchen Umdenken in den Entwicklungsländern kommen wird.

Zweitens: Wir müssen uns vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank abkoppeln. Unsere Erfahrung in den letzten 30 Jahren hat gezeigt, dass wir in Folge der Unterstützung durch den IWF in eine Zwangsjacke aus Konditionalitäten gesteckt wurden, unser Handlungsspielraum eingeschränkt wurde und das letztendlich zu Krisen in unseren Ländern geführt hat. Jetzt brauchen wir regionale Banken, wie es sie auch in Lateinamerika oder Südostasien gibt. Diese regionale Komponente muss verstärkt werden, damit diese Hilfe für betroffene Sektoren leisten kann. Abschließend möchte ich sagen: Wir brauchen Unterstützung von außen, aber im Sinne von Solidarität und zum Beispiel Hilfe im Notfall. Entwicklungshilfe brauchen wir jedoch momentan nicht. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir kommen jetzt zu Herrn Wolfgang Kroh von der KfW. Bitteschön, Herr Kroh!

Wolfgang Kroh (KfW): Herr Vorsitzender, Frau Staatssekretärin, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung! Vieles von dem, was ich Ihnen sagen

wollte, ist von meinen Vorrednern schon gesagt worden. Lassen Sie es mich daher mit einigen Akzentuierungen versuchen.

Zunächst darf ich daran erinnern, dass das Drama, welches unsere Wirtschaft im Moment durcheinander schüttelt, nicht nur auf den Finanzmärkten, sondern zunehmend auch in unserer Realwirtschaft auf eine Situation der Weltwirtschaft trifft, in der sich bereits alle großen Ökonomien in einer Abschwungphase befunden haben. Insofern liegen Voraussetzungen für die etwas zynisch als „Perfect Storm“ bezeichnete Krisenerscheinung vor. Allerdings, und das ist ganz deutlich, sind die Regionen dieser Welt in sehr unterschiedlicher Weise betroffen. Auch mit dem Vorbehalt, dass die aktuelle Datenlage ziemlich eklektisch ist und ich mich nur auf Berichte aus unseren Büros beziehen kann, die Einzelphänomene abbilden, kann man doch sagen, dass die Situation der Entwicklungsländer im Vergleich zu den Industrieländern bisher eine noch relativ geringe Betroffenheit zeigt. Dies ist sicherlich ein Ergebnis dessen, dass sich die Entwicklungsländer in den vergangenen sieben Jahren auf einem sehr hohen Wachstumspfad befunden und deutliche Reformen durchgeführt haben. Es hat Entschuldung stattgefunden, und damit ist die Widerstandsfähigkeit deutlich höher als bei jeder anderen Krise zuvor. Das trifft auch für Transformationsländer wie Russland zu. Wenn wir uns heute die Staatsverschuldung Russlands anschauen, dann sehen wir eine außerordentlich geringe Handlungsfähigkeit. Das betrifft aber auch viele andere Länder. Das Beispiel Ghana wurde bereits erwähnt. Ghana, ich darf daran erinnern, war vor nicht allzu langer Zeit ein hoch verschuldetes HIPC-Land (Heavily Indebted Poor Countries). Dem Land ist es aufgrund seiner Reformfortschritte und seines Wachstum vor einigen Jahren gelungen, mit öffentlichen Anleihen erfolgreich an die internationalen Kapitalmärkte zu gehen. Die schlechte Nachricht ist natürlich, dass viele Dinge, die sich in den Entwicklungsländern auf dem Wege befinden, noch nicht sichtbar sind. Dies hängt mit den Übertragungsmechanismen, die Herr Dr. Wolff angesprochen hat, dem Finanzkanal, aber auch dem realwirtschaftlichen Kanal zusammen. Natürlich ist richtig, dass die Entwicklungsländer durch das Ursprungsproblem, das heißt den amerikanischen Hypothekenmarkt, im Wesentlichen nicht betroffen sind. Wenn man von einigen Ausnahmen bei den chinesischen Banken absieht, hat es dort keine Investitionen und damit auch keine unmittelbare oder gar schnelle Übertragung der daraus resultierenden Probleme gegeben. Die Dramatik der Krise ist in voller Stärke durch den Zusammenbruch der Lehmann-Bank und die damit endgültig ausgelöste, absolute Vertrauenskrise sichtbar geworden. Sie konnte durch umfangreiche Rettungspakete aufgefangen werden, ist aber immer noch nicht vollständig überwunden. Die großen Verluste der Banken in ihren Wertpapierportfolien durch das niedriger eingestufte Rating ihrer Kundschaft und auch durch Kreditausfälle hat die Liquiditätskrise in eine Insolvenzkrise einmünden lassen, die ihre Kreditfähigkeit und

Risikotragfähigkeit in deutlicher Weise beschränkt. Die Risikoperzeption hat sich auch deutlich verändert. Darunter leiden alle Schwellen- und Entwicklungsländer, die in den vergangenen Jahren nicht nur von Direktinvestitionen, sondern auch von Finanzflüssen des privaten Sektors in hohem Maße profitiert haben. Diese Auslandsfinanzierungen finden heute keine Anschlussfinanzierung mehr. Weite Bereiche der Direktinvestitionen sind ausgetrocknet. Dazu gehören insbesondere die kommerziellen Projektfinanzierungen. Die Staatsfinanzierungen über den Anleihenmarkt – dies wurde bereits erwähnt – sind im Wesentlichen nicht mehr zugänglich. Das ist nicht nur eine Frage der Spreads. Die Märkte sind einfach verschlossen für diese Art von Investitionen.

Auf der realwirtschaftlichen Seite sehen wir einzelne Erscheinungen, die bereits erwähnt wurden, im Bereich der Rohstoffwirtschaft. Generell hängen die Geschwindigkeit und die Wucht, mit der auf diese Weise Effekte übertragen werden, zentral von der Integration in den Weltmarkt über den Handel, aber auch von der Diversifizierung des Handels, ab. Subsahara-Afrika ist in den genannten Ländern betroffen. Es sind Probleme, die uns sehr bekannt sind, angesprochen worden, wie beispielweise die Tourismusindustrie, insbesondere in Ostafrika, und der Bergbaubereich. In anderen Regionen dieser Welt ist das Bild deutlich dramatischer. Das betrifft insbesondere Osteuropa, wenn ich an Länder wie die Ukraine oder Ungarn denke. Wir haben Länder in Zentralasien, die rohstoffreich sind und die ihre ersten Probleme im Finanzsektor aufgrund hoher Exporteinnahmen inzwischen gut in den Griff bekommen haben. Auch in Russland bin ich zuversichtlich. In Lateinamerika, Süd- und Mittelamerika sind von dem Nachfragerückgang über den güterwirtschaftlichen Kanal, über Remittances, in hohem Maße die kleineren Länder betroffen. Die große Volkswirtschaft Brasiliens stellt sich dagegen weiterhin ziemlich stabil dar. Wenn man auf die dortige Volkswirtschaft schaut, sieht man, dass der Finanzsektor im Verhältnis zum Sozialprodukt relativ überschaubar in seiner Größe ist. Diese Volkswirtschaft ist gewohnt, mit hohen Zinsen zu arbeiten, und weist von daher auch eine relativ gute Finanzausstattung auf. Wie sich die Dramatik weiterentwickeln wird, ist derzeit schwer zu überblicken. Ich kann auch darauf hinweisen, dass eine Reihe von Ländern über eigene Mittel und Wege verfügt, die Krise zu bekämpfen. Dies tun sie zum Teil erfolgreich, wie zum Beispiel die serbische Kapitalbank zeigt, die die dortige Kapitalflucht eingedämmt hat. Aber auch die russische Zentralbank hat dafür gesorgt, dass einzelne, in Schwierigkeiten geratene Banken, aufgefangen worden sind. Natürlich wird die weitere Dramatik wesentlich davon abhängen, was in unseren Ländern passiert und wie wir unsere Probleme in den Griff bekommen. Im positiven Fall können – abhängig vom Erfolg unserer Maßnahmen – davon positive Impulse auf die Entwicklungsländer ausgehen. Damit möchte ich es belassen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, Herr Kroh. – Herr Peter Wahl von Weed, bitteschön!

Peter Wahl (Weed): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, die Krise ist voll im Gange. Ihr Ende ist noch nicht abzusehen. Der Übergang, das Überschwappen in die realwirtschaftliche Dimension der Krise hat jetzt gerade auch für die Entwicklungsländer begonnen. Sie ist noch nicht unter Kontrolle. Sie ist auch bei uns noch nicht unter Kontrolle. Es ist nicht absehbar, wann und wie sie unter Kontrolle geraten wird. Deswegen ist auch zu erwarten, dass sich die Dramatik und die Prognosen aller Voraussicht nach in den nächsten zwei Jahren weiter dramatisch entwickeln werden. Ich möchte Sie nur an die Interpretation der Krise erinnern, wie sie bei uns in den letzten zwei Jahren der Fall war. Wenn Sie sich die Stellungnahmen von führenden Finanzpolitikern oder von führenden Repräsentanten der Finanzindustrie – ich möchte keine Namen nennen – ansehen, dann ist es eine einzige Kette von Irrtümern, Unterschätzungen und Gesundheitsbetrei dieser Krise gewesen. Aus diesem Grund bin ich der Auffassung, dass wir heute keine guten Botschaften verkünden können. Hinzu kommt, dass es neben den makroökonomischen Daten für Entwicklungspolitiker von besonderem Interesse ist, einen Blick darauf zu werfen, welche besonders verwundbaren Gruppen von dieser Krise erfasst werden. Es reicht nicht aus, sich anzusehen, dass die Wachstumsraten – wie sämtliche Prognosen inzwischen bestätigen – zum Teil in dramatischer Weise einbrechen werden. Man muss den Blick auch auf die Frage werfen, was dies für besonders verwundbare Gruppen bedeutet. Nach übereinstimmenden Einschätzungen der Weltbank und der UNO in ihren neusten World Economic Prospects sind ca. 120 Millionen Menschen allein durch die Preisblase bei der Nahrungsmittelpreisentwicklung im vergangenen Jahr unter die Armutsgrenze zurückgedrängt worden. Es ist zu erwarten, dass diese Tendenz weitergehen wird. Die Millennium Development Goals (MDGs) sind in unerreichbare Ferne gerückt. Es ist eine Illusion, zu glauben, dass diese Ziele noch erreicht werden können. Interessant ist an dieser Stelle meines Erachtens zu erwähnen, dass das, was in den Entwicklungsländern jetzt geschieht, keine Naturgewalt, kein Sturm, Tsunami oder sonst etwas Unvermeidliches ist. Die Verantwortung ist sehr genau auszumachen in der Art und Weise, wie in den Industrieländern in den letzten 20 bis 30 Jahren Wirtschaft betrieben worden ist. Die Ursachen dieser Krise sind nämlich nicht ein bisschen zu viel Geld, das Alan Greenspan auf die Märkte geworfen hätte oder die Gier von Managern. Selbstverständlich sind diese gierig, aber dies alles sind monokausale Erklärungen in Bezug auf diesen systemischen Crash. Wir haben es mit einer systemischen Krise zu tun. Ein bestimmter Typus von Organisation des Finanzsystems ist gescheitert. Diese hat in den letzten 30 Jahren dazu geführt, dass sich der Finanzsektor hypertroph quantitativ ausgedehnt hat und auf qualitative Weise zu einem dominanten Faktor gegenüber der Realwirtschaft geworden ist. Es wurde im Grunde

umgekehrt, was bis dahin in der gesamten Nachkriegsepoche der Fall war und was in den Lehrbüchern steht: dass der Finanzsektor eine dienstleistende und untergeordnete Servicefunktion für die Realwirtschaft haben sollte. Er hat sich aber zu einem dominanten Sektor aufgeschwungen. Seine Logik bzw. Dynamik bestimmt nun inzwischen die gesamte Realwirtschaft. Um an dieser Stelle eine zentrale Frage aufzugreifen: Es genügt in diesem neuen Typus von Finanzsystem nicht mehr, rentabel zu arbeiten, was legitim und vernünftig wäre. Es muss vielmehr in jeder Situation der maximale Profit sein. Ein solches Beispiel sind die irrsinnigen 25 Prozent der Deutschen Bank. Dieses Denken hat auf die gesamte Realwirtschaft übergegriffen. Im Unterschied zur Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 sehen wir, dass im Zuge der Globalisierung der Übertragungsmechanismus auf die gesamte Welt weitaus vielfältiger, komplexer und stärker ist. Die Entwicklungsländer sind mit dieser Entwicklung Opfer von etwas geworden, was in den Industrieländern gemacht worden ist. Dieses System ist basierend auf dem Vertrauen entstanden, der Markt und die Privaten würden alles besser können und der Wettbewerb sei der beste Mechanismus, um eine effiziente Wirtschaft zu erreichen. Dieses System reißt nun die Entwicklungsländer in den Abgrund hinein, ohne dass sie hierfür eine Verantwortung tragen. Es hätte Alternativen gegeben. Man hat es gesehen. Es war auch bei uns nicht unvermeidlich, und es gab eine Reihe von Leuten, die vorhergesagt haben, dass dieses System nicht nachhaltig ist. Wesentliche Elemente dieses Systems – und das ist sehr wichtig für die Konsequenzen, die man zieht und für die Alternativen, die man entwickelt – sind Geschäftsmodelle, die auf Spekulationen beruhen. Geschäftsmodelle, die auf sogenannten innovativen Instrumenten beruhen, deren Innovationsbedeutung darin liegt, dass nach einer "Casinologik" operiert wird. Diese neuen Instrumente und Mechanismen sind nur im Zusammenhang mit der Entstehung neuer Typen von Akteuren, den sogenannten institutionellen Investoren, Investmentbanken – ein Teil ist inzwischen verschwunden –, Hedgefonds, Private Equity Fonds etc. zu verstehen. Das Zusammenspiel der neuen Institutionen und der neuen Instrumente hat dazu geführt, dass dieses System kollabiert ist.

Ich möchte nicht alle Argumente wiederholen, die meine Vorredner zu Recht und zutreffend entwickelt haben. Ich will einen Punkt herausgreifen: Das Thema Spekulation bei den Nahrungsmittelpreisen. Wenn Sie sich die in dem vorliegenden Papier dargestellte Kurve für die Nahrungsmittelpreisentwicklung im vergangenen Jahr ansehen, dann sehen Sie eine klassische Blasenform. Sicherlich ist die Preisbildung bei Nahrungsmitteln komplex. Es gibt dort langfristige und kurzfristige Faktoren. An der Kurzfristigkeit dieser Blase – es war im Grunde ein Jahr, in dem sich dies herausgebildet hat – sehen Sie jedoch, dass die langfristigen Faktoren wie die Steigerung der Nachfrage (Chinesen essen jetzt alle Joghurt) oder die Absorption von Anbauflächen durch Biofuel keine Rolle gespielt haben können.

Denn sonst wären sie nicht innerhalb von fünf Monaten zurückgegangen. Ein entscheidender Anteil war die Spekulation, insbesondere die Tatsache, dass sich Hedgefonds und andere institutionelle Investoren regelrecht auf die Rohstoffmärkte geworfen haben, nachdem die Krise auf den Finanzmärkten ausgebrochen war. Sie meinten, dort für ein halbes bis dreiviertel Jahr Party machen zu können. Im Fortgang der Krise haben sie sich jedoch zurückgezogen, so dass es zu einem Platzen dieser Blase kam. Was sich unter der Fassade von Nadelstreifen, Seriosität und Solidität als Finanzmarktoperation darstellt, sieht real so aus, dass eine Tasse Reis in Haiti im Januar 30 Cent und im Juli 60 Cent gekostet hat. Die konnten die Menschen dort sich nicht mehr leisten. Die Gefahr von Hunger und Ernährungsproblemen ist aufgetaucht und sie haben das getan, was in dieser Situation allein übrig blieb – die Revolte. Ich danke Ihnen.

Der **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zur Aussprache. Zunächst hat sich Herr Hilsberg gemeldet. – Dann Herr Aydin!

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Ganz herzlichen Dank für diese Eingangsstatements. Die erste Erkenntnis, die ich zumindest für mich mitnehmen kann, ist – und das ist, glaube ich, auch ein wichtiger Punkt –, dass alle Thesen, wonach man differenzieren und sagen kann, ein Teil der Entwicklungsländer oder die Entwicklungsländer insgesamt seien lange nicht so von der Krise betroffen, falsch sind. Offenbar muss man feststellen, dass diese Krise voll auf die Entwicklung in den Entwicklungs- und Transformationsländern durchschlägt und wir uns darauf einzustellen haben. Der zweite Punkt ist, dass die Dauer der Krise und deren Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Wir müssen sehr offen sein, was die nächsten Monate anbetrifft.

Ich bedanke mich auch sehr für den Hinweis, dass Spielräume entstanden sind, die durchaus damit zu tun haben, dass die letzten Jahre oder Jahrzehnte keineswegs so erfolglos waren, wie es hier zum Teil beschrieben wurde. Vielmehr hat eine ganze Menge sehr wichtiger Entwicklungen stattgefunden, die die Krise jetzt in einer anderen Ausgangsposition sehen lässt. Das bedeutet aber nicht, dass man sagen soll, man bräuchte nichts tun. Ich würde mich in diesem Zusammenhang gerne nach den Möglichkeiten der zurzeit existierenden Institutionen erkundigen. Herr Kasekende, Sie haben als Vertreter der Afrikanischen Entwicklungsbank sehr stark das Krisenszenario und deren negative Folgen beschrieben. Welche Rolle spielt die Afrikanische Entwicklungsbank selbst? Welche Möglichkeiten haben Sie, gegenzusteuern? Mit welchen Forderungen oder Bitten kommen die Länder auf Sie zu? Und welche Rolle – das ist auch eine Frage, die ich an Herrn Dr.

Wolff stelle – spielen die Weltbank und die Institutionen, die wir zurzeit haben? Entwickeln sie sich richtig? Geben sie richtige Antworten, oder werden offene Fragen bleiben?

Wir erleben immerfort sehr unschöne Entwicklungen, die mit den Begriffen Vulture Fonds und Parasiten oder Spekulanten zu tun haben. Kann man feststellen, dass bereits jetzt vermehrt solche Institutionen und Einrichtungen auf dem Wege sind, die versuchen, privaten Nutzen daraus zu ziehen und sich an der Krisensituation zu bereichern?

Herr Dr. Tandon, meinen Sie allen Ernstes, die Antwort von uns sollte sein, dass wir die Entwicklungspolitik einstellen sollen? Es klang so, als bräuchten Sie jetzt keine Entwicklungshilfe mehr. Es hört sich sehr gut an, dass man sagt: Wir müssen auf unsere eigenen Bordmittel zurückgreifen und mit viel Selbstbewusstsein unsere eigenen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber meinen Sie, dass Sie das alles alleine schultern können, oder meinen Sie, wir müssten es gemeinsam machen?

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Aydin – danach Herr Dr. Ruck!

Abg. Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE.): Zunächst einmal vielen Dank an die Sachverständigen mit ihren Inputs. Ich habe Herrn Dr. Tandon so verstanden, dass man internationale Regeln so reformieren muss, dass sich die Entwicklungsländer aus sich heraus besser entwickeln können. Allein wenn man die Frage des Steuerzugs betrachtet, wonach dieser für die Entwicklungsländer auf 500 bis 800 Milliarden US-Dollar geschätzt wird und wir 104 Milliarden US-Dollar an Entwicklungshilfe haben, sieht man, was den Entwicklungsländern und genau so viel auch den Industrieländern verloren geht. Deshalb müsste hier angesetzt werden, aber das werden wir in der zweiten Runde diskutieren.

Herr Kroh, Sie sagen, dass die Entwicklungsländer dieses Mal besser gewappnet sind als bei den vorherigen Krisen. Könnten Sie bitte konkreter ausführen, wodurch sie besser geschützt sind als in der Vergangenheit? Wird die relativ schwache Integration Afrikas in den internationalen Finanzmarkt aus Ihrer Sicht die Krise für den afrikanischen Kontinent mildern?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Wahl bzw. Herrn Dr. Wolff: Wie wirkt sich in der aktuellen Krise die relativ schwache Integration von Entwicklungsländern in Afrika in den internationalen Finanzmarkt in Bezug auf die Folgen für die afrikanische Realwirtschaft aus? Einige Analysten behaupten, höhere Nahrungsmittelpreise würden langfristig die

Produzenten auch in den Entwicklungsländern stärken. Würde diese Stärkung tatsächlich zu einer Entwicklung in den Entwicklungsländern beitragen, das heißt armutsmildernd wirken?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Dr. Ruck – danach Herr Geis und dann Herr Königshaus!

Abg. Dr. Christian Ruck (CDU/CSU): Ich teile den größten Teil der Analyse, wie sie schriftlich vorliegt und mündlich vorgetragen wurde. Klar ist, dass wir aufgrund der stärkeren Verflechtung ein erhebliches Eigeninteresse haben, dass auch die Entwicklungs- und Schwellenländer von der Krise nicht zu sehr tangiert werden oder zumindest schnell wieder auf die Beine kommen. Das heißt auch, dass die Argumentation, wonach wir weniger Entwicklungszusammenarbeit leisten können, da wir selbst von der Krise betroffen sind, falsch ist. Allerdings finde ich das eine oder andere des hier Gesagten nicht zutreffend. Herr Dr. Tandon, Sie sprachen die zu schnelle Liberalisierung an. Wahr ist natürlich auch, dass ein erheblicher Teil der hohen Wachstumsraten bei den Schwellen- und Entwicklungsländern auf Liberalisierung zurückgeht. Das heißt, diese Liberalisierung hat eine zweite, positive Seite. Ich möchte daneben anmerken, dass die hohen Rohstoffpreise und die hohen Rohstoffeinkommen vieler Länder in der Vergangenheit leider nicht so angelegt worden sind, dass es zu einer Entwicklung auf breiter Front gekommen wäre. Das haben wir im Ausschuss immer kritisiert.

Abg. Norbert Geis (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Wahl: Ich habe Sie wahrscheinlich nicht richtig verstanden, als Sie gesagt haben, dass der Wettbewerb eine negative Funktion bei der Bewältigung der Krise habe. Vielleicht könnten Sie dazu kurz noch einmal Stellung nehmen?

Der **Vorsitzende**: Jetzt bitte Herr Königshaus – danach Frau Koczy!

Abg. Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. Ich habe eine Frage zum Finanzsektor. Es ist richtig, was Herr Wahl gesagt hat, dass eines der Probleme ist, dass der Finanzsektor die Realwirtschaft dominiert hat. Finanzwirtschaftliche Fragen waren wichtiger als die Entwicklung der Realwirtschaft. Die dienende Funktion ist verlorengegangen. Nun haben wir aber ein anderes Problem – und das wurde hier bereits angesprochen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer – aber insbesondere die Entwicklungsländer – haben nun Schwierigkeiten, sich auf dem Weltmarkt Kapital zu beschaffen. Daraus entwickelt sich die Frage: Was passiert, wenn dieses Kapital von anderer Seite, beispielsweise im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, zugeführt wird? Eines der Probleme war, deshalb die Frage

insbesondere an die Bankseite, dass wir überall eine erhebliche Ausweitung der Geldmenge hatten. Diese Unwucht wird noch verstärkt, wenn für das überall „verbrannte Geld“ durch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme aller Art, eine erneute Ausweitung der Geldmenge – vorgenommen wird. Ich habe von unserem DGB-Vorsitzenden gelernt, dass Geld nicht „verbrannt“ wird und verschwindet, sondern, dass es nur den Besitzer wechselt. Das heißt, alles, was nun an Konjunkturprogrammen hinzukommt und schuldenfinanziert wird, erhöht die Geldmenge. Die Zuführung weiteren Kapitals in die Entwicklungs- und Schwellenländer würde die Unwucht demnach erhöhen. Wie würde sich das auswirken?

Abg. Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank an alle Beitragenden. Es gibt viel Stoff, um zu diskutieren. Das Fazit lautet: Die Krise ist nicht unter Kontrolle. Wir wissen noch nicht, was kommt. Wir wissen auch nicht, ob die Reaktionen, die wir haben, in irgendeiner Weise positive Effekte haben werden. Es ist erschütternd, dass wir vor einer Situation stehen, die niemand von uns genau beurteilen kann. Deswegen sind wir auf der Suche. Ich möchte Sie alle nach der Tendenz der Reaktionen fragen. Die Auswirkungen kann ich nachlesen. Mich interessiert aber, wie man in den einzelnen Ländern agiert. Sie beobachten das! Konjunkturprogramm ist das eine. Reagiert man mit Abschottung? Wer sind die Akteure? Sind es die Alten oder gibt es Neue? Und wie wird sich organisiert? Die wichtigste Frage ist: Wird sich überhaupt organisiert? Oder steuern wir, so unkontrolliert wie der Finanzsektor bisher regiert hat, weiterhin in die Krise, ohne dass es tatsächlich Stabilitätsfaktoren von klugen, intelligenten Menschen gibt, die versuchen, dieser Krise Herr zu werden? Das hätte ich gern als übergeordnete Frage an alle gestellt.

Dann zur Frage „neuer Geber“ an die Afrikanische Entwicklungsbank. Herr Dr. Kasakende, gibt es neue Beziehungen, zum Beispiel zwischen China und Afrika, die sich in dieser Finanzkrise stabilisierend auswirken oder wie beurteilen Sie dies?

Verschuldung ist ein großes Thema. Die KfW hat dargestellt, es kommt zu einer kritischen Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit. Es gibt entschuldete Länder, für die die Situation schwieriger wird. Das sind Burkina Faso, Gambia, Ruanda, Sao Tomé und Príncipe. Wie sieht es für die anderen Ländern aus, die ein mittleres Verschuldungsrisiko haben? Vielleicht könnten Sie das auch noch mal kurz beurteilen. Es ist wichtig, dass wir klären, wie zahlungsfähig gerade die Länder sind, die mit Entschuldungspaketen behandelt wurden.

Der **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Das waren alle Fragen der ersten Runde. Wie gesagt, zu den konkreten Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik werden wir erst im zweiten

Block kommen. Einige Fragen waren gezielt an einige der Sachverständige gerichtet. Andere waren an alle gerichtet. Ich würde vorschlagen, wir gehen in umgekehrter Reihenfolge vor und beginnen bei Herrn Wahl. Jeder hat maximal fünf Minuten Zeit zu antworten. Ich werde etwas strenger auf die Zeit achten.

Peter Wahl (Weed): Ich beginne mit der ersten Frage von Herrn Aydin an mich, ob hohe Preise für Nahrungsmittel entwicklungspolitisch sinnvoll sein können. Das ist unter ganz bestimmten Bedingungen der Fall, nämlich, wenn höhere Preise dort ankommen, wo sie entwicklungspolitisch effizient sind, das heißt also bei Kleinproduzenten, bei Kleinbauern und bei den unmittelbaren Produzenten in den produzierenden Ländern. Jene Länder, die keine ausreichende eigene Nahrungsmittelproduktion haben, also von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, können davon natürlich nicht profitieren. Dort ist nur ein langfristiger Strukturwandel in der Wirtschaft möglich, der so etwas wie Nahrungsmittelsicherheit langfristig orientiert. Ihre zweite Frage, die relativ geringe Einbindung Afrikas in die Finanzmärkte: Das ist im Großen und Ganzen richtig. Im Grunde läuft die avancierteste Form der Einbindung Afrikas in jenes System, das Helmut Schmidt als Raubtier-Kapitalismus, andere wiederum als Casino-Kapitalismus bezeichnet haben, über die Eliten. Die Eliten haben in hohem Maße profitiert, indem sie ihr Geld dort anlegten. Der Weltreichtumsbericht von Merrill Lynch hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Afrika das Land ist, wo das Kapitalvermögen am schnellsten wächst und das die höchste Wachstumsrate von Millionären hat. Das ist nicht nur – das ist auch rohstoffboombedingt – aber das ist zu einem ganz großen Teil bedingt durch diese Integration.

Zur Frage, was kann die negative Funktion des Wettbewerbs sein. Die Theorie des Wettbewerbs besagt, dass durch Wettbewerb Innovation und Effizienz in der Wirtschaft durchgesetzt werden. Dieses Modell hat aber eine Voraussetzung, die oft vergessen wird: Die positiven Funktionen des Wettbewerbs realisieren sich nur dann, wenn es sich um halbwegs gleichartige Teilnehmer am Markt handelt, die miteinander konkurrieren können. Wenn Sie einen Maserati gegen einen Eselskarren antreten lassen, dann ist das kein Wettbewerb, sondern eine Form von Neokolonialismus oder wie immer man das nennen will. Die Penetration von westafrikanischen Märkten durch Wal-Mart oder andere Supermärkte ist kein Wettbewerb, sondern eine sehr destruktive Form von ökonomischer Kolonialisierung oder Unterwerfung. Dies heißt nicht, dass Wettbewerb generell schlecht ist, aber unter diesen Bedingungen. In der Debatte ist dann immer die Rede vom sogenannten Level Playing Field, um das es geht.

Zur letzten Frage von Frau Koczy: Was sind die Tendenzen, die Reaktionen? Die erste Reaktion ist natürlich die, dass alle Maßnahmen im Augenblick auf nationalstaatlicher Ebene laufen. „Rette sich, wer kann“. Es erweist sich – das ist ein interessanter Seitenaspekt der ganzen Debatte –, dass diese Krise auch eine Krise des Multilateralismus ist. Der Staat als „Lender of last Resort“ ist jetzt überall in der Welt der Akteurstyp, der diese Problematik löst. Die Risiken und Konsequenzen, die sich daraus ergeben könnten, sind natürlich klar. Und umgekehrt wird die Notwendigkeit, multilateral, international gegenzusteuern, damit umso dramatischer unterstrichen. Von neuen Akteuren, die in der Krise eine Rolle spielen könnten, kann ich im Augenblick nicht viel erkennen. Soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft sind leider auch von der Krise weitgehend überrascht worden und waren bisher nicht in der Lage, in angemessener Form darauf zu reagieren. Neue Akteure erkenne ich bisher nicht. Es ist zu hoffen, dass sie entstehen, dass sich aus der Zivilgesellschaft eine Kraft und Dynamik entwickelt, die dazu beitragen kann, eine grundlegende Reform sowohl der internationalen Wirtschaftsbeziehungen als auch in den Entwicklungsländern selbst zustande zu bekommen.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. – Wir kommen zu Herrn Kroh. Bitteschön!

Wolfgang Kroh (KfW): Herr Aydin hatte noch einmal nachgefragt, warum denn Entwicklungsländer besser gewappnet sind. Ich denke, man kann anhand der Statistiken deutlich zeigen – Herr Dr. Kasakende hat ja auch darauf hingewiesen, dass das hohe Wachstum dazu geführt hat, dass sich die Staatshaushalte in einer deutlich besseren Verfassung als zu Beginn dieses Jahrtausends befinden. Die Entschuldung und deutliche Reduzierung der Außenverschuldung und die Reformen, die in vielen Ländern durchgeführt worden sind, haben zu einer besseren Regierungsführung und stärkeren institutionellen Handlungsfähigkeit geführt. Das lässt sich sehr konkret festmachen. Es gibt Länder, gerade in Südosteuropa, die in ihrem Bankensektor inzwischen Einlagensicherungssysteme entwickelt haben. Das war in dieser Situation außerordentlich wichtig. Wir haben auch in Russland gesehen, dass viele Sparer schlagartig ihre Mittel abgezogen haben. Auch dort sind die Einlagensicherungssysteme durch den Staat verstärkt worden. Es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen, dass die Handlungsfähigkeit der Entwicklungsländer heute deutlich besser als vor zehn Jahren ist. Afrika, mit der großen Ausnahme Südafrika, ist in die internationalen Finanzmärkte generell sehr gering integriert. Südafrika hat einen hoch ausdifferenzierten Finanzsektor, der sich teilweise auf die Regionen erstreckt. Er ist dadurch auch anfälliger für Übertragungsmechanismen aus dem Finanzsektor selbst. Wir sehen das andere Beispiel – hoch regulierte Märkte in Nordafrika, die in der Vergangenheit nicht besonders zur wirtschaftlichen Dynamik beigetragen haben. Das ist die Kehrseite. Die Türkei

hat ihre Krise Anfang des Jahrtausends gehabt. Sie hat im Bankensektor eine ganze Menge gemacht. Ich glaube, dass die Türkei heute – bei allen Schwierigkeiten – nicht nur krisenerfahren ist, sondern auch robuster dasteht, als sie vor einigen Jahren dagestanden hat.

Wir haben uns die Nahrungsmittelpreise bei der Diskussion um die Subventionierung in der EU eigentlich immer ein wenig höher gewünscht, um Bauern in den Entwicklungsländern Chancen zu eröffnen. Ich glaube, es ist völlig einvernehmlich, dass wir etwas gegen die Spekulation auf Kosten der Armen haben und etwas dagegen tun müssen. Durch Subventionen verbilligte Nahrungsmittel sind aber gegen die Interessen der Entwicklungsländer.

Herr Königshaus hatte noch einmal die Frage angesprochen, inwieweit durch das Hineinpumpen von Liquidität neue Probleme entstehen. Das ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Allerdings ist es auch nötig, die Abwärtsspirale entweder nicht in Gang kommen zu lassen und wo sie in Gang kommt, Vertrauen wieder herzustellen. Wenn es mit Liquidität funktioniert, dann werden auch die Gesellschaften davon profitieren. Allerdings ist jede Politik des billigen Geldes mit einem Keim behaftet, der neue Gefahren in sich birgt. Das will ich nicht verschweigen.

Frau Koczy hatte noch einmal nach der Verschuldungsproblematik gefragt. Ich glaube, im Moment wird die Mehrzahl der Entwicklungsländer nicht die Möglichkeit haben, sich in hohem Maße kommerziell zu verschulden. Die Mittel sind einfach nicht da. Im Wesentlichen werden Mittel für die ärmeren Länder von den Entwicklungshilfe-Gebern bzw. den internationalen Entwicklungsbanken bereitgestellt werden müssen. Da wird es natürlich auch darauf ankommen, dass die Konditionen verträglich sind. Gerade die HIPC-Länder waren, wie wir wissen, in hohem Maße nicht bei den Geschäftsbanken verschuldet, sondern bei den internationalen Entwicklungsbanken. Diese Situation sollten wir nicht wiederholen. Es wird auch in hohem Maße darauf ankommen, dass Zuschüsse bereitgestellt werden können.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. – Herr Dr. Tandon!

Dr. Yash Tandon (South Centre, Genf): Vielen Dank für Ihre Fragen. Ich habe sie in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine Gruppe ist die faktische Analyse der letzten 30 Jahre, und die andere Gruppe sind die politischen Auswirkungen. Bevor ich aber beginne, möchte ich einige Vorbemerkungen anbringen. Zunächst einmal sind wir im Süden unterschiedlich, genauso wie Sie das in den Industrieländern sind. Wir reagieren unterschiedlich auf die Krise und

haben unterschiedliche Ansätze, sie zu bewältigen. Das Problem ist aber, dass wir im Süden nicht die Möglichkeit haben oder hatten, uns so zu treffen, wie wir es hier heute zum Beispiel tun. Sie, in Europa, sind weitaus besser aufgestellt, um dieser Krise begegnen zu können. Diese Möglichkeit hatten wir nicht. Das G20-Treffen, das der damalige Präsident Bush im November einberufen hat, war eine gute Sache. Wir hatten eine solche Möglichkeit nicht. Die Option der G20 ist aber nicht das richtige Rahmenwerk, um auf diese Krise zu reagieren, es reicht nicht aus. Die Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der eine Kommission einsetzen wollte, um sich die ganze Situation anzuschauen, ist eine bessere Möglichkeit.

Nun zu den politischen Fakten: Fakten werden nie in ihrer Einzigartigkeit gesehen. Sie werden immer als Teil einer Ideologie gesehen. Viele glauben, dass die Liberalisierung Afrika geholfen hat. Das mag sein. Ich glaube das aber nicht. Ich bin seit 30 Jahren Wirtschaftswissenschaftler und meine, es hat Afrika nicht wirklich etwas gebracht. Die Qualität der Integration ist entscheidend. Natürlich kann sich China auf dem Weltmarkt integrieren und wettbewerbsfähig sein. Louis und ich kommen aus demselben Land, aus Uganda. Wir können Ihnen versichern, dass es zehn Industriezweige, vor allem die Textilindustrie, gab, als wir unabhängig geworden sind. Jetzt gibt es nur noch zwei. Wir haben gelitten. Wir haben eine Deindustrialisierung in Afrika erlebt.

Wachstum schafft nicht immer Arbeitsplätze. Sie können 15 Prozent Wachstum haben, aber immer noch Arbeitslosigkeit. In Südafrika haben sie sich zum Beispiel nach der Unabhängigkeit in den Weltmarkt integriert und sich geöffnet. Als Ergebnis gab es 600 000 Arbeitslose in der Textil- und Automobilindustrie, weil die Integration zu schnell vorangegangen ist. Das sind Fakten, meine Damen und Herren. Darüber können wir uns nicht streiten. Ich habe Beweise dafür, dass es – außer für Länder wie China, Brasilien und Indien vielleicht – durch die Integration in die Märkte der Welt für die Länder im Süden Nachteile gegeben hat. Wir sind durch diese Integration in den letzten 30 Jahren verletztlich geworden. Wir sind Opfer von politischen Programmen geworden, die uns aufgezwungen worden sind. Diese wurden von unseren eigenen Regierungen angenommen, weil wir von ausländischen Direktinvestitionen und Hilfen abhängig sind. Es gibt viele Menschen hier und auch in Afrika, die mir nicht zustimmen werden. Das ist in Ordnung. Ich habe ein Buch geschrieben. Das heißt „Weg von der Abhängigkeit“.

Aber meine Damen und Herren, ich möchte abschließend das Folgende sagen: Wir dürfen vom Norden nicht abhängig sein, denn der Norden befindet sich selbst in einer Krise. Man hat uns stets gesagt, Sie sollten immer eine offene Marktwirtschaft haben, Sie sollten sich

nie verstaatlichen, nie eine Nationalisierung haben. Das machen die Vereinigten Staaten aber nun selbst. Sie retten ihre eigenen Banken, und das hat man uns vor Jahren versagt. Eine Verstaatlichung ist jetzt also in Ordnung. Protektionismus – das hat man uns in den letzten 30 Jahren immer verneint. Jetzt heißt es, wir müssen Protektionismus durchführen, weil es für unsere Banken gut ist. Politische Programme, die man uns versagt hat, läuten Sie jetzt in Ihren eigenen Ländern ein. Wir im Süden haben uns noch nicht so organisiert, dass wir auf diese Krise reagieren können. Sie können sagen, was Sie wollen, aber wir im Süden sind noch lange nicht soweit, dass wir uns organisiert haben. Aber das ist unsere Verantwortung! Bleiben Sie von uns fern! Lassen Sie uns unsere eigenen politischen Programme für unsere Länder entwickeln! Es tut mir leid. Ich bin sehr leidenschaftlich, aber ich lebe seit 30 Jahren in einem unabhängigen Land.

Wir müssen natürlich auch Binnenmärkte schaffen – nicht nur Märkte, die sich auf den Export konzentrieren. Das ist etwas, worunter wir auch gelitten haben, denn wir haben uns immer nur auf den Export konzentriert. Wir benötigen in Afrika einen regionalen Markt, einen Binnenmarkt. In den vergangenen 30, 40 Jahren sind wir auf einen falschen Weg geführt worden. Ihre Hilfe kann für uns nur von Bedeutung sein, wenn Sie uns zuerst zuhören und uns nicht Ihre Programme aufdrücken.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. – Herr Dr. Kasekende, bitte!

Dr. Louis Kasekende (African Development Bank Group): Ich möchte stark die unterstützen, die gesagt haben, dass Afrika jetzt besser aufgestellt ist, als vor einigen Jahrzehnten. Afrika hat viel von der Integration profitiert.

Ein anderer Punkt, den ich in Bezug auf das, was zu den nationalen Finanzmärkten gesagt wurde, anbringen möchte: Nationale Finanzmärkte sind Märkte, die immer noch nicht stark sind. Ich weiß, dass es Märkte gibt, die Anleihen aufbringen wollten. Ich glaube, Kenia hat das versucht. Aber das trägt nicht unbedingt zur Integration in die internationalen Kapitalmärkte bei. Es gab die Frage, welche Rolle die regionalen Entwicklungsbanken, zum Beispiel die Afrikanische Entwicklungsbank, einnehmen und ob sie überhaupt eine Rolle einnehmen. Ja, wir spielen eine Rolle. Unser Hauptziel besteht darin, dass wir die Errungenschaften durch die Entwicklung schützen. Wir haben verschiedene Länderkategorien. Länder mit einem geringen Einkommen können keine Entwicklung durchführen, in dem sie Schulden bei normalen Banken aufnehmen. Für diese weniger entwickelten Länder müssen wir andere Ressourcen finden. Wir schauen, was die Afrikanische Entwicklungsbank leisten kann und welche Ressourcen uns zur Verfügung stehen. Aber: Auch unsere Mittel sind begrenzt. Deswegen müssen wir innovativ sein, wie

wir mehr Ressourcen zur Verfügung stellen können, um den Wünschen der Mitglieder der Afrikanischen Entwicklungsbank gerecht zu werden. Für die Länder mit mittleren Einkommen und für ihre Projekte haben wir zwei Instrumente im Kopf. Zum ersten, ein Finanzierungsprojekt: Länder, die aus der Finanzierung ausgeschlossen sind, müssen, vielleicht über Projekte, integriert werden. Dann brauchen wir eine Finanzfazilität. Die Bank sollte hierbei als Geldgeber, allerdings nur als letzte Möglichkeit eintreten. Die Bank braucht dafür aber eine größere Risikobereitschaft. Das führt uns wieder zur Frage der Kapitalerhöhung, der Geldmengenerhöhung. Das ist etwas, womit wir uns beschäftigen. Wir brauchen eine Kapitalerhöhung, um die Bank besser auszustatten.

Dann das Thema der Doha-Runde: Meiner Meinung nach müssen wir diese Welthandelsrunde endlich abschließen, damit die Länder in Afrika auch tariffreien Zugang zu den Märkten haben.

Es gab eine Frage zu der individuellen Reaktion der Länder: Einige Länder haben Konjunkturprogramme aufgelegt, wie zum Beispiel Mauritius. Drei Prozent des BIP sind aber einfach zu groß. Das wird zu Problemen im Haushalt führen. Ägypten hat einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Auch hier wurde ein Konjunkturprogramm verabschiedet. Die Ergebnisse sollten die gesamte Situation abfedern. Es sind jedoch keine Langzeitlösungen. Eine weitere Maßnahme, die die Länder durchgeführt haben, war eine Minderung der eigenen Ausgaben. Das geht natürlich auch zulasten der Umsetzung von Entwicklungshilfeprojekten.

Dann gab es eine Frage zu den neuen Gebern: Könnte China ein solcher neuer Geber sein? Wir würden uns freuen, wenn China kommen und uns helfen würde. Aber: Was wir in den vergangenen fünf, sechs Jahren sehen konnten, war, dass die Interessen Chinas eher darin bestanden, unsere natürlichen Ressourcen drastisch abzubauen. Im Gesamtkonzept würden wir China aber sicherlich willkommen heißen.

Dann die Frage zur Liquidität, die auf die Märkte gebracht wurde: Ich denke, dass die Liquidität nur einen Beitrag zu mehr Kapitalfluss in Afrika leisten könnte, wenn wir Garantien benutzen. Das ist ein Thema, das sich die Afrikanische Entwicklungsbank deutlich anschaut. Garantien auszustellen würde den Kapitalfluss in die afrikanischen Länder vergrößern. Die Afrikanische Entwicklungsbank, die Wirtschaftskommission Afrikas und die Afrikanische Union hatten ein Finanzministertreffen und Notenbankgouverneurtreffen am 11. November in Tunis organisiert. Es gab am 16. Januar 2009 ein weiteres Treffen in Kapstadt. Dieser

Ausschuss nennt sich „Ausschuss der Zehn“. Wir schauen, welchen Einfluss die Krise auf afrikanische Länder hat. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Dr. Wolff, bitte!

Dr. Peter Wolff (DIE): Vielen Dank. Herr Hilsberg hatte nach den Reaktionen bestehender Institutionen gefragt. Zunächst waren vor allem die internationalen Finanzinstitutionen gefragt, denn es sind die Institutionen, die mit den entsprechenden Volumina an Kapital agieren können. Der IWF hat sich als „Lender of last Resort“ positioniert. Er ist zunächst aber noch nicht gefragt worden, weil seine Ausleihungen mit dem sogenannten Stigma belegt sind, das die Länder daran hindert, auf ihn zuzugehen. Sie tun es nur, wenn ihnen nichts anderes übrig bleibt. Das waren bisher nur wenige Länder wie Island, die Ukraine und Ungarn. Andere zögern bis zum letzten Augenblick. In den nächsten Monaten werden wir weitere Schwellenländer sehen, die zum IWF gehen. Der IWF hat nicht allzu viele Mittel zur Verfügung, aber er wird möglicherweise seine Mittel – im Augenblick 250 Milliarden US-Dollar von denen erst 50 bis 100 Milliarden genutzt worden sind – ausweiten müssen. Dies kann entweder durch Zuwendungen, wie es die japanische Regierung mit 100 Milliarden US-Dollar aus ihren Währungsreserven zugesagt hat, oder etwa durch die Ausgabe von Sondernutzungsrechten geschehen. Die Weltbank hat sehr rasch und aus meiner Sicht richtig reagiert. Sie hat noch unmittelbar im November letzten Jahres eine Verdreifachung ihrer Ausleihungen angekündigt: Von 10 auf 30 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr und insgesamt 100 Milliarden US-Dollar in drei Jahren. Sie hat vor allem auch ihre Tochtergesellschaft IFC (International Finance Corporation) dazu genutzt, verschiedene Fonds zur Refinanzierung von Infrastruktur und Mikrofinanzbanken aufzumachen. Hierzu trägt auch die KfW mit Kofinanzierungen bei. Sie hat also binnen weniger Wochen die Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, die jetzt erst allmählich genutzt werden. Aber sie hat alle Möglichkeiten, wenn man so will, ausgefahren. Ich denke, das ist gerade in Krisensituation die richtige Reaktion gewesen. Die Problematik dabei ist, dass es sich um Kapitalmarktmittel handelt, die sich die Weltbank mit dem Backing ihrer Anteilseigner problemlos von den Kapitalmärkten beschaffen kann. Es handelt sich nicht um vergünstigte, konzessionäre Mittel. Die International Development Association – (IDA)-15-Periode – ist auf die Summe von 35 Milliarden US-Dollar begrenzt. Das Gleiche gilt für die Fonds der Afrikanischen und der Asiatischen Entwicklungsbank. Das ist das Problem. Es sind also tatsächlich Kapitalmarktmittel mobilisiert worden, die zur Verfügung stehen. Aber wir haben keinen Zuwachs an Mitteln in den Fonds bei IDA und den regionalen Entwicklungsbanken. Relativ vorsichtig haben auch die regionalen Entwicklungsbanken reagiert. Sie sind nicht so rasch in die Offensive gegangen wie die Weltbank. Das hat auch damit zu tun, dass sie –

wenigstens teilweise – Kapitalerhöhungen bräuchten, um das zu tun. Ich denke, dass es notwendig wäre, dass dieser Weg auch bei den regionalen Entwicklungsbanken gegangen wird. Insofern ist das Potential bei den multilateralen Entwicklungsbanken und Finanzinstitutionen insgesamt, vor allem bei der Weltbank, ausgenutzt worden – bei den regionalen Entwicklungsbanken vielleicht noch nicht in ausreichendem Maße.

Was die Frage nach parasitären Fonds angeht: Die Vulture-Funds kaufen Schuldtitel auf, weil da im Augenblick nicht so viel auf dem Markt ist. Einige Sovereign Wealth Fonds – das sind noch die, die Mittel zur Verfügung haben – picken Rosinen, da sie als Investoren das eine oder andere Unternehmen aufkaufen. Gerade die Sovereign Wealth Fonds haben jedoch im Vergleich zu den chinesischen Fonds sehr viel Geld verloren. Sie haben in die CityBank und andere Banken investiert. Das sind – wenn man so will – staatliche Equity Investments, die im Zweifel auch sinnvoll sind. Dass damit eine gewisse Vermögensumverteilung verbunden ist, würde ich nicht als parasitär bezeichnen wollen.

Herr Aydin hatte nach der Integration afrikanischer Finanzmärkte gefragt: Es ist, denke ich, für Afrika von Nachteil, dass die Finanzmärkte so unterentwickelt sind. Es schadet der Entwicklung Afrikas. Die Armut dort wäre geringer, wenn die Finanzmärkte in Afrika, also die Transformation von Ersparnissen in Investitionen in den Ländern besser wäre. Afrika ist „underbanked“. Es gibt zu wenige Banken. Die Tatsache, dass die Finanzmärkte nicht integriert sind, dass Nachbarländer wie Uganda, Tansania und Kenia ihre Finanzmärkte gegeneinander abschotten, ist von Nachteil für Afrika und für die Armutsbekämpfung in Afrika. Insofern fände ich es positiv, wenn sich die Afrikaner im Sinne von „Collective Self-reliance“ um die Entwicklung ihrer Kapitalmärkte selbst kümmern und diese auch integriert entwickelten. Möglicherweise ist es für Afrika jetzt von Vorteil, dass sie nicht global in die Finanzmärkte integriert sind. Aber das ist ein Vorteil, der dem Nachteil einer Unterentwicklung der Finanzmärkte insgesamt gegenüber steht. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dankschön, Herr Dr. Wolff. Wir kommen jetzt zum zweiten Teil der Anhörung, zu den aktuellen Handlungsanforderungen für die Entwicklungspolitik. Wie kann im multilateralen, aber auch im bilateralen Bereich gegengesteuert werden? Was heißt das für die Arbeit der Entwicklungspolitik? Wir hören wieder fünf Statements von maximal fünf Minuten, und wir beginnen bei Herrn Wahl.

Peter Wahl (Weed): Die größte und entscheidende Herausforderung besteht darin, dass wir in den Industrieländern aus dieser Krise die richtigen Konsequenzen ziehen, die richtigen Lektionen lernen und unsere Wirtschaft so umbauen, dass sie nicht wieder zu einem

katastrophalen Tsunami für die Entwicklungsländer werden kann. Das ist natürlich für Entwicklungspolitiker, die sehr oft fachpolitisch denken, eine ganz spezielle Herausforderung. Aber, um einmal ein Bonmot von Hans Eisler aufzugreifen, der gesagt hat: „Wer nur etwas von Musik versteht, versteht auch davon nichts“. Ich glaube, die entwicklungspolitische Community, nicht nur Sie als Politiker, auch wir alle anderen – in NGOs, im Ministerium, die Fachjournalisten etc. – stehen vor der Herausforderung, uns mit den Fragen der Finanzmärkte und ihrer zukünftigen Funktionsweise zu befassen. Ich glaube, wir können das nicht den Finanzpolitikern überlassen, denn dann kommt vielleicht wieder das heraus, was jetzt herausgekommen ist.

Der zweite Punkt: Wir treten in eine Periode intensiver Auseinandersetzungen um eine Umstrukturierung ein. Dabei ist eine ganz entscheidende Frage: In welcher Arena, in welchem institutionellen Rahmen geschieht das? Ist das der IWF, ist es das Financial Stability Forum (FSF), ist es die G8 oder was auch immer? Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir diesen institutionellen Fragen eine große Aufmerksamkeit schenken. Ich bin der Meinung, dass die G20 zwar nicht, wie Herr Dr. Tandon zu Recht bemerkt hat, die Inkarnation von globaler Demokratie ist. Aber ich glaube, sie ist ein Schritt in die richtige Richtung und auf alle Fälle besser als die G8. Es kommt darauf an, diesen Ansatz, den es in der G20 gibt, in zweierlei Hinsicht auszubauen: Zum einen ist eine Stimme für die armen Länder in diesem Prozess durch die regionalen Länder notwendig. Sie könnten in einem Rotationsverfahren unter sich dafür sorgen, dass ihre Interessen und Vorschläge nicht untergehen. Zweitens wäre es natürlich notwendig, dass die G20 eine Einbindung und eine Legitimation in die UNO bekommt. Sie ist ein von den G8-Ländern in der Tat ausgesuchter Klub, auch wenn dieses Gremium heute, anders als in der G8, eine viel größere Repräsentativität besitzt und ein Schritt in die richtige Richtung ist. Ich glaube, der G20-Prozess, der institutionelle Rahmen, in dem die Reformen in den nächsten Jahren diskutiert werden, ist ganz entscheidend und die Präsenz der armen Länder sehr wichtig.

Zu einigen Einzelfragen habe ich in meinem Papier etwas geschrieben. Ich möchte davon einen Komplex an dieser Stelle herausheben: Es ist außerordentlich wichtig zu verhindern, dass sich jene innovativen Instrumente und jener neue Typus von Akteuren wie zum Beispiel Hedgefonds in Schwellenländern etablieren können. Es ist eine denkbare Reaktion darauf, dass sie hier unter Umständen stärker reguliert werden könnten. Wir hoffen sehr und wir wünschen uns – es ist notwendig –, dass sie sehr streng reguliert werden. Einige sind auch völlig überflüssig und volkswirtschaftlich schädlich, wie zum Beispiel Hedgefonds. Aber es könnte natürlich die Gefahr bestehen, dass sie versuchen, in Schwellenländern und in Steuerparadiesen eine Wiederauferstehung zu feiern und sich dann jene negativen

Erfahrungen, die wir mit ihnen gemacht haben, wiederholen. Das kann man von hier aus durchaus mit beeinflussen, zum Beispiel durch Bankenregulierung und auch indem man den gesamten Nichtbanken-Sektor ebenfalls unter eine strikte Aufsicht und eine Regulierung stellt, die ihn daran hindert, mit diesen Akteuren Geschäfte zu machen. Dazu gehört als sehr wichtiger Schritt für die Entwicklungspolitik selbstverständlich die Neutralisierung der Offshore-Zentren und Steuerparadiese, die als einer der wichtigsten Kanäle der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern gilt. Allein aus Lateinamerika werden pro Jahr 400 Milliarden US-Dollar von den dortigen Funktionseliten in diese Steuerparadiese verschoben. Diese Komplexe würde ich als unmittelbare Einstiegsprobleme sehen, die man anpacken muss. Darüber hinaus ist natürlich langfristig dafür zu sorgen, dass am Ende eines solchen Prozesses eine neue Finanzarchitektur und ein neuer Typus von Nord-Süd-Beziehungen stehen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Kroh, bitteschön!

Wolfgang Kroh (KfW): Vielen Dank. Die Länder, mit denen wir etwas zu tun haben, sind – ich denke, das ist sehr deutlich geworden – in sehr unterschiedlicher Weise betroffen. Deswegen muss man auch verschiedene Maßnahmen ergreifen. Es gibt kein Patentrezept für alle Länder. Man muss im Einzelfall hinschauen. Dennoch lassen sich die Typen von Maßnahmen, die ich persönlich für erforderlich halte, schon nach einigen Kategorien pflastern, die hier angesprochen worden sind. Wir müssen die institutionelle Debatte weiterführen – sie wird auch schon seit Jahrzehnten geführt – um den Entwicklungsländern mehr Stimme und Gewicht zu geben. Im Moment haben wir es mit einer Krise zu tun. Deshalb ist es nicht die Zeit, um neue Großorganisationen aufzusetzen. Wir müssen die Institutionen in ihrer Handlungsfähigkeit unterstützen, die wir haben. Dazu gehören sicherlich der IWF, die Weltbank und die Regionalbanken. Ob man bei den Regionalbanken, die sehr konservative Eigenkapitalvorschriften haben, gleich Kapitalerhöhungen vornehmen muss oder die nicht unbegrenzt verfügbaren Mittel zunächst einmal für die Fonds bereitstellen sollte und sie vielleicht in ihren Eigenkapitalvorschriften vorübergehend ein Stück weit entlasten könnte, lasse ich dahingestellt sein. Das sollte man sich zumindest einmal anschauen. Das, was uns besorgt machen muss, ist, dass wir über die verschiedenen Wirkungskanäle am Ende ein Zusammentreffen von zunehmender Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern in Verbindung mit eingeschränkten Möglichkeiten der Staatsfinanzen haben. Am Ende müssen Sparmaßnahmen zulasten der Grundversorgung der Bevölkerung ergriffen werden, damit leiden die Sozialsysteme, die Schuleinrichtungen und die Basisgesundheitsseinrichtungen. Dieses würde nachhaltig vieles gefährden, was wir in den vergangenen zehn Jahren miteinander erreicht haben. Deswegen denke ich, muss eine der

Prioritäten die Unterstützungsmöglichkeiten im Sinne von Emergency Funds sein. Diese sind auch schon auf der internationalen Ebene angesprochen worden. Aber man muss sie auch im bilateralen Bereich in Erwägung ziehen, so dass man einspringen kann, um Finanzierungsengpässe der Partnerländer, die unmittelbar die Bevölkerung und die soziale Lage bedrohen, zu überbrücken. Das heißt, es müssen gegebenenfalls Mittel umgeschichtet werden und vielleicht auch Prioritäten, auf die man sich bisher festgelegt hat, ein Stück weit hinten angestellt werden. Man darf sich sicherlich nicht das Thema Nachhaltigkeit zu aller oberst für diese Maßnahmen auf die Fahnen schreiben. Die Debatte über die laufenden Kosten, ist da auch nicht besonders hilfreich. Ich finde viele Grundsätze sehr nützlich. Aber wenn wir uns in einer Notlage befinden, müssen wir auch pragmatisch umgehen können.

Andere Felder, wie Trade Finance, die hier zu Recht angesprochen worden sind, sind vordringlich nicht so sehr das Feld im bilateralen Bereich. Daran wird ja auch gearbeitet. Das Thema Garantien ist sicher auch ein ganz entscheidendes Thema. Näher im bilateralen Bereich ist uns natürlich die Frage, wie entwickeln sich unsere Partnerländer strukturell weiter. Kommen wichtige entwicklungskritische Investitionen im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur voran oder erleiden wir Rückschläge, die die Millennium-Development-Zielerreichung noch weiter in die Ferne rücken lassen. Wenn sich die finanziellen Spielräume weitgehend verengen, sich private Investoren schon zurückgezogen haben, wird es sicherlich dazu kommen, dass Investitionsprojekte in Gefahr geraten. Auch an der Stelle muss man bereit sein, anstelle neuer Dinge anzufangen, dafür zu sorgen, dass Lücken geschlossen werden, damit wichtige Investitionen zu Ende und weitergeführt werden können. Hier hat die Weltbankgruppe mit dem IFC ein größeres Paket angestoßen, das zunächst einmal darauf zielt, den Rückzug der Privaten aus den kommerziellen Projektfinanzierungen zu kompensieren. Das ist vernünftig. Es wird aber gerade auch in den Ländern, die nicht im Fokus der Privatinvestoren stehen – dazu gehören mit Sicherheit Subsahara-Afrika und die ärmeren Länder –, die Möglichkeiten geben, zentrale öffentliche Investitionen auf diese Weise zu unterstützen. Des Weiteren müssen wir an den produktiven Sektor denken, insbesondere an die kleinen und die kleinsten Unternehmen. Diesen Unternehmen ist über die letzten zehn Jahre ein deutlich verbesserter Zugang zu Kreditsystemen geschaffen worden, nämlich zu Mikrofinanzinstitutionen. Diesen zu erhalten, ist für mich ein zentrales Thema. Diese Institutionen haben sich allesamt bisher sehr stabil entwickelt. Sie haben sich, auch aufgrund ihres Erfolges, in stärkerem Maße als Anlageninstitute und nicht nur abhängig von Refinanzierungen über die Geberorganisationen etablieren können. Damit sind sie natürlich der Gefahr ausgesetzt, im Zeichen von Misstrauen und Vertrauensschwund Opfer von einem Run auf die Einlagen zu werden. Deswegen haben wir uns als KfW mit 130 Millionen Dollar an dem Fonds, der in der letzten Woche mit dem IFC finalisiert gegründet und in Berlin unterzeichnet worden ist, beteiligt, um

eine sogenannte Enhancement Facility auf die Beine zu stellen. Um das Volumen aufzufüllen, sind auch noch einige andere Geber gefragt. Die Bundesregierung wird sich hoffentlich noch mit einem Teil an dem Risiko beteiligen, um das Ganze besser gängig zu machen. Die Situation verlangt uns Flexibilität ab. Wir müssen bereit sein, neue Wege zu gehen, schnell zu handeln und uns nicht im Dickicht von Institutionen oder Verfahrensvorschriften zu verirren. Es ist eine Zeit, die es schwierig macht und bei der man sehr pragmatisch vorgehen muss. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, Herr Kroh. – Wir kommen jetzt zu Herrn Dr. Tandon.

Dr. Yash Tandon (South Centre, Genf): Vielen Dank. Wir analysieren heute, was der Norden für den Süden tun kann. Die Entwicklung ist unsere Aufgabe, unser Problem und nicht Ihr Problem. Aber lassen wir uns über die Handlungsoptionen reden: Die multilaterale Ebene und die bilaterale Ebene.

Auf internationaler Ebene möchte ich hervorheben, was Peter Wahl sagte. Wir müssen erst einmal die Krise verstehen. Das ist keine normale, konjunkturbedingte, zyklische Krise. Es ist eine tiefgehende Krise – vergleichbar mit der großen Depression von 1929. Wir werden die nächsten 15 Jahre eine Rezession/Depression erleben. Wir brauchen eine zweite Bretton-Woods-Konferenz. Diese ist aus meiner Sicht erforderlich, denn die aktuellen Bretton-Woods-Institutionen sind nicht mehr wirksam. Sie sind überaltert. Ihre Politik, ihre Maßnahmen haben in den letzten Jahren nicht zum Erfolg beigetragen.

Auf bilateraler und multilateraler Ebene möchte ich folgendes sagen: Auch hier müssen wir uns zunächst mit den Ursachen der Krise und der Frage, wie die Krise unmittelbar angegangen werden kann, befassen. Ich stimme mit Herrn Dr. Kasekende überein: Wir müssen antizyklische Maßnahmen durchführen. In den letzten 30 Jahren hat der IWF immer prozyklische Maßnahmen durchgeführt. Dieser Teufelskreis muss gebrochen werden. Wir müssen sorgsam vorgehen. China hat zum Beispiel enorme Währungsreserven, Indien vielleicht auch. Ich weiß nicht, inwieweit Afrika hier handlungsfähig ist. Wir brauchen jede Menge Reserven, um antizyklische Maßnahmen durchzuführen. Ich weiß auch nicht, ob Europa uns diese Mittel zur Verfügung stellen kann. Aber vielleicht kann ich mit Louis später noch einmal darüber sprechen. Ich denke, es ist eine interessante Frage, ob wir überhaupt ausreichende Reserven für eine antizyklische Politik in Afrika haben.

Wir brauchen auch mehr Regulierung, was die Rückwanderung von Migranten aus dem Ausland angeht, das heißt die Menschen, die ins Ausland gegangen sind, die jetzt aber zum

Beispiel Italien oder Frankreich verlassen müssen. Diese Menschen kommen zurück. Migrationswanderungen waren stets ein Thema. Daher müssen wir uns jetzt mit der Frage befassen, wie ein Rückstrom dieser Menschen gelöst werden kann. Es müssen Arbeitsplätze bereitgestellt werden.

Drittens: Europa sollte seine Partnerschaftsabkommen mit Afrika überdenken – diese Partnerschaftsabkommen, gegen die wir uns in Südafrika, im Senegal und anderen Ländern ausgesprochen haben. Diese Abkommen haben zu einem Aufstand, zu einem Aufruhr geführt. Dasselbe gilt auch für den karibischen Raum, wo es die AKP-Abkommen gibt. Ich fordere die Parlamente in Europa auf, diese Abkommen zu überarbeiten.

Dann zum intellektuellen oder geistigen Eigentum: Hier sind die Rechte kontraproduktiv. Die Weltzollorganisation und die Organisation für den Schutz des geistigen Eigentums stellen durch übertriebene Schutzmaßnahmen Hindernisse für die Entwicklungen im Bereich des geistigen Eigentums in den Weg. Auch hier sehe ich Handlungsbedarf.

Nicht zuletzt sollten wir den Norden auffordern, seine Abkommen, seine Versprechen einzuhalten. Wir brauchen keine Hilfe oder Unterstützung. Aber wir erwarten, dass Sie Ihre Verpflichtungen einhalten, zum Beispiel beim Klimawandel. Hier wurden klare, rechtlich verbindliche Verpflichtungen, wie zum Beispiel die Finanzierung eines Technologiefonds zur Unterstützung der Klimatechnologie in unseren Ländern, eingegangen. Aber das Geld fließt nicht. Es funktioniert innerhalb des UN-Klimaschutzrahmens nicht. Daher fordere ich Sie auf, diese Verpflichtungen einzuhalten – auch in anderen Bereichen, zum Beispiel Wohlfahrtssysteme, Hilfe bei Naturkatastrophen, Gesundheitswesen. Diese Art von Hilfe ist akzeptabel. Dagegen haben wir nichts.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Dr. Kasekende!

Dr. Louis Kasekende (African Development Bank Group): Zunächst möchte ich etwas zur Frage Stimmrechte, Repräsentation und Vertretung der Entwicklungsländer in den internationalen Organisationen ausführen. Wir haben gesagt, dass die Länder von der Krise betroffen sein werden. Aber in der G20, wo über die Finanzkrise und über die Lösungen diskutiert wird, ist Afrika nicht effektiv vertreten. Südafrika ist Mitglied. Das ist richtig. Aber Südafrika spricht nicht im Namen der anderen afrikanischen Länder. Daher muss Afrika besser in der G20 vertreten sein. Das ist im Übrigen auch Bestandteil des Communiqués des Ministertreffens in Tunis, was ich bereits erwähnt habe. Dann gab es am 6. Januar 2009 ein Treffen in Kapstadt, was ich bereits erwähnt habe. Wir hoffen, dass die Afrikanische Union

zur nächsten G20-Sitzung eingeladen wird, damit die afrikanische Seite ihre Stimme erheben kann. Auch ich fordere, internationale Verpflichtungen in diversen Bereichen einzuhalten, auch im Bereich der Entwicklungshilfe. Die Doha-Handelsrunde muss endlich zum Abschluss gebracht werden. Wir brauchen mehr Ressourcen für Aid for Trade und Hilfe zum Handel. Die OECD-Maßnahmen sind willkommen in der Hoffnung, dass sie auch eine Unterstützung für Afrika bedeuten. Vor Protektionismus muss jedoch gewarnt werden.

Bei dem afrikanischen Ministertreffen in Tunis war auch die Rede von Reformen der letzten zehn Jahre. Hier ist festzustellen, dass diese Reformen gestärkt und ausgebaut werden müssen, damit wir in Krisenzeiten besser gewappnet sind. Herr Dr. Wolff war es, der zuvor sagte, dass wir den lokalen Finanzsektor in Afrika stärken müssen, damit er eine größere Rolle spielen kann. Ich denke, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es gibt aber auch viele andere Dinge, die wir angehen müssen – zum Beispiel Regulierung, Aufsicht von Banken oder anderen Finanzakteuren. Wir brauchen mehr Banken in diesem Bereich, das heißt lokal, vor Ort. Was die regionalen Entwicklungsbanken angeht, so war lange Zeit die Rede von der Projektfinanzierung. Die regionalen Entwicklungsbanken brauchen jedoch ein anderes Mandat. Sie brauchen das Mandat zur kontrazyklischen Reaktion. Dann gibt es die Liquiditätsfazilität in Höhe von fast einer Milliarde US-Dollar. Aber die Banken müssen besser ausgestattet werden. Sie brauchen eine Kapitalerhöhung. Darüber muss gesprochen werden.

Zum Wissenstransfers: Es wurde gesagt, wir müssten erst einmal verstehen, was hier überhaupt vor sich geht. Die regionalen Entwicklungsbanken haben hier auch in Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank einen Beitrag zu leisten. Wir brauchen mehr Flexibilität. Wir brauchen mehr Innovation. Das wird zur Bewältigung der Krise wichtig sein.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Dr. Wolff, bitte!

Dr. Peter Wolff (DIE): Ich will nach der internationalen Ebene und der nationalen Ebene differenzieren. Auf der internationalen Ebene wird es sicherlich darauf ankommen, dass wir in den nächsten Monaten, d. h. noch in diesem Jahr, sowohl im Handelsbereich als auch im Finanzbereich wieder zu einer Stabilisierung kommen, die insgesamt wieder ein gewisses Maß an Berechenbarkeit in das Weltwirtschaftssystem bringt. Das wird letzten Endes auch den Entwicklungsländern helfen. Im Handelsbereich heißt es – es ist mehrfach angesprochen worden –, dass die Doha-Runde sicherlich zu einem guten Abschluss kommen muss. Das wäre ein Signal, was unmittelbar möglicherweise nicht so schnell

materielle Auswirkungen für die Entwicklungsländer hat, was aber von der Psychologie her außerordentlich wichtig wäre. Natürlich kommt es auf die Inhalte an. Es kommt auch darauf an, dass vor allem die ärmsten Länder mehr vom Welthandel profitieren können, als das bisher der Fall war. Aber es ist vor allem für den Welthandel insgesamt außerordentlich wichtig und notwendig, dass wir nicht weiter in eine Richtung der Renationalisierung gehen. Das ist eine unmittelbare Auswirkung der Krise, vor allem in den Finanzsektoren. Auf Dauer wird es aber auch den Entwicklungsländern nicht nützen. Es ist natürlich etwas schmerzlich für einen Entwicklungspolitiker zu sehen, dass viele Milliarden Dollar in die Stabilisierung von Überkapazitäten der Automobilindustrie in OECD-Ländern fließen. Überkapazitäten werden wahrscheinlich ohne nachhaltigen Nutzen aufrechterhalten. Diese Mittel fehlen uns an anderer Stelle. Das würde ich durchaus unter die protektionistischen Maßnahmen rechnen. Soweit zur internationalen Ebene.

Ich will aus Zeitgründen nicht weiter auf die Frage „Voice und Representation“ und die Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems eingehen. Aber ich denke dennoch, dass wir gerade in diesem Jahr eine Chance hätten, über eine Neugestaltung nachzudenken, vor allem auch, wenn ich an die Vorschläge der Bundeskanzlerin denke, was eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften angeht. Wenn wir in diesem Bereich vorankommen wollen, hätten wir gerade in diesem Jahr eine Chance.

Zur nationalen Ebene: Hier möchte ich noch einmal auf eine Frage zurückkommen, die Frau Koczy gestellt hat: „Was wird in den Ländern eigentlich getan? Wie wird reagiert?“ Ich kann das natürlich nur aus einigen Ausschnitten, die ich selbst kenne, beurteilen. Aber ich habe den Eindruck, dass in den Ländern in den letzten Jahren bessere Kommunikationsstrukturen entstanden sind. Auch zwischen den Geberinstitutionen und den Regierungen, durch eine etwas bessere Koordination, zum Beispiel durch die Paris-Agenda und Accra. Die nützen in dieser Krisensituation insofern, als in vielen Ländern Task Forces zwischen Regierungen und Gebern entstanden sind, bei denen gerade auch die multilaterale Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken eine Rolle spielen. Auch als bilaterale Geber sind wir gefordert, im Einzelfall flexibel zu reagieren. Das muss man Land für Land tun. Ich habe vom Krisenmanagement einen relativ positiven Eindruck aus einigen Ländern mitgenommen. Wir haben sehr viel aus der Asien-Krise gelernt und sind jetzt besser in der Reaktion auf die Krise. Daher sehe ich da relativ positive Entwicklungen.

Ich möchte weitere Punkte, die ich auch in meinem Papier aufgeschrieben habe – vor allem, was die Förderung des Finanzsektors, die Mobilisierung einheimischer Ressourcen angeht – nicht vertiefen, weil es auch von anderen deutlich hier gesagt wurde. Hier ist aber tatsächlich

ein Bereich, in dem jetzt in der Krise eine Chance besteht, politischen Druck auszuüben, um voranzukommen. Vielleicht war die Situation in einigen Bereichen in den letzten Jahren zu positiv, zum Beispiel in Zeiten hoher Wachstumsraten, wo Reformen in manchen Bereichen nicht weiter oder nicht mit der nötigen Konsequenz umgesetzt worden sind. Ich denke, man sollte sich in der Kommunikation zwischen Gebern und den Partnerländern tatsächlich auf Reformen orientieren und nicht nur auf die pure finanzielle Krisenbewältigung. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. Zunächst Herr Aydin, dann Herr Binding. Zwei Minuten haben die kleinen Fraktionen, sechs die Union und fünf die SPD.

Abg. Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE.): Ich möchte zunächst einmal positiv zur Kenntnis nehmen, dass alle der Auffassung sind, dass man aus der Krise lernen kann. Angesichts der Aussagen des Deutsche-Bank-Chefs Ackermann, der in zwei Jahren schon 25 Prozent Renditen vorankündigt, muss man aber feststellen, dass dieser Lerneffekt leider noch nicht eingesetzt hat. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir selbst noch nicht gelernt haben, mit effektiven Antworten auf die Krise zu reagieren, nämlich was Regulierungen anbetrifft. Insofern habe ich im Zusammenhang mit der internationalen Reform des IWF und der Weltbank an Herrn Wahl die Frage: Wie müssten diese Institutionen konkret reformiert werden, um nicht die Fehler aus den 80er Jahren zu wiederholen? Meine andere Frage bezieht sich auf die Frage Nahrungsmittelspekulation: Es gibt immer noch Leute, die meinen, man sollte Nahrungsmittelspekulation zulassen, weil sie preisregulierende Effekte haben soll. Hier ist meine Frage: Ist die Nahrungsmittelspekulation in Zukunft vermeidbar, und mit welchen Mitteln kann man sie vermeiden?

Letzte Frage, die ich in dem Zusammenhang habe: Wir sprechen von Steueroasen, durch die ebenfalls sehr viel Geld für die Entwicklungsländern verloren geht. Meine Frage an die Afrikanische Entwicklungsbank lautet: Selbst die Asiatische Entwicklungsbank hat auf den Kaimaninseln Fonds mitfinanziert, die wir letztes Jahr angeprangert haben. Macht auch die Afrikanische Entwicklungsbank Geschäfte, bei denen sie über Fonds Steueroasen mit fördert? Wenn ja, wäre das sehr schlimm. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, solche Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden?

Der **Vorsitzende**: Herr Binding, bitte – danach Frau Koczy!

Abg. Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Wenn wir über die G8 oder die G20 und den internationalen Finanzmarkt reden, dann steht häufig ein Begriff im Mittelpunkt, den ich heute

noch nicht gehört habe, nämlich der der Rating-Agenturen und den des Ratings. Wenn man die Krise verstehen will, dann muss man auch verstehen, dass die Rating-Agenturen bewusst Risiken verschleiert haben. Das Zauberwort der Rating-Agenturen heißt Tranchierung: Indem ich eine faule Wurst aufschneide, bekomme ich viele gute Stückchen Wurst. Wir haben durchaus aber auch alle anderen wichtigen Parameter, wie Eigenkapitalverstärkung, gehört. Wir haben gehört, dass wir über die Risikobelastung bestimmter Produkte reden müssen, dass die Einlagensicherung auch in den Banken verstärkt oder in den Blick genommen werden muss und dass es um Liquiditätsversorgung geht. Sie sprachen von Garantien. Auch das will bewertet werden. Spielt das in der Entwicklungspolitik und in den Bereichen, in denen Sie arbeiten, eine zentrale Rolle? Ich sage das auch mit Blick auf eine sehr ärgerliche Anhörung mit Rating-Agenturen vor einigen Jahren, in denen sie nicht offenlegen wollten, wie geratet wird, was genau passiert, mit welchen Zielen und mit welchen Auftraggebern etc.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. – Frau Koczy!

Abg. Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Eine Frage zur Kapital- und Steuerflucht – in der KfW-Stellungnahme wird darauf Bezug genommen. Inwieweit wird im Zuge der Finanzkrise vor allem in der EU und der OECD wirklich von relevanten neuen Ansätzen gesprochen werden können, um Steueroasen auszusetzen?

Zweite Frage – Konjunkturprogramm: Zoellick hat vorgeschlagen, dass wir ein Prozent für die Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise in Entwicklungsländern von den Konjunkturprogrammen einsetzen sollten. Was sagen Sie dazu?

Dann die interessante Diskussion zu G20. Peter Wahl hat darauf Bezug genommen und gesagt, das Ganze müsste auch in das UN-System eingebunden werden. Wie ist das genau vorstellbar? Aber dann auch: Soll die G20 in Zukunft auf höchster Ebene Bestand haben, also auf Leadership-/Präsidentenebene?

Die Frage an Herrn Dr. Kasekende: Haben sich die afrikanischen Staaten darauf geeinigt, wer sie, außer Südafrika, in den G20 vertreten soll?

Wie beurteilen die Sachverständigen die aktuellen Entwicklungen einer neuen Investitionsform im Bereich Land- und Agrarrohstoffe, nämlich das sogenannte Land Grabbing? Regierungen, auch Investmentunternehmen, kaufen Land auf und investieren in

Afrika. Was sagen Sie dazu? Ist das nicht auch eine neue Form der Spekulation? Wie kann man dem entgegen treten?

Letzte Frage: Weed hatte nochmals das Handelsregister in Rohstoffbörsen angedeutet. Welche Position vertritt die KfW? Kann verhindert werden, dass sich hier nicht eine weitere Form der Spekulation eröffnet?

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. – Herr Dr. Ruck, bitte!

Abg. Dr. Christian Ruck (CDU/CSU): Herr Kroh, sollen wir das Portfolio der Sektoren in der EZ ändern? Sie haben solche Andeutungen gemacht. Ist es richtig, alles, was wir zur Stärkung des finanziellen Sektors zum Beispiel in Afrika beitragen können, hochzufahren?

Sie sprachen in Ihren Unterlagen auch davon, dass wir die Budgethilfe, zur Not auch laufende Kosten, stärker einsetzen müssen. Wie verhält sich das mit unserem Ansinnen, dass wir einigermaßen versuchen wollen, die Gelder dort hinkommen zu lassen, wofür sie bestimmt sind? Also: Soll sich im Portfolio unserer EZ oder der internationalen EZ etwas ändern?

Dann habe ich eine Frage an Herr Dr. Wolff: Sie sprachen in Ihren Unterlagen die DEG an. Wir diskutieren über Möglichkeiten – das gilt auch für die KfW –, wie ich beides kombinieren kann. Wie kann ich versuchen, zum Beispiel auch deutschen Unternehmen, jetzt, wo Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern wichtig sind, stärker zu helfen, dort Investitionen zu tätigen? Sieht die KfW Möglichkeiten, in der Richtung stärker nachzudenken?

Herr Kroh, gibt es realistische Möglichkeiten, die Steueroasen wirklich auszutrocknen oder ist der Ansatz, dass man die Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern verbessert, der vielversprechendere?

Dann habe ich eine Frage zu den institutionellen Reformen: Herr Wahl hat – auch in seinem Papier – viele Vorschläge zu institutionellen Reformen gemacht. Herr Kroh hat eben gesagt, jetzt in der Krise muss man erst einmal schauen, dass man die Dinge stärkt, die da sind. Gibt es denn im Moment eine Vision, die auch in den nächsten Monaten oder im Jahresablauf umzusetzen ist, das heißt eine realistische Reform der Finanzarchitektur? Es gibt viele Vorschläge, auch Vorschläge, die die UNO betreffen, Vorschläge, die Sie, Herr Kroh, angedeutet haben – institutionelle Reform des IWF. Was erwarten Sie in den nächsten Monaten als konkret umsetzbar, was wäre wünschenswert?

Der letzte Punkt richtet sich an unsere Gäste aus Uganda: Es ist sehr interessant, dass Herr Dr. Tandon gesagt hat: „It’s our development“. Ich glaube, es ist schon wichtig, dass sich gerade die afrikanischen Politiker darauf besinnen, „Was kann man in Afrika selbst tun?“. Aber, wenn nach einer besseren Repräsentation gefragt wird: Von wem soll sie kommen? Wir haben vor kurzem die Wahl zur Afrikanischen Union mit al-Gaddafi als neuen Präsidenten und einer sehr schlechten Wahlbeteiligung erlebt. Glauben Sie wirklich, dass diese Form der afrikanischen Repräsentation geeignet ist, Gewicht zu entfalten – sei es in Afrika oder sei es in der Welt?

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. – Herr Hilsberg!

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Man darf die Tugend der Besonnenheit nicht aufgeben und muss die Reformen, die sowieso notwendig zu erarbeiten sind, weiter vorantreiben. Dazu gehört die bessere Integration und der Ausbau des Finanzsektors in vielen afrikanischen Staaten. Dazu gehören auch die Probleme der Steueroasen, der Kapitalfluchtbekämpfung. Es ist von vielen von Ihnen Flexibilität angemahnt worden, das heißt die Möglichkeit, pragmatisch zu handeln. Das führt natürlich auch sofort zu den nationalen Alleingängen, die vor diesem Hintergrund des Krisenszenarios verständlich sind. Manchmal geschehen sie ein Stück weit unter panischen Gesichtspunkten. Das heißt, der Handlungsdruck ist so groß, dass überhaupt erst einmal etwas getan wird und anschließend schaut man, wie sinnvoll das alles gewesen ist. Das haben wir durchaus auch in Deutschland. Es ist nicht auf die Entwicklungsländer beschränkt. Was man braucht, ist Abstimmung. Da schließe ich mich der Frage, die Herr Dr. Ruck gestellt hat, an: Was könnte denn beispielsweise die Rolle der Organisationen der Afrikanischen Staaten, der AU sein? Wie stellen Sie sich eine bessere Repräsentation vor? Haben wir genug Gremien, in denen beispielweise über die Koordinierung, über eine Abstimmung in den entsprechenden Entwicklungsländern geredet wird? Bräuchten wir Institutionen? Reichen die G20 dafür? Über Institutionen nachzudenken, indem darüber geredet wird, ist mit Sicherheit ausgesprochen sinnvoll.

Dann würde mich zum Schluss noch interessieren ob es Sinn macht, in diesen Bereich der Mikrofinanzierung stärker und mit Nachdruck zu investieren? Ist es wirklich ein adäquates Instrument, um die Krisensymptome abzufedern, die wir haben. Es ist ja auch eine allgemeine Entwicklung der letzten 20 bis 30 Jahre. Würde das dazu beitragen, auch die jetzigen Krisenphänomene ein Stück weit zu lindern?

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. – Herr Geis!

Abg. Norbert Geis (CDU/CSU): Wir müssen aufpassen, dass wir in einer solchen Krise nicht alle Grundsätze, die wir uns erarbeitet haben, über Bord werfen. Bei uns ist zum Beispiel ein wichtiger Grundsatz: Wahrung des geistigen Eigentums, also das Urheberrecht, das inzwischen europaweit eine große Geltung erlangt hat. Daran wird weiter gearbeitet. Herr Dr. Tandon: Inwiefern glauben Sie, dass bei einer Abschwächung dieses für uns im Sinne der Gerechtigkeit wichtigen Rechts auf geistiges Eigentum mehr für die Entwicklung der Entwicklungsländer erreicht werden kann?

Der **Vorsitzende:** Dankeschön. Obwohl die Redezeit der Fraktion DIE LINKE. eigentlich schon vorbei ist, aus gegebenem Anlass heute ein Extrabonus – noch eine ganz kurze Frage für Heike Hänsel.

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): Eine Frage zur Wirtschaftspolitik, weil es natürlich auch entscheidend ist, wie wir wirtschaftspolitisch, handelspolitisch auf die Krise reagieren. Die EPAs wurden schon durch Herrn Dr. Tandon angesprochen. Eine Frage an alle: Wie sehen Sie die zukünftige Handelspolitik, also die Bestrebungen der Europäischen Union, Assoziationsabkommen mit Ländern Asiens, Lateinamerikas und auch Afrikas abzuschließen? Wie schätzen Sie diese Entwicklung in der jetzigen Krise ein?

Der **Vorsitzende:** Dankeschön. – Herr Königshaus!

Abg. Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. Die bisherige Anhörung war mir ein bisschen zu allgemein, denn eine Krisenreaktion – darum geht es im Moment – muss vor allem an den kurzfristig erforderlichen und auch möglichen Maßnahmen ansetzen. Wir haben über sehr viel Grundsätzliches gesprochen.

Am Anfang – das war der Ausgangspunkt – haben wir darüber gesprochen, dass es *die* Lösung an sich nicht gibt, sondern dass man sehr genau nach Regionen, nach Sektoren etc. aussortieren muss. Auch dazu haben wir – außer vom Kollegen Ruck, der kurz die Frage gestellt hat, wie das denn mit bestimmten Repräsentanten zum Beispiel in Afrika zu sehen ist, die dann ja auch die Aktionen übernehmen müssten, kaum Stellungnahmen gehört. Ist die Krise in Simbabwe ein Teil dieser Wirtschaftskrise oder ist es etwas in sich Geschlossenes, was mit keiner Maßnahme, über die wir hier eben gesprochen haben, in den Griff zu bekommen ist?

Nahrungsmittelspekulation: Dahinter steckt die eigentliche Nahrungsmittelkrise. Heizen wir diese nicht mit verschiedenen Maßnahmen an? Ist nicht die erste Maßnahme, die wir treffen sollten, aufzuhören, die Biotreibstoffdiskussion voranzutreiben oder gar die

Beimischungsregeln noch weiter zu verschärfen? Können wir dort nicht etwas tun, ohne dass wir zusätzlich sofort Geld in die Hand nehmen müssen. Denn das muss auch wieder am Kapitalmarkt aufgenommen werden mit wiederum negativen Folgen auf die Weltwirtschaft und damit letzten Endes auch auf die Entwicklungs- und Schwellenländer.

Dann die Frage Budgethilfe – genau die gleiche Frage wieder, die sich immer stellt bei der Frage der Budgethilfe: Wem kann man sie geben, und an welcher Stelle soll sie eingesetzt werden? Es gibt ja – Gott sei Dank – eine scharfe, klare Abgrenzung, wo man das verantworten kann und wo nicht. Wir unterhalten uns dann darüber, ob es eingehalten wird. Aber immerhin sind wir uns theoretisch einig, dass Rahmenbedingungen dafür bestehen müssen. Wir sind uns darüber einig, dass diese Rahmenbedingungen in den meisten Ländern, über die wir hier sprechen und die von der Krise betroffenen sind, nicht gegeben sind. Was machen wir mit diesen?

Der **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zu der Schlussrunde. Ich bitte um Verständnis, dass ich keine Nachfragen mehr zulassen werde, weil wir schon etwa 10 bis 15 Minuten überziehen. Alle Sachverständigen haben jetzt noch einmal fünf Minuten Zeit, um auf die Fragen, die angesprochen worden sind, zu reagieren. Wir beginnen bei Herrn Dr. Wolff.

Dr. Peter Wolff (DIE): Vielen Dank. Ich will zunächst noch einmal auf Frau Koczys Frage zum Vorschlag Zoellicks, ein Prozent der Konjunkturprogramme für Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen, zu sprechen kommen: Ich denke, das war insoweit ein richtiger Hinweis. Die Nachfrage in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Konjunkturmaßnahmen, die möglicherweise auch von unserer Seite in gewissem Ausmaß gefördert werden können, ist genauso wichtig, wie die Nachfrage, die wir hier in Deutschland im nationalen Rahmen durch unser Konjunkturpaket erzeugen wollen. Es kommt also auf die Nachfrage an, die in allen Ländern im Aggregat entsteht. Da ist die Nachfrage, die in den Entwicklungsländern entsteht, gerade für ein Exportland wie Deutschland genauso wichtig, wie eine Nachfrage, die bei uns im Land entsteht, wenngleich aus anderen Ländern nur ein kleiner Teil der Nachfrage bei uns wirksam wird. Im Aggregat nützt es aber global. Insofern ist dieser Aufruf von Zoellick, der auch vom IWF gemacht wurde, dass wir nicht nur auf unsere nationalen Pakete schauen sollen, sondern dass wir auf das Aggregat im globalen Zusammenhang schauen müssen, sehr richtig und wichtig. Es hat nichts damit zu tun, dass man einen kleinen Teil abgeben möchte, sondern es kommt tatsächlich auf den globalen Gesamtzusammenhang an. Da sind Maßnahmen, die wir zur Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern unterstützen können, für uns und im globalen Zusammenhang genauso wichtig, wie Investitionsförderung bei uns im Land. Ich denke, dass mit dem kleinen Beitrag

von 100 Millionen Euro, der nicht unbeträchtlich ist und im Rahmen des deutschen Konjunkturpakets geleistet wurde, zwar die ein Prozent der Zoellick'schen Forderung nicht erreicht ist, aber immerhin.

Ich will anschließend gleich die Frage von Herrn Dr. Ruck aufgreifen: Können wir speziell über unsere Institutionen (DEG) auch für deutsche Unternehmen etwas tun? Ich denke – das schließt an meinen ersten Punkt an – dass wir diese Investitionsförderung in Entwicklungsländern tatsächlich über verschiedene Wege mit unterstützen können. So tun wir es mit der KfW mit der Kofinanzierung von IFC-Infrastrukturinvestitionen oder der Refinanzierung von Mikrofinanzbanken. Wir geben ihnen die Möglichkeit, kleine Investitionen dort weiter zu fördern, wo der Finanzkanal ausgetrocknet ist. All dieses dient der Förderung von Investitionen. So sollte beispielsweise die DEG nicht wie die Privaten zurückfahren, weil die Risiken für sie größer geworden sind. Sie sollte antizyklisch agieren und dafür die politische Unterstützung haben, Investitionen zu fördern. Das bedeutet natürlich ein höheres Risiko für die DEG. Man muss sehen, wie man das abfedert, aber der Vorteil ist der, dass wir nicht unmittelbar mit Haushaltsmitteln agieren müssen, sondern, dass man in einem wesentlichen Teil mit Kapitalmarktmitteln vielleicht etwas abgepuffert über Zinssubventionen aus Haushaltsmitteln oder über eine Risikoübernahme helfen kann. Das wäre auch eine kurzfristige Maßnahme, die wir im Rahmen der deutschen EZ machen könnten. Das kann und sollte auch deutschen Unternehmen helfen, in Entwicklungsländern zu investieren. Ich würde aber aus Wettbewerbsgründen abraten, ein Instrument spezifisch für deutsche Unternehmen über die DEG einzuführen – auch deshalb, weil solche Instrumente der Investitionsförderung auf die Entwicklungsländer ausgerichtet sind. Man müsste im Einzelfall sehen, ob ein deutscher Investor oder ein Investor aus einem anderen europäischen Land oder gar aus dem Land selbst dafür geeignet ist. Aber durch die Fühlungsvorteile der deutschen Unternehmen, die sie zur DEG ohnehin haben, können sie auch profitieren. Das wäre ein Weg, wie auch jetzt kurzfristig versucht werden kann, mit relativ geringen Mitteln Investitionen in der Krisensituation zu fördern. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. – Herr Dr. Kasekende!

Dr. Louis Kasekende (African Development Bank Group): Vielen Dank. Es gab einige, ganz spezielle Fragen. Die ersten beiden Fragen bezogen sich auf die Steueroasen. Die Afrikanische Entwicklungsbank mobilisiert Ressourcen aus den Kapitalmärkten. Ich weiß nicht, ob wir dabei als Kofinanzierer auftreten. Ich glaube nicht, dass es Projekte gibt, wo wir mit Kofinanzierungen aus Steueroasen zusammenarbeiten. Es ist mir nicht bekannt, dass wir Mittel aus Steueroasen nutzen.

Eine zweite Frage richtete sich an die Repräsentanz in der G20: Das Treffen, das in Kapstadt stattgefunden hatte, hat befunden, dass es empfehlenswert wäre, auch die AU einzuladen. Der Vorsitzende konnte das leider nicht selbst tun. Deswegen könnte man überlegen, ob der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank gemeinsam mit der EU bei der G20 darüber spricht.

Dann haben Sie Harmonisierung und Regionalisierung der verschiedenen Projekte in Afrika angesprochen. Ich glaube, die Frage war, ob die G20 tatsächlich der richtige Rahmen zur Diskussion dieser Fragen ist. Die Afrikanische Union und ihre regionalen Blöcke müssen gestärkt werden. Natürlich brauchen wir gut funktionierende regionale Blöcke, um eine bessere Abstimmung der Regionen zu erhalten. Auch muss der regionale Handel gestärkt werden. Das wäre eine Maßnahme, die in Zeiten dieser Krise genutzt werden könnte.

Dann die Frage der Mikrofinanzierung und ob die Ausgliederung Afrikas von den internationalen Märkten eine gute Abfederung ist. Meiner Meinung nach werden Mikrofinanzinstitutionen in Bezug auf die Einbindung der Armen auf die Finanzmärkte helfen. Einige unserer eigenen Finanzinstitutionen, die sich bereits auf den Kapitalmärkten integriert haben, sind jedoch wieder ausgestoßen worden. Wir sprechen uns deshalb wieder für die Integration unserer Finanzinstitutionen auf die internationalen Finanzmärkte aus.

Es wurde Simbabwe angesprochen und ob die Krise dort im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise steht: Die Krise in Simbabwe wird nicht kurzfristig mit Maßnahmen gelöst werden können. Wir brauchen weit greifende Maßnahmen. Sie haben Recht, die Minister in Afrika haben das bereits anerkannt. Man braucht ein Rahmenwerk. Es gibt natürlich politische Probleme in Simbabwe, die gelöst werden müssen und die auch durch diese Krise entstanden sind.

Dann die Unterstützung durch Haushaltsmittel: Wenn man Probleme der Länder mit einem geringem Einkommen lösen möchte, dann brauchen wir ganz spezifische Instrumente. Eines der Instrumente ist hierbei die Nutzung von Haushaltsmitteln. Somit kann man auch auf die Krise reagieren. So reagiert die Afrikanische Entwicklungsbank für ihre Länder. Ich glaube, damit habe ich alle Fragen, die an mich gerichtet wurden, beantwortet.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Dr. Tandon!

Dr. Yash Tandon (South Centre, Genf): Vielen Dank. Ich stimme Ihrem Vorschlag zu. Man kann nicht pauschale, allgemeine Äußerungen machen. Der Teufel steckt im Detail, wie es so schön heißt. Man muss sich die jeweilige Lage in den unterschiedlichen Ländern im Detail anschauen: Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos wurde verkündet, wir wollen keinen Protektionismus, keine Tariferhöhung – wunderbar. Aber die Details sind interessant. In Ghana gibt es zum Beispiel einen 20-Prozent-Zoll auf Hühnerfleisch. 100 Prozent ist jedoch insgesamt der Tarif. Ghana muss die Tarife letztendlich also erhöhen, um die eigene Industrie zu unterstützen. Ansonsten kriegen wir Hühnchen aus Brüssel, das heißt aus Europa, importiert. Letztendlich geht es hier nicht um Tarife. Es geht um die inländische Regulierung, es geht oder ging in den letzten Jahren auch um Deregulierung in vielen Bereichen – Gesundheitsbereich etc.. Die indischen Firmen profitieren vielleicht davon. Sie gewinnen an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber afrikanischen Firmen. Aber wir müssen uns wie gesagt stets die Details anschauen.

Der Schutz des geistigen Eigentums wurde nochmals angesprochen. Es geht nicht um eine Schwächung der Eigentumsrechte. Es geht um eine ausgewogene Behandlung. Man muss hier den goldenen Mittelweg finden. Lassen Sie mich ein Beispiel geben: Die Weltzollorganisation hat zum Beispiel versucht, Abgaben auszuhandeln. Ich gehe nicht ins Detail. Es war vorgesehen, dass Zollhindernisse gegenüber gefälschten Produkten eingeführt werden sollen – zum Beispiel die Piraterie im Medikamentenbereich. Es wurde gesagt, dass gefälschte Medikamente gesundheitsschädlich sein könnten. Aber man hat nicht zwischen Generika und gefälschten Medikamenten unterschieden. Man kann zum Beispiel Medikamente aus Indien nach Afrika importieren, die sogenannten Generika, die nicht schädlich sind. Jetzt soll dieser Handel verboten werden. Einen solchen Geschäftskontakt gibt es zum Beispiel auch von Indien nach Brasilien. Aber das führt letztendlich wieder dazu, dass der Handel vom Norden aus im Süden verhindert und behindert wird. Dies kann nicht sein.

Abschließend zur globalen Finanzarchitektur: Das ist eine schwierige Frage, wie Afrika in der G20 vertreten sein soll. Es ist auch eine falsche Frage. Es geht nicht darum, ob die Afrikanische Union, Gaddafi oder andere dabei sitzen sollen. Die G20 ist von Haus aus schon gar nicht legitim. Sie ist nicht in irgendeiner Form demokratisch gewählt. Ecuador hat vor dem letzten G-20-Treffen zum Beispiel ausgezeichnete Vorschläge gemacht, zum Beispiel Banco del Sur, Asian Bank. Es wurden wirklich konkrete Vorschläge gemacht, Förderung der lokalen Ressourcen, damit die regionalen Banken und nicht der IWF oder die Weltbank die erste Anlaufstelle werden. Das war der Vorschlag. Es wurde auch gesagt, wir müssen uns von der Abhängigkeit von den Geberländern abkoppeln. Auch hier geht es

wieder um das Detail. Ich denke, es wurden ausgezeichnete Vorschläge gemacht, wie die Stärkung der Rolle der Regionalbanken und Einrichtung einer Art „Postamt“, was letztendlich für die Koordinierung und Verteilung der Gelder sorgt. Aber diese Vorschläge aus Ecuador tauchen nirgends auf – bei keinem G20-Treffen und in keinem Communiqué. Sie werden nicht ernst genommen. Aber genau darum geht es, auch unsere Vorschläge aus Entwicklungs- und Schwellenländern ernst zu nehmen. Die ganze Diskussion dreht sich im Kreis. Das ist wirklich eine Zeitverschwendung hier.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Kroh, bitte!

Wolfgang Kroh (KfW): Zunächst zu der Frage von Herrn Binding zu den Rating-Agenturen: Rating-Agenturen haben natürlich ein gewisses Maß an Verantwortung für die Finanzkrise. Das ist unzweifelhaft. Rating-Agenturen haben die Rolle, anderen zu helfen, Risiken einzuschätzen, dieses auch in der Methodik offen zu legen und Rating-Berichte zu schreiben. Das macht auch jede Bank, die sich Rating-Reports für ihre eigenen Zwecke anschaut, weil der Kern des Bankgeschäfts der richtige Umgang mit Risiken ist. Insoweit kann man das nicht wirklich vollständig an den Markt delegieren. Das funktioniert bei Corporate Ratings und bei Sovereign Ratings eigentlich ziemlich gut. Die Risiken waren bei diesen hoch strukturierten Produkten für den Käufer einfach nicht mehr überschaubar, weil zu viele Einzelprodukte dahinter lagen. Dadurch ist im Moment ausgehebelt worden, was in jedem Markt sein sollte – dass der Käufer die Qualität des Produkts im Grunde genommen abnimmt. In dem Moment, hat er das nicht mehr tun können, sozusagen zugunsten der leichten Handelbarkeit. Dadurch ist ein riesiges Problem entstanden. Ich glaube, da haben die Rating-Agenturen viel an Vertrauen verloren. Aber dass man begründete Risikoeinschätzung braucht, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Die Kapital- und Steuerflucht: Die Kapitalflucht hat immer etwas mit mangelndem Vertrauen in das eigene Land, in die eigene Administration, in die eigene Wirtschaft zu tun. In Krisenzeiten gibt es auch in dem Maße, wie dieses Vertrauen fehlt, Kapitalflucht. Man kann versuchen, das administrativ oder durch Anreizsysteme aufzuhalten, beispielsweise gegen die eigene Währung zu spekulieren. Aber das Überzeugendste ist letztlich gute Politik und die kann man nicht von außen herbeiführen. Die Steuerflucht hat zum Teil auch mit den Steuersystemen der Partnerländer zu tun. Lassen sie sich das einmal erklären, wie die Steuererhebung dort funktioniert und welche Tarife dort zum Teil de facto zur Anwendung kommen. Es gibt gerade eine deutsche Initiative in dem Bereich. Ich finde wichtig, dass diese fortgesetzt wird. Aber da müssen eben auch beide Seiten zusammenspielen. Das ist kein Thema, das man mit einzelnen Ländern lösen kann.

Zum Thema Land Grabbing: Es ist herrschende Meinung, dass man einem Land nicht teilweise die Souveränität entziehen kann und sollte.

Zum Portfolio der deutschen Zusammenarbeit: Ich denke, dass wir mit den Schwerpunkten Energie, Klima, Wasser, Abwasser, Mikrofinanzierung, Finanzsystemstabilität und Umwelt generell gut aufgestellt sind. Daran will ich nicht rütteln. Mir geht es im Kern darum, dass wir in der Krisensituation die längerfristig ausgerichteten Investitionen umschichten können, wenn der Bedarf aufkommt, kurzfristiger abfließende Mittel zu mobilisieren. Das Schwierigste wird möglicherweise sein, zwischen Ländern umzuschichten.

Zur Mikrofinanzierung: Sie kann nicht alles machen, aber sie ist wichtig, und es ist wichtig, sie zu bewahren und weiter zu stützen. Diese Fazilität zielt auch nicht nur auf die Mikrofinanzinstitutionen ab, sondern auch auf die Banken, die Mittelstandsfinanzierungen machen. Das ist auch wichtig. Mehr kann sie nicht leisten. So etwas entsteht auf der einen Seite konzeptionell und institutionell. Wir haben fortlaufend Kontakte in einem Netzwerk mit anderen Institutionen und mit den Partnern. Wir wissen also relativ genau, wo etwas getan werden muss.

Zur Spekulation mit Nahrungsmitteln: Konkret kann ich Ihnen dazu nichts sagen. Es wurde nochmals angemahnt, nicht die Grundsätze auf die Seite zu schieben. Mir geht es schlicht und einfach nicht darum, alles möglich zu machen. Herr Königshaus hatte auch noch einmal gefragt, wie zielgenau das am Ende sein kann. Ich denke, je zielgenauer wir das machen können, umso besser. Wenn wir konkret wissen, dass im Gesundheitsbereich Medikamente fehlen, weil das über die Abwertung mit dem budgetiertem Geld schlicht und einfach nicht mehr gekauft werden kann und gravierende Folgen drohen, dann kann man auch ganz konkret dort eintreten. Mir ist es also auch lieber, wenn wir es konkret machen können. Es darf nur nicht zwei Jahren dauern, bis es passiert. Das ist der Kern der Botschaft. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, Herr Kroh. – Herr Wahl, bitte!

Peter Wahl (Weed): Herr Binding, die Hauptfunktion der Rating-Agenturen ist zunächst einmal weniger, Risiko abzuschätzen als Renditen für ihre Besitzer und Shareholder zu erwirtschaften. Rating ist nämlich nichts anderes als ein kommerzielles Modell, das entstanden und groß geworden ist, weil die systemische Instabilität so groß geworden ist. Vor 30 Jahren hat man sie kaum zu etwas gebraucht, weil die Kreditrisiken viel geringer

waren. Das Hauptproblem ist, das zurückzuführen. Natürlich ist die Risikobewertung eine sinnvolle und notwendige Aufgabe, aber sie sollte in einer öffentlich-rechtlich verfassten Form und nicht auf rendite-kommerzieller Basis stattfinden. Das ist das Erste.

Zu den Offshore-Zentren: Ich glaube, hier gibt es sehr viele Spielräume, unilateral etwas zu unternehmen. Die Bush-Administration hat mit dem Argument der Terrorismusbekämpfung sogar das Bankgeheimnis der Schweizer geknackt. Aber wenn der politische Wille da ist, geht das auch für uns unilateral. Deswegen finde ich den Ansatz von Minister Steinbrück durchaus richtig, zu sagen, so viel wie es geht auf europäischer und multilateraler Ebene, aber wenn das nicht klappt, machen wir es allein. Das ist die richtige Herangehensweise. So kann man einiges gegen Offshore-Zentren und Steuerparadiese erreichen.

Zur Nahrungsmittelspekulation: Das ist ein relativ komplexes Thema. Sie findet im Wesentlichen über Futures an drei Plätzen statt: In London, Chicago und New York. Darauf haben wir im Augenblick relativ geringen Einfluss. Insofern ist es sehr schwierig. Es gibt dort auch eine Form, das sogenannte „Commercial Trade“. Das sind eingeseessene und fachkompetente Händler mit Futures, die keine spekulativen Blasen erzeugen. Das kostet zwar alles etwas mehr und es erhöht die Preise drauf, ist aber ein relativ sicheres System. Wenn man den Commercial Trade über ein Händlerregister sozusagen und vor allem über eine Kontrolle des Over-Account-Handels mit Derivaten abschotten kann, dann kann man die Blasenbildung und die marktfremden Spekulationen verhindern. Dennoch ist das nur eine zweitbeste Lösung. Die beste Lösung wäre, generell Grundnahrungsmittel, die für die Nahrungsmittelsicherheit notwendig sind, in ein System einzubinden, das marktunabhängig ist. Dann könnte man für die entscheidenden Bevölkerungsgruppen langfristige Nahrungsmittelsicherheit herstellen.

Letzter Punkt: IWF, Weltbank und was ist realistisch mit Governance-Strukturen? Wenn ich ehrlich sein soll, glaube ich nicht, Herr Dr. Ruck, dass wir in den nächsten zwei Jahren eine substantielle Reform des internationalen Governance-Systems erleben werden. Ich hatte vorhin schon erwähnt, es wird leider alles nationalstaatlich laufen. Ob man das mag oder nicht, ist eine andere Frage. Der wichtigste Spieler dabei ist der Nationalstaat USA. Mit Obama verbinden sich einige Hoffnungen, dass eine bestimmte Dynamik entsteht, den IWF und die Weltbank zu reformieren. Das hat die letzten 30 Jahre nicht funktioniert. Die Rahmenbedingungen sind jetzt besser. Ich setzte auch eine Hoffnung darauf, dass die Chinesen, die Inder, die Brasilianer und andere als eine Konsequenz aus dieser Krise sagen: „IWF und Weltbank hat uns 30 Jahre diese Rezepte gegeben. Sie wollten uns noch vor drei Jahren verbieten, Kapitalverkehrskontrollen usw. zu machen. Schluss damit. Wir brauchen

eine neue Finanzarchitektur.“ Wenn dann herauskommt, dass eine reformierte und demokratisierte G20 so etwas wie ein politisches Obergremium ist und der IWF und die Weltbank dann zu so etwas wie die KfW und GTZ, also zu Durchführungsorganisationen, werden, dann kann man aus den Organisationen noch etwas machen. Ansonsten sind sie im Augenblick nur gut dazu, als „Lender of Last Resort“ zu dienen, das heißt Geld flüssig zu machen und als „Feuerwehr“ einzugreifen. Allerdings sollte man darauf drängen, dass das nicht mit den traditionellen neoliberalen Konditionalitäten verbunden ist.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir sind an das Ende dieser Anhörung gelangt. Ich ziehe kein Fazit, weil wir die Zeit schon überschritten haben. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Sachverständigen, die teils weite Reisen zurückgelegt haben, um uns ihren Sachverstand zur Verfügung zu stellen. Herzlichen Dank und noch einen Applaus für die Sachverständigen. Ich bedanke mich bei der federführenden Fraktion und bei den Berichterstattem für die Vorbereitung. Ich schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 11.40 Uhr



(Thilo Hoppe)
Vorsitzender

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik

Öffentliche Anhörung im AWZ am 11.02.2009

**Stellungnahme der KfW, Herr Wolfgang Kroh
(Mitglied des Vorstandes der KfW Bankengruppe)**

Vorwort zur aktuellen Lage der Weltwirtschaft

Die Finanzkrise hat ausgehend von den USA die gesamte Weltwirtschaft mit voller Wucht erfasst. Die Vertrauenskrise an den Finanzmärkten hat sich im 4. Quartal 2008 vor allem in den USA nochmals verschärft. Aktuell hohe Abschreibungen belegen den Vermögenswertverfall und zeigen, dass die Finanzkrise noch nicht beendet ist. Sie trifft die Weltwirtschaft nach einem langen Wachstumszyklus in der Phase des beginnenden Abschwungs. Viele Entwicklungsländer stehen heute wirtschaftlich besser da als je zuvor und sind teilweise besser gewappnet als bei vorhergehenden Krisen.

Trotzdem fällt der Blick in die Zukunft für die Weltwirtschaft so ungünstig wie schon lange nicht mehr aus. Alle Forschungsinstitute erwarten einen Rückgang des weltweiten Wirtschaftswachstums für 2009. Insgesamt ist in den Industrieländern vielfach mit Stagnation oder Rezession und in den Entwicklungs- und Schwellenländern mit einer teilweise drastischen Konjunkturverlangsamung zu rechnen. Das renommierte Institute of International Finance (IIF) erwartet für dieses Jahr einen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung um 1,1 Prozent. Die Weltbank hat Ende 2008 ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern für 2009 von 6,4% auf 4,5% reduziert.

Massive Rettungspakete für den Bankensektor (z.B. in den USA, Japan und Europa) haben im Oktober 2008 einen Crash der Finanzwelt verhindert. Neben den Industrieländern haben auch Schwellen- und Entwicklungsländer auf die Krise reagiert und ihre Geldpolitik gelockert, um über Zinssenkungen die Wirtschaft zu stimulieren. In den Industrieländern wurden massive Konjunkturprogramme aufgelegt. In Deutschland einigten sich gerade die Koalitionsparteien auf ein zweites Paket in Höhe von 50 MRD. EUR und in den USA bereitet die Obama Regierung ein zweites Konjunkturprogramm in Höhe von 819 MRD USD vor. Aber auch Schwellenländer wie China und Vietnam starten eigene Programme. Inwieweit diese Aktivitäten ausreichen, um eine globale Depression zu vermeiden, kann heute noch niemand mit Bestimmtheit sagen.

Fragenkomplex I: Folgen der Finanzmarktkrise für die Entwicklungsländer

- 1) Besteht eine „Ansteckungsgefahr“ der Finanzmarktkrise in Bezug auf die Kapitalmärkte in Schwellenländern einerseits und Entwicklungsländern andererseits?**

- 2) **Welche Auswirkungen hat die derzeitige Krise auf den Finanzmärkten auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Entwicklungsländern?**
- 3) **Welche Auswirkungen hat die derzeitige Krise auf den Finanzmärkten auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Schwellenländern?**
- 4) **Wie wird sich der prognostizierte Abschwung in Produktion und Konsum in den OECD-Ländern auf die die Entwicklungsländer auswirken? Werden die Auswirkungen auf die Schwellen-, die Entwicklungsländer und die LDCs unterschiedlich ausgeprägt sein?**

Im Zeitalter der Globalisierung kann sich kein Land von den Auswirkungen einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise völlig abkoppeln. Die „Ansteckung“ erfolgt dabei über unterschiedliche **Wirkungsketten**, welche auch einer gewissen Chronologie folgen.

Erste direkte Auswirkungen der Finanzmarktkrise gibt es durch Verluste aus subprime Engagements, die überwiegend Banken aus Industrieländern – allen voran den USA und Europa - getroffen haben. Banken aus Schwellen- und Entwicklungsländern verfügen nicht über ein ähnlich hohes direktes Exposure gegenüber den US-Subprime-Produkten wie Banken aus Industrieländern und sind deshalb tendenziell weniger betroffen. Dennoch mussten schon 2007 z. B. chinesische Banken – allen voran die *Bank of China* und die *Industrial and Commercial Bank of China* – hohe Abschreibungen vornehmen und fallende Aktienkurse bewältigen.

Im Anschluss hat sich die Bankenkrise zunehmend zu einer fundamentalen Vertrauenskrise zwischen den Finanzmarktakteuren ausgeweitet, was zu dramatischen Kursverlusten an den Aktienmärkten und einem deutlichen Anstieg der Refinanzierungskosten auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten bis hin zum völligen Austrocknen einzelner Marktsegmente (vor allem dem Interbanken Geldmarkt) geführt hat. Über diesen **zweiten (monetären) Wirkungskanal** werden letztlich alle Finanzinstitute betroffen, d.h. auch solche, die sich durch eine sehr solide Kreditvergabe- und Refinanzierungspolitik auszeichnen und eine stabile Marktposition innehaben: Die z.T. drastisch sinkenden Börsenkurse und Ratings von Kunden erodieren ihre Eigenkapitalbasis und begrenzen damit ihre Risikotragfähigkeit. Die schwierige Refinanzierungssituation der Kreditinstitute führt zu einer zurückhaltenden Kreditvergabe an Unternehmen. Wichtige Ersatz-, Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen unterbleiben, schwächen damit die Wettbewerbsposition und dämpfen das Wirtschaftswachstum. Auch die Schuldenaufnahme (einschließlich Erneuerung auslaufender Kredite) der Entwicklungsländer auf den internationalen Finanzmärkten ist spürbar schwieriger geworden. Die von einigen Entwicklungs- und Schwellenländern mühsam erarbeiteten Zugänge zum internationalen Kapitalmarkt, werden dadurch zu Nichte gemacht.

Der **dritte Wirkungskanal**, der die Weltwirtschaft zeitverzögert vor allem in 2009 beschäftigen wird, sind die **realwirtschaftlichen** Effekte die sich zuerst in den direkt betroffenen Industrieländern bemerkbar gemacht, dann aber schnell auf die Entwicklungs- und Schwellenländer übergreifen haben. Haupttransmissionsriemen ist der internationale Handel: Die sinkende Nachfrage der Industrieländer führt zu unmittelbaren Produktionsausfällen in den Rohstoff- und Exportindustrien der Partnerländer mit entsprechenden Folgewirkungen in vor- und nachgelagerten lokalen Wirtschaftszweigen. Die Partnerländer sind aber auch über rückläufige Überweisungen von Gastarbeitern und eine angesichts der Krise möglicherweise nachlassende Entwicklungshilfebereitschaft der Industrieländer betroffen.

Die verschiedenen Effekte können sich gegenseitig verstärken und zu einer spürbaren Abschwächung der Wirtschaft in den Partnerländern führen, mit entsprechend negativen

Wirkungen auf Beschäftigung und Einkommen. Über geringere Steuereinnahmen erhöhen sich die staatlichen Budgetdefizite was zu drastischen **Einschnitten bei den Sozialausgaben** führen kann. Die Armen sind sowohl von abgeschwächtem Wirtschaftswachstum als auch von rückläufigen Sozialausgaben besonders negativ betroffen und aufgrund mangelnder Ersparnisse und in Abwesenheit sozialer Sicherungssysteme auch besonders verletzlich. Die bisherigen Entwicklungserfolge werden gefährdet, viele Menschen könnten wieder unter die Armutsgrenze zurückfallen und viele Länder auf einen langfristig niedrigeren Wachstums- und Entwicklungspfad einschwenken, der die Erreichung der Millenniumsziele in der überschaubaren Zukunft zur Utopie werden lässt.

Dieses Negativszenario ist noch nicht Realität, denn die realwirtschaftlichen Wirkungen der Finanzkrise treffen die Entwicklungs- und Schwellenländer erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, und wir beobachten bisher erst einige Vorboten. Beispielsweise sinken die Frachtraten im internationalen Seeverkehr derzeit drastisch, weil die Nachfrage nach Tonnage sinkt. Und die weiteren Erwartungen für die Weltwirtschaft sind überwiegend -und wohl auch nicht völlig unberechtigter Weise- recht pessimistisch und verstärken vermutlich den Abwärtstrend (Prinzip der sich selbst erfüllenden Prognose). „Good News“, die diese Abwärtsspirale durchbrechen könnten, sind derzeit kaum in Sicht.

Zum Verständnis der Auswirkungen der Finanzkrise ist die klassische Unterscheidung zwischen Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern übrigens nur von geringem Nutzen. Einzelne Schwellenländer sind ebenso wie einzelne Entwicklungsländer in ganz unterschiedlichem, manchmal sogar entgegengesetztem Ausmaß betroffen als andere Länder aus ihrer Gruppe. Zentrale Bestimmungsfaktoren für die Intensität und Schwere der „Ansteckung“ sind vielmehr der Grad der Integration eines Landes in den Welthandel und Weltfinanzmarkt, die Abhängigkeit von Agrar- und Rohstoffim- bzw. exporten, der internationale Verschuldungsgrad, die Größe des Binnenmarktes, die Wirtschaftsstruktur, die aktuelle Performance der heimischen Wirtschaft etc.. Diese Unterscheidungen laufen quer zu den klassischen Ländergruppeneinteilungen. Deshalb ist jede Aussage, die man zu den Auswirkungen auf diese Länder trifft, für manche Länder zutreffend und für andere nicht. Die folgenden Beispiele sollen dies verdeutlichen.

In Ost- und Südosteuropa führte das Bekannt werden der Probleme bei Finanzinstitutionen in den USA und Westeuropa im Oktober 2008 zu einem raschen Vertrauensverlust in die lokalen Banken und zum drastischen Abzug von Kundeneinlagen. Die Bankensysteme der baltischen Staaten, Ungarns aber auch der Ukraine, Serbiens, Albaniens, Bosniens und Bulgariens waren zeitweise von drastischen Einlagenabflüssen betroffen. Die entstehenden Liquiditätsprobleme führten zu Refinanzierungsengpässen und steigenden Refinanzierungszinsen, auf welche die Banken mit einer restriktiven Kreditvergabe reagiert haben. Wegen dem Vertrauensverlust in die Stabilität der Banken kam es zu Kapitalabflüssen und zur Abwertung von Lokalwährungen. Länder mit geringerer Kapitalmarktverflechtung und Unterstützung durch die Gebergemeinschaft wie Kosovo und Armenien sind bisher weniger stark betroffen.

In Lateinamerika kam es im Unterschied zu Osteuropa zu keinem schlagartigen Abzug von Einlagen. Auch der Anstieg der Zinsen am lokalen Kapitalmarkt ist weniger ausgeprägt. Vor allem kleine, mittelamerikanische Länder wie Nicaragua, El Salvador und Honduras, spüren aber die Folgen des massiven Einbruchs der Migrantenrücküberweisungen aus den USA. Ecuador und Kolumbien sind vom Einbruch der Rohstoffpreise betroffen. Die Währungen der größeren, offenen Volkswirtschaften haben stark abgewertet, vor all der mexikanische und der kolumbianische Peso sowie der brasilianische Real. Weniger international verflochtene Kapitalmärkte und Bankensektoren wie Bolivien sind bisher hingegen kaum von der Finanzkrise betroffen.

Auch in Asien entscheidet der Grad der weltwirtschaftlichen Integration über die Schwere der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Neben hohen Verlusten an den Aktienmärkten in Hongkong, Malaysia und Singapur halten sich die direkten Auswirkungen der Finanzkrise

derzeit noch in Grenzen. Durch den Rückgang der Nachfrage in Europa und den USA wurde in einigen Ländern (z.B. China, Vietnam, Philippinen) bereits die Produktion von Spielsachen, Kleidung, Elektronik u.a. reduziert und Arbeiter entlassen. Auch hier gilt offenkundig, dass Vietnam mit einem Anteil der Exporte am BIP von 100% stärker betroffen ist als vergleichsweise Indien (20%).

Afrika ist von den direkten Auswirkungen der Finanzkrise bisher noch relativ verschont geblieben. Die weltweite Verknappung der Liquidität hat bislang nicht zu Zahlungskrisen in Subsahara Afrika geführt – trotz zum Teil erheblicher Abwertungen der jeweiligen Landeswährungen. Gerade in den ärmeren Ländern war der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt schon früher nur sehr beschränkt möglich, aber auch die wenigen afrikanischen Länder, die in der Vergangenheit schon erfolgreich eigene Anleihen platzieren konnten, sind heute überwiegend wieder abgekoppelt. Auch über den realwirtschaftlichen Kanal sind in Afrika schon Auswirkungen spürbar. Der weltweite Rückgang der Rohstoffnachfrage hat in weiten Teilen Afrikas zu Produktionskürzungen oder Schließungen von Rohstoffbetrieben geführt (z.B. DR Kongo, Sambia, Südafrika). Dies bringt für die betroffenen Länder starke Einbußen bei Export- und Steuereinnahmen mit sich, die z.B. im Fall DR Kongo schon jetzt die Zahlungsfähigkeit massiv gefährden. Auf der anderen Seite sollten viele rohstoffarme Länder im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise eine Verbesserung ihrer terms of trade erfahren.

5) Ist zu beobachten, dass die für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellten Finanzierungen im Zuge der Finanzmarktkrise abnehmen?

Die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) ist schon seit mehreren Jahren – unabhängig von der Finanzkrise- leicht rückläufig. Gemäß OECD-Statistik betragen die Nettoauszahlungen in laufenden Preisen in USD: 2005=107 Mrd., 2006=104 Mrd., 2007=103 Mrd.. Dabei kommt den ODA-Mitteln gerade in Krisenzeiten eine steigende Bedeutung und stabilisierende Wirkung zu. Für die Zukunft vieler Entwicklungsländer wird in den nächsten Jahren ganz entscheidend sein, inwieweit die Geberländer ihre ODA-Zusagen aufrechterhalten.

Ein wesentliches Ergebnis der Anfang Dezember 2008 durchgeführten Doha-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung ist, dass die Geberländer trotz der absehbaren Rezession an ihren Plänen zur Steigerung der Entwicklungshilfeszusagen festhalten wollen.

6) Wie stellt sich die aktuelle Situation der Entwicklungsländer mit Blick auf die Verschuldung bei privaten und öffentlichen Gläubigern dar? Haben die Umschuldungsinitiativen der vergangenen Jahre zu einem Abbau der Schulden beigetragen?

Die Verschuldung der Entwicklungsländer war in den 25 Jahren bis 2000 dramatisch angestiegen. Vor allem für die Low Income Countries stellte dieser Schuldenberg ein großes Hindernis für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung dar, da der Schuldenstand 2002 beinahe die Hälfte ihres Bruttosozialprodukts ausmachte.

Die konzertierten internationalen Initiativen für die Highly Indebted Poor Countries (HIPC) ab dem Jahr 1996 haben substantiell zur Entschuldung der Entwicklungsländer beigetragen. Auf die erste HIPC-Initiative 1996 folgte schnell die erweiterte HIPC Entschuldungsinitiative HIPC II, da man erkannte, dass die Grenzwerte für den Schuldenerlass ursprünglich zu hoch

angesetzt waren. Mit HIPC I und II wurde ein Großteil der Schulden bei den bilateralen Gläubigern erlassen.

2005 schloss sich daran mit der Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) ein großer Schuldenerlass an, mit dem die G8 Staaten den HIPC-Ländern ihre Schulden bei den Multilateralen erließen. Während die HIPC-Entschuldung die begünstigten Länder lediglich in die Nähe der Schulden-Tragfähigkeitsschwellen brachte, wurden mit MDRI erhebliche Verschuldungsspielräume der betroffenen Länder geschaffen. Insgesamt wurden durch die Entschuldungsinitiativen bis heute ca. 117 Mrd. USD Schulden in nominalen Werten erlassen, was durchschnittlich ca. 50% des BIPs der beteiligten 33 HIPC-Länder entspricht.

Um einer erneuten raschen Überschuldung dieser armen Länder zu begegnen, haben Weltbank und IWF auf Drängen der Geberregierungen ab 2005 mit dem Debt Sustainability Framework (DSF) ein Regelwerk entwickelt, das einer erneuten Überschuldung der armen Länder vorbeugen soll.

Insgesamt haben sich die Entwicklungs- und Schwellenländer bis zum Einsetzen der Finanzkrise (und z.T. auch noch darüber hinaus) sehr positiv entwickelt. Viele verzeichneten noch Ende 2007 hohe Leistungsbilanzüberschüsse, die Auslandsverschuldung wurde deutlich gesenkt, die Devisenreserven sind auf nie zuvor gekannte Größenordnungen von mehr als 3.000 Mrd. USD angestiegen. Diese solide wirtschaftliche Ausgangslage versetzt sie mehr als in der Vergangenheit in die Lage, mittels Geld- und Fiskalpolitik den negativen makroökonomischen Auswirkungen der Finanzkrise entgegenzuwirken. Die generelle Resistenz vor allem der Schwellenländer hat sich gegenüber früheren Krisen erhöht, dennoch werden auch diese Länder spürbar unter der Finanzkrise leiden.

7) Wie hoch ist das Engagement so genannter Vulture Fonds? Nimmt die Aktivität dieser Akteure zu? Was bedeutet das aus entwicklungspolitischer Perspektive?

Vulture Fonds sind ursprünglich auf den Kauf von Kreditforderungen und Beteiligungen von Unternehmen spezialisiert, die zahlungsunfähig oder fast bankrott sind. Für die Gläubiger ist der Forderungsverkauf oft die einzige Möglichkeit an einen Teil ihres Geldes zu kommen. Die Vulture Fonds kaufen die Forderungen mit einem hohen Abschlag. Dann versuchen sie die Forderungen in Eigenkapital zu tauschen. Sie leben vom Wiederverkauf der Unternehmensanteile und von Zinsen auf laufende Forderungen.

In den letzten Jahren haben Vulture Fonds allerdings auch den Handel mit Auslandsschulden von Entwicklungsländern als Geschäft entdeckt. Wegen der geringen Transparenz und der Verschwiegenheit der Vulture Fonds ist der Umfang der Aktivitäten der Fonds beim Kauf und Verkauf von Schuldtiteln von Entwicklungsländern nicht zu beziffern. Allerdings gab es in den letzten Jahren zahlreiche Aufsehen erregende Transaktionen.

So wurde 2007 bekannt, dass die Firma Debt Advisory International mit dem Kauf von Schulden von Sambia hohe Gewinne machte. Der Fonds kaufte den Schuldtitel im Nominalwert von USD 40 Mio. für USD 3 Mio. Anschließend reichte der Fonds bei einem Londoner Gericht Klage ein. Am Ende des Verfahrens musste Sambia USD 20 Mio. an den Fonds zahlen, eine Zahlung, die sich Sambia erst aufgrund des Schuldenerlasses durch andere öffentliche Gläubiger leisten konnte. Auch mit den Schulden Perus, Argentiniens und der Republik Kongo wird gehandelt.

Aus entwicklungspolitischer Sicht sollte der Handel von Vulture Fonds mit Staatsschuldtiteln stärker reguliert werden, um zu verhindern, dass die Gewinne der Vulture Fonds letztlich durch den Forderungsverzicht von Geberländern finanziert werden. Ziel des Forderungsverzichts der Geberländer ist die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit der Entwicklungsländer und dieses Ziel wird durch das Geschäftsgebaren von Vulture Fonds in diesem Marktsegment konterkariert.

8) Welche aktuellen Erkenntnisse gibt es in Bezug auf die Höhe und Wege des Kapitalabflusses aus Entwicklungs- und Schwellenländern? Wie ist das Problem der Kapitalflucht aus entwicklungspolitischer Sicht zu bewerten?

9) Welche Rolle spielen Steueroasen bei der Kapitalflucht?

Die Schwellenländer werden sich in der überschaubaren Zukunft nicht nur auf eine deutliche Wachstumsverlangsamung sondern auch auf einen drastischen Rückgang privater Kapitalströme einstellen müssen. Das renommierte Institute of International Finance (IIF) erwartet einen Rückgang der privaten Nettokapitalzuflüsse von 929 Milliarden Dollar in 2007 über geschätzte 466 Milliarden Dollar in 2008 auf nur noch 165 Milliarden Dollar im laufenden Jahr. Dies wäre ein Rückgang von 82% innerhalb von 2 Jahren. Rückgänge werden in allen Formen privater Kapitalflüsse erwartet, insbesondere aber im Bereich der Kredite von internationalen Banken: Die Banken werden laut IIF Schätzungen nicht nur weniger zusätzliche Mittel ausleihen, sondern den Forderungsbestand durch die Nicht-Verlängerung auslaufender Kontrakte sogar im Umfang von 61 Milliarden Dollar netto abbauen (nach einem Rekord-Zufluss von 410 Mrd. USD in 2007). Am schlimmsten wird es wohl die Staaten Osteuropas einschließlich Russland treffen. Dorthin versiegt der Kapitalstrom voraussichtlich auf gerade einmal 30 Milliarden Dollar verglichen mit 254 Milliarden Dollar in 2008.

Quantitativ wichtiger noch als der Abzug ausländischen Kapitals ist der Abfluss eigener Mittel der Partnerländer in das Ausland. Der Abfluss von Kapital aus diesen Ländern wird auf jährlich etwa 500 bis 800 Mrd. USD. geschätzt - die internationalen ODA-Zahlungen betragen hingegen nur circa 100 Mrd. USD jährlich. Somit gehen den Partnerländern rund 5-10% des jährlichen Bruttoinlandsproduktes durch Kapitalflucht verloren. Ohne signifikante finanzielle Eigenanstrengungen können diese Länder ihre Entwicklungsherausforderungen (z.B. Ausbau und Betrieb der Basisinfrastruktur wie Grundbildungs- und Gesundheitseinrichtungen) auf Dauer nicht lösen. Die Kapitalflucht entzieht den Ländern die Basis hierfür.

Die Kapital- und Steuerflucht aus den EL hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Zunahme und Vereinfachung von grenzüberschreitendem Kapital- und Güterverkehr, die Möglichkeiten des Geldtransfers über das Internet, sowie die Nutzung von einer immer größeren Zahl von Off-Shore Finanzplätzen und Steueroasen haben die Kapitalflucht stark erleichtert.

10) Wie entwickeln sich ausländische Direktinvestitionen in Ländern des Südens? In welche Wirtschaftssektoren und welche Regionen/Länder wird hauptsächlich investiert? Tragen diese Investitionen zu einer nachhaltigen ökonomischen und sozialen Entwicklung bei?

Ausländische Direktinvestitionen (ADI) befanden sich bis zum Jahr 2007 in einer nie da gewesenen Boomphase und erreichten 2007 nach Weltbank-Angaben insgesamt geschätzte 1,7 Billionen USD wobei rund ein Viertel davon an Entwicklungs- und Schwellenländer ging (471 Mrd. USD oder 3,4% des BIP). Der geschätzte Zuwachs von 103 Mrd. USD in 2007 verteilte sich auf alle Regionen, angeführt von starken Zuwächsen in Russland und Brasilien. China blieb in absoluten Zahlen weiterhin das Top-Ziel für ausländische Direktinvestitionen (Top Ten nach Größe der Zuflüsse: China, Russland, Brasilien, Mexiko, Türkei, Indien, Polen, Chile, Ukraine, Thailand). ADI spielen vor allem eine Rolle in Schwellenländern und tragen dort in bestimmten Sektoren (Bausektor, Rohstoffgewinnung, Infrastruktur, Bankensektor etc.) durchaus wesentlich zur Entwicklung bei. In armen Entwicklungsländern spielen ADI nur eine untergeordnete Rolle.

Insgesamt verhalten sich ausländische Direktinvestitionen in Krisenphasen robuster als andere private Kapitalzuflüsse, da sie auf längerfristige Engagements ausgelegt sind. Dennoch ist auch hier mit einem Einbruch aufgrund der konjunkturellen Situation in den Industrieländern zu rechnen.

Die Wirkung von ADI auf Armutsreduzierung und Entwicklung ist ein oft debattierter Punkt. Pauschale Aussagen zu treffen ist schwierig, da die Wirkung von Direktinvestitionen sowohl vom Sektor als auch dem jeweiligen Länderkontext abhängt. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, können sie spürbar zur Schaffung von Arbeitsplätzen, steigenden Einkommen, Technologietransfer und Wissensvermittlung beitragen. Sie können jedoch auch Verdrängungseffekte haben, wenn kleine lokale Firmen durch große ausländische Engagements schließen müssen, und damit zur Steigerung von bestehenden Ungleichgewichten beitragen.

Aufgrund der Höhe der Zuflüsse (ca. viermal soviel wie die offizielle ODA in 2007) und ihrer potentiell positiven Wirkungen können und sollten ADI auch in Zukunft eine wichtige Säule im System der internationalen Entwicklungsfinanzierung spielen.

11) Welche Sektoren werden von Veränderungen besonders betroffen sein und was wird das für Auswirkungen auf die Armutsreduktion haben?

Über den eingangs beschriebenen monetären Wirkungskanal wird in fast allen Ländern zunächst der formelle Finanzsektor betroffen sein, der über eine zurückhaltendere Kreditvergabe aber auf den gesamten formellen Unternehmenssektor und letztlich auf alle Wirtschaftsbereiche ausstrahlt. Der realwirtschaftliche Wirkungskanal breitet sich zeitverzögert über den internationalen Handel aus und trifft zuerst die exportorientierten Wirtschaftsbereiche (Rohstoffextraktion, Agrarhandel). Die Rezession in vielen Industrieländern führt aber auch zu nachlassender Nachfrage in der Tourismusindustrie vieler Entwicklungsländer und zu rückläufigen Gastarbeiterüberweisungen, die sich je nach relativer Bedeutung dieser Finanzierungsquelle auf viele heimische Branchen negativ auswirken kann.

Die Hauptleidtragenden der nachlassenden Wirtschaftskraft sind häufig die Armen; sie sind mangels formaler Arbeitsverhältnisse häufig die Ersten die entlassen werden und sie können den Einkommensverlust oder die Einschränkung staatlicher Dienstleistungen (Sparprogramme in Folge rückläufiger Staatseinnahmen) mangels Ersparnissen und wegen fehlender sozialer Sicherungssysteme am wenigsten abfedern.

Die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung sind vielfältig und komplex, aber fast alle Experten sind sich einig, dass ein gesundes Wirtschaftswachstum der Armutsbekämpfung sehr förderlich ist. Gemäß einer unter Entwicklungsökonomien weit verbreiteten Faustformel bedarf es eines Wirtschaftswachstums von mindestens 5% pro Jahr um substanzielle Fortschritte bei der Armutsbekämpfung machen zu können. Auch wenn die Verhältnisse von Land zu Land in Abhängigkeit von Wirtschaftsstruktur, Bevölkerungswachstum und Produktivitätsfortschritten sehr unterschiedlich sein können, stimmt es bedenklich, dass das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Entwicklungs- und Schwellenländer in 2009 vermutlich seit vielen Jahren erstmals wieder unter die kritische Schwelle von 5% rutschen wird. Auch die Weltbank hat zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung kürzlich neue

Berechnungen angestellt und kommt zum Ergebnis, dass jedes Prozent Wachstumsverlust die Zahl der Armen in der Welt um ca. 20 Millionen erhöhen wird. Das genaue Ausmaß abzuschätzen ist sicherlich nicht einfach, aber unstrittig ist, dass die Erreichung der Millenniumsziele bis zum Zieljahr 2015 unter den derzeitigen Rahmenbedingungen deutlich schwieriger geworden ist.

12) Welche Bedeutung haben „institutionelle Anleger“ wie Private Equity- und Hedgefonds für die Kapitalmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern? Wie sind deren Aktivitäten in Bezug auf armutsorientierte Entwicklung einzuschätzen?

13) Welche Rolle spielt die Spekulation mit Nahrungsmitteln für den Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln im Laufe der vergangenen zwei Jahre?

Jede Investition in unsichere zukünftige Preisentwicklungen ist eine Art von Spekulation. Teilweise können sich Agrarexporteur mithilfe von Spekulanten gegen zukünftige Preis- und Wechselkursrisiken absichern. In diesen Fällen wirkt die Spekulation tendenziell preisglättend. Teilweise betreiben Spekulanten aber auch den Handel mit Derivaten, die mit der Realwirtschaft nur noch entfernt oder auch überhaupt nicht mehr verbunden sind (reine Finanzspekulation). In diesem Fall kann auch die Spekulation selbst Auslöser größerer Preisschwankungen sein (Beispiel: VW-Aktie im Herbst 2008).

Die Transaktionen von Spekulanten bestehen i.d.R. aus einer Kombination von oftmals auch zeitlich auseinander fallenden Kauf- und Verkaufsgeschäften (teilweise auch Leerverkäufen). Es ist an einem einzelnen Kauf- oder Verkaufsgeschäft kaum erkennbar, ob es sich um eine Finanzspekulation, einen Leerverkauf, eine Kursabsicherung oder eine normale Investition handelt.

Daher ist es auch kaum möglich den Einfluss der Spekulation auf die Schwankungen der Agrarpreise in den letzten Jahren exakt zu messen. Die Expertenschätzungen variieren zwischen 20% und 70%, das renommierte International Food Policy Research Institute (IFPRI) schätzt den Beitrag auf 30%.

Unstrittig ist, dass sowohl Spekulation als auch realwirtschaftliche Faktoren zu den erheblichen Preisbewegungen in 2007/08 beigetragen haben. Wichtige realwirtschaftliche Faktoren waren:

- Der Rekordtiefstand bei den Nahrungsmittelvorräten (v.a. Getreide, Reis)
- Zunehmende Exportbeschränkungen in wichtigen Erzeugerländern
- Akute Ernteausfälle in wichtigen Exportländern (z.B. Australien).
- Steigende Nachfrage (Bevölkerungswachstum, Biotreibstoffe, Schwellenländer etc.)
- Enger Zusammenhang mit Energiepreisen (Dünger, Transportkosten etc.)

In den letzten Monaten sind die wichtigsten Agrarpreise wieder auf das Niveau von Mitte 2007 zurückgefallen und haben sich damit tendenziell normalisiert.

14) Wie wirken sich die Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten auf die Staatsfinanzen in Entwicklungs- und Schwellenländern aus?

Globale Aussagen zu den Budgetwirkungen der Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten lassen sich nicht treffen, denn die Wirkungen hängen sehr stark von den

individuellen Verhältnissen in den Partnerländern ab. Es gibt in der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer sowohl „Gewinner“ als auch „Verlierer“ der Preisschwankungen. Wichtige Fragen zur Bewertung des Einzelfalles sind:

- Handelt es sich bei dem Land um einen Nettoimporteur oder Nettoexporteur des jeweiligen Rohstoffes?
- Welche quantitative Rolle spielt der jeweilige Rohstoff für das Land als internationales Handelsgut und für das Wirtschaftswachstum in seinen Hauptwirtschaftssektoren?
- Welche Substitutionsbeziehungen gibt es zu anderen Gütern?
- Handelt es sich um eine dauerhafte oder nur eine temporäre Preisschwankung?
- Wie partizipiert der Staat an Rohstoffexporten – direkt (als Betreiber) oder indirekt über Royalties (Abgaben - meist in % des Umsatzes) oder Steuern.

Wie heterogen die Wirkungen auf unterschiedliche Länder sein können, lässt sich an folgendem Beispiel aus Subsahara Afrika ablesen: Erdöl exportierende Staaten wie Guinea oder Angola mussten in den letzten Monaten Ölpreiserückgänge von 50% verkraften, während Ghana als Nettoölimporteur seine Leistungsbilanz und die Haushaltssituation verbessern konnte. Der hohe Ölpreis war hier in Verbindung mit gewährten Energiesubventionen bis Mitte 2008 ein wesentlicher Grund für das deutlich angestiegene Haushaltsdefizit (2008:10,5% des BIP).

Fragenkomplex II: Aktuelle Handlungsanforderungen für die Entwicklungspolitik

15) Welche Maßnahmen in Bezug auf die Finanzmarktkrise sind aus entwicklungspolitischer Perspektive aktuell geboten?

Die Analyse im Teil 1 hat gezeigt, dass die Partnerländer von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch von den Nahrungsmittel- und Energiepreisschwankungen sehr unterschiedlich betroffen sein können. Entsprechend heterogen müssen auch die Antworten der EZ ausfallen. Es gibt bereits eine relativ große und weiter wachsende Zahl von bi- und multilateralen Initiativen zur Milderung der Auswirkungen der Krise. Um Überschneidungen zu vermeiden und Synergien zu nutzen sollte darauf geachtet werden, dass diese Initiativen gut aufeinander abgestimmt sind.

Die in den meisten Industrieländern aufgelegten großvolumigen Konjunkturprogramme werden helfen, die Auswirkungen der Krise auch auf Entwicklungs- und Schwellenländer zu mildern. Die Weltbank plant die Ausleihungen zur Krisenabfederung um bis zu 100 Mrd. USD innerhalb von drei Jahren zu erhöhen (u.a. für die Unterstützung Sozialer Sicherungssysteme, für Infrastruktur, Bildung und Gesundheit). Allein die Weltbanktochter IFC will 4 spezielle Krisenabfederungsinitiativen für die Bereiche Handelsfinanzierung, Banken-Rekapitalisierung, Infrastruktur und Beratungsmaßnahmen auflegen. Der IWF plant die Einrichtung einer neuen Short Term Liquidity Facility (SLF). Die regionalen Entwicklungsbanken planen ebenfalls, ihre Ausleihungen substanziell zu erhöhen.

Für alle Geber und damit auch für die deutsche EZ gilt, dass sie gerade in dieser schwierigen Phase klar zu Ihren Bekenntnissen stehen müssen, die ODA wie geplant zu erhöhen. Wichtig ist ferner, dass die Mittel möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden und flexibel eingesetzt werden können.

Die deutsche Seite sollte versuchen, durch Umschichtungen bzw. Beschleunigung (Verfahrensvereinfachungen) kurzfristig zusätzliche finanzielle Mittel zur Überbrückung der aufgetretenen Budgetengpässe in Partner- und Schwellenländern zu mobilisieren, um in den betroffenen Ländern drastische Einschnitte bei den Sozialausgaben zu vermeiden bzw. zu mindern. Diese Mittel könnten in Form von Budget- und Sektorhilfen relativ schnell mobilisiert und umgesetzt werden. Da wir hier nur in krisenbedingt entstandene Finanzierungslücken einspringen würden, kann i.d.R. davon ausgegangen werden, dass die Umsetzungskapazitäten vor Ort vorhanden und ausreichend funktional sind.

Ferner kann es erforderlich werden, auch solche laufenden Kosten verstärkt mitzufinanzieren, die zur Aufrechterhaltung der Sozialsysteme (Lehrergehälter, Medikamente etc.) bzw. zur Bestandssicherung von Strukturen erforderlich sind, die mithilfe der Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahrzehnten mühsam aufgebaut wurden (z.B. Straßenunterhaltung).

Auf lokaler Ebene sollten in besonders betroffenen Regionen auch soziale Abfederungsmaßnahmen wie beispielsweise Food-for-Work Programme, Cash-Transfers und Schulspeisungen verstärkt werden. Dies kann vor allem durch die Aufstockung und Ausweitung bereits bestehender Programme ebenfalls sehr schnell umgesetzt werden.

Die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer wurden bisher primär über den monetären Wirkungskanal „angesteckt“. Um die weitere Ausbreitung zu begrenzen ist es daher erforderlich, vor allem auch in diesem Bereich schnellwirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Entwicklungszusammenarbeit könnte beispielsweise die Partnerländer dabei unterstützen, Kleinsparer zu schützen, den lokalen Bankensektor vor dem Zusammenbruch zu bewahren sowie lokalen Unternehmen weiterhin Zugang zu Kredit und zu Währungsabsicherungsmöglichkeiten zu bieten. BMZ und KfW haben in Kooperation mit anderen Gebern bereits erste Maßnahmen ergriffen, um betroffenen Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Bewältigung der kurzfristigen, finanzwirtschaftlichen Folgen der Krise beizustehen:

So haben BMZ und KfW gemeinsam mit dem IFC und der FMO die „**Microfinance Enhancement Facility**“ konzipiert und aufgelegt. Die Fazilität soll ab voraussichtlich Februar 2009 soliden, Zielgruppen orientierten Mikrofinanzinstitutionen Refinanzierungen zur Verfügung stellen, um die krisenbedingte Liquiditätsklemme zu überbrücken. Die Maßnahme dient dazu, die Versorgung von Niedrigeinkommenshaushalten sowie kleinsten, kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit Krediten und anderen Finanzdienstleistungen zu sichern, um negativen Konsequenzen für Einkommen, Beschäftigung und Armutssituation in den Partnerländern zu mildern bzw. abzuwenden.

Um das Angebot von Währungsabsicherungen für Unternehmen in Entwicklungsländern zu erweitern, hat die Bundesregierung Ende 2008 Mittel zur Stärkung des Eigenkapitals des **Lokalwährungsfonds TCX** zur Verfügung gestellt. Der Fonds ist in der aktuellen Krise von hoher Bedeutung, da er lokalen Mikrofinanzinstitutionen und Banken sowie bi- und multilateralen Entwicklungsfinanzierern ermöglicht, Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern Kredite in Lokalwährung zu gewähren. Dies ist wegen der krisenbedingt starken Abwertung der lokalen Währungen für viele Unternehmen wichtig, die ihre Einnahmen in lokaler Währung erwirtschaften. Hierzu gehört die Mehrheit der sehr kleinen, kleinen und mittelgroßen Unternehmen.

Die gegenwärtige Krise gefährdet auch die Durchführung laufender und die planmäßige Umsetzung neuer entwicklungsrelevanter Investitionsvorhaben. Die Partnerländer

laufen Gefahr, auf einen langfristig niedrigeren Entwicklungs- bzw. Wachstumspfad einzuschwenken. Wichtig ist daher, die Finanzierung dieser Vorhaben auch in der gegenwärtigen Phase sicherzustellen. Das kann die temporäre Übernahme geplanter finanzieller Eigenbeiträge der Partnerländer zu investiven FZ-Vorhaben aus FZ-Haushaltsmitteln bedeuten, aber auch das Einspringen in Finanzierungslücken, die sich durch den krisenbedingten Rückzug von privaten Investoren ergeben. Hier ist die KfW derzeit im Gespräch mit der Weltbanktochter IFC über die Kofinanzierung einer Infrastructure Crisis Facility. Für den deutschen Beitrag wurden bereits 100 Mio EUR aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung reserviert.

Die Bundesregierung hat Länder wie Armenien, Aserbaidschan oder Bosnien-Herzegowina seit einigen Jahren mit Finanzierung und Know-how beim **Auf- und Ausbau ihrer Einlagensicherungssysteme** unterstützt. In der Krise schützen diese Systeme nun die Einlagen der Kleinsparer und erhöhen das Vertrauen in die Stabilität des nationalen Bankensystems.

Im Finanzsystem der Partnerländer sollten prioritär **Maßnahmen der Krisenbewältigung und Krisenprävention** unterstützt werden. Die Analysen von IWF, Weltbank sowie BIZ deuten darauf hin, dass hierzu vor allem folgende Maßnahmen zählen: (a) die Stärkung der nationalen Banken- und Finanzmarktaufsicht, (b) die Etablierung eines länderübergreifenden Krisenmanagements bei Finanzkrisen, (c) der Auf- und Ausbau von nationalen Kreditregistern, (d) die Entwicklung von Standards für ein verantwortungsvolles, faires und transparentes Bankgeschäft im Sinne des „Responsible Banking“. Die Partnerländer können bei der Umsetzung der Maßnahmen durch reine Beratungsmaßnahmen wie auch durch umfassendere programmorientierte Ansätze im Sinne eines „Sector Based Approach“ unterstützt werden.

In Ländern in denen die Krise zu einer kritischen Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit führt, sollten Schuldenmoratorien (oder die Übernahme von Garantien für Staatsanleihen) und ggfs. auch partielle Schuldenerlasse in Erwägung gezogen werden, um den Ländern eine realistische Entwicklungsperspektive offen zu halten.

Genauso wichtig wird auch sein, dass die Rezession nicht zu verstärktem Protektionismus in den Industrieländern führt, sondern die **Märkte für Produkte aus Entwicklungs- und Schwellenländer geöffnet** bleiben und insbesondere auch private Kapitalströme in EL wieder belebt werden. In diesem Zuge kommen der deutschen und europäischen Agrarpolitik und dem Abschluss der Doha-**Welthandelsrunde** besondere Bedeutung zu.

16) Welche Rolle sollten speziell der IWF, ferner die Weltbank und die Regionalbanken, im Rahmen der Regulation der Finanzmärkte einnehmen?

Der Gedanke liegt nahe, das Mandat des IWF auch in den Bereich der globalen Regulierung und Aufsicht auszuweiten, zumal man dann auf bestehende Strukturen aufbauen kann. Dies würde allerdings voraussetzen, dass der IWF auch institutionell reformiert würde. Der IWF sollte den Opfern der Finanzmarktkrise im Rahmen seines bestehenden Mandates auf jeden Fall mit schnellen Finanzspritzen unter die Arme greifen. Dabei sollte er die üblichen wirtschaftspolitischen Konditionalitäten vorübergehend flexibler als üblich anwenden, um den Ländern eine antizyklische Politik in Zeiten der Krise zu ermöglichen.

Die internationale Regulierung der Finanzmärkte könnte alternativ auch von einer Institution wie etwa dem Forum für Finanzmarktstabilität (FSF) übernommen werden, wie es auf dem Finanzgipfel der G20 im letzten November angeregt wurde. Das FSF könnte durch die Erweiterung seines Mandats und seiner Mitgliedsländer deutlich aufgewertet werden und künftig die Regelsetzung auf den internationalen Finanzmärkten dominieren. Allerdings

würde der Ausbau des FSF der Schaffung einer neuen großen internationalen Behörde gleichkommen.

Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken sollten ihren weiterhin guten Zugang zu Refinanzierung nutzen, um antizyklisch zu agieren und den Entwicklungsländern das nötige Geld zur Fortführung ihrer Armutsbekämpfungsprogramme zur Verfügung zu stellen.

Dabei könnten sie bei Ihren Sektorprogrammen / Sektoranpassungsprogrammen Auflagen mit Blick auf eine verbesserte Regulierung der nationalen Finanzmärkte festlegen. Speziell die Regionalen Entwicklungsbanken sollten dabei ihr Angebot an Lokalwährungsfinanzierungen ausbauen und so die von Wechselkursschwankungen ausgehenden Risiken minimieren.

Angesichts der überwiegend sehr guten Kapitalausstattung von Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken sehe ich derzeit keine zwingende Notwendigkeit, ihre Ausleihungen durch weitere Kapitalaufstockungen zu unterlegen; aber es wäre sicherlich zweckmäßig zu überprüfen ob in dem einen oder anderen Fall die Ausleiherichtlinien und Statuten angepasst werden müssen, um das vorhandene Kapital effizienter einzusetzen.

17) Welche Initiativen sind notwendig, um der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern zu begegnen?

Wie in der Beantwortung der Frage 8 aus dem ersten Fragenkomplex deutlich wurde, ist die stark gestiegene Kapitalflucht ein Resultat unterschiedlichster Faktoren. Außerdem wird die Kapitalflucht durch unterschiedliche Akteure und institutionelle Rahmenbedingungen beeinflusst. Um die Kapitalflucht wirksam zu bekämpfen ist auf jeden Fall ein umfassendes und international abgestimmtes Maßnahmenpaket erforderlich, das an der Kapitalquelle (dem Entwicklungs- oder Schwellenland), den Transitinstitutionen (wie Banken, Off-Shore-Finanzzentren aber auch Anwaltskanzleien und anderen Beratungsfirmen) und dem Zielland (Steuerparadiesen, Niedrigsteuerland etc.) ansetzt.

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist als pragmatischer erster Schritt die Verbesserung der Eigenfinanzierungskapazitäten in den Entwicklungsländern wichtig (Stichwort: Domestic Resource Mobilization). Dazu zählt besonders die Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen (save haven Effekt) sowie der Steuerbasis und der Steuererhebungskapazitäten. Die Erhöhung der Steuereinnahmen und ein transparentes, effizientes, funktionstüchtiges und sozial gerechtes Steuersystem sind wichtige Voraussetzungen für effektives staatliches Handeln und für die zur ODA komplementäre Eigenfinanzierung von Infrastruktur. Daneben ist das Steuersystem auch ein wichtiges Instrument für Umverteilung und die Finanzierung sozialer Sicherungsnetze. In den meisten von Kapitalflucht stark betroffenen Ländern fehlt es allerdings an dem notwendigen Know-How, den geeigneten Gesetzen, der Durchsetzungskapazität und auch der physischen Infrastruktur für Steuerbehörden.

Durch die deutsche Initiative "Global Tax Compact", die in Doha vorgestellt wurde und die in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Partnerländern entwickelt wurde, sollen die Entwicklungsländer unterstützt werden, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung zu verringern. Teil dieser Initiative ist es, die Partnerländer durch Capacity Building sowie durch Infrastrukturmaßnahmen in der Besteuerung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie im Aufbau von Steuerbehörden zu unterstützen. Diese Initiative setzt genau bei den oben behandelten Schwachstellen an.

Um auch die anderen Dimensionen der Kapitalflucht zu erfassen, ist eine Abstimmung unterschiedlicher überstaatlicher Institutionen und Foren notwendig. Grundsätzlich besteht ein Bedarf, dass sich sowohl die Weltbank als auch der IWF verstärkt mit dem Thema Steuerhinterziehung befassen. Deutschland sollte seinen Einfluss in diesen Institutionen nutzen, um das Thema verstärkt zu verankern. Eine Vielzahl von UN-Gruppen, Einrichtungen und Institutionen befasst sich mit dem Thema Steuern - ein abgestimmtes

Vorgehen zur Vermeidung von Steuerflucht ist bislang allerdings noch nicht zu erkennen. Hier ist auch eine stärkere Inwertsetzung des UN Committee of Tax Experts (CTE) denkbar, das sich seit der Konferenz von Monterrey zwar dem Thema Steuer- und Kapitalflucht annehmen soll, aber nicht genug Ressourcen für effektives Handeln besitzt und in dessen Gremien die Vertreter von Steueroasen noch zu stark vertreten sind.

18) Welche Arten von Interventionen und Regulationen der internationalen Finanzmärkte sind aus entwicklungspolitischer Sicht wünschenswert? Inwieweit sind sie umsetzbar?

19) Welche Maßnahmen können zusätzlich ergriffen werden, um den Fluss von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer in jene Wirtschaftssectoren zu erhöhen, die einen Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltiger Steigerung der Staatseinnahmen leisten?

Die gezielte Steuerung des Zuflusses von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) ist insgesamt ein vergleichsweise schwieriges Unterfangen. Der Schlüssel liegt primär in der Hand der Partnerländer. Sie können durch den Aufbau lokaler Infrastruktur, Schaffung guter Regularien und Rechtssicherheit sowie politischer und makroökonomischer Stabilität die allgemeinen Voraussetzungen zur Attrahierung von ADI verbessern. Zudem können ADI Flüsse insofern gelenkt werden, als dass Regierungen für einzelne in ihrem Land besonders armutsrelevante Sektoren spezielle Anreize schaffen. Dies können Steuererleichterungen in der Anfangsphase, günstige Kofinanzierungsangebote oder auch der Ausbau der lokalen Infrastruktur sein. Allerdings stehen den Partnerländern gerade in Krisenzeiten kaum eigene Mittel für die Finanzierung solcher Instrumente zur Verfügung. Die Industrieländer können ADI direkt über ihre außenwirtschaftspolitischen Instrumente (Garantien, Abschreibungen etc.) aber auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen (TZ: Marketing, FZ: Risikoteilung, durch marktnahe Kofinanzierungen bzw. Beteiligungen der DEG, Fonds für projektvorbereitende Studien, Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für Investoren über Instrumente der Budgethilfe etc.)

Letztendlich wird es aber immer eine schwierige Aufgabe bleiben, in Zeiten der Krise überhaupt ausländische Investoren zu finden, die in Partnerländern investieren wollen, geschweige denn, sie in bestimmte Sektoren zu lenken.

20) Welche Auswirkungen hätte eine stärkere Regulierung von so genannten „institutionellen Anlegern“ und deren Aktivitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern?

21) Sind die aktuell praktizierten Strategien zur Um- und Entschuldung von Entwicklungsländern ausreichend, um einen akzeptablen Grad der Verschuldung zu erreichen? Welche zusätzlichen Initiativen sind hier empfehlenswert?

Zum nachhaltigen Abbau der Überschuldung armer Länder sind Strategien „jenseits des Schuldenerlasses“ erforderlich. Diese müssen an den strukturellen Ursachen der Schuldenkrise ansetzen, insbesondere an der strukturellen Verletzlichkeit der Ökonomien dieser Länder gegenüber exogenen Schocks, ihrem eingeschränkten Zugang zu den Märkten der Industrieländer und den Fehlern in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Aber auch die bestehende hohe inländische Verschuldung muss reduziert werden. In mehreren Fällen erschweren innerstaatliche oder zwischenstaatliche Konflikte die wirtschaftliche Konsolidierung hoch verschuldeter armer Länder.

Die Verantwortung für die Lösung der Verschuldungsproblematik liegt in erster Linie bei den Schuldnerländern. Notwendige Schritte zur Verbesserung ihrer Regierungsführung sind vor allem die Schaffung eines leistungsfähigen Exportsektors, die Verfolgung stimmiger makroökonomischer Politiken sowie der Aufbau eines transparenten und effizienten öffentlichen Finanzmanagements. Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch private Investitionen und Unternehmertum, nachhaltig betriebene wirtschaftliche Infrastruktur und Förderung von Bildung sind dabei von besonderer Bedeutung. Um die erhebliche soziale Kluft zu überwinden, sind gezielte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen erforderlich. Die Industrieländer können diesen Prozess durch die Öffnung ihrer Märkte für die Produkte der armen Länder und durch finanzielle und technische Zusammenarbeit unterstützen. Die Mittel sollten allerdings an konkrete und überprüfbare Reformschritte seitens der Empfängerländer gebunden sein, da nur so die Entwicklungszusammenarbeit einen effektiven Beitrag zur dauerhaften Überwindung der Armut leisten kann. Um mittelfristig signifikante Reformfortschritte und Erfolge in der Armutsbekämpfung (Millenniumsziele) erreichen zu können, sind die HIPC-Länder und weitere Niedrigeinkommensländer auf eine Erhöhung des Nettomitteltransfers im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit angewiesen. Dabei lässt sich die erneute Überschuldung der ärmsten Entwicklungsländer nur vermeiden, wenn ihre Schuldentragfähigkeit bei Neukreditvergaben konsequent berücksichtigt und realistisch eingeschätzt wird. Dies betrifft vor allem die multilateralen Entwicklungsbanken, da die meisten bilateralen Geber (so auch Deutschland) diese Länder heute weitgehend durch Zuschüsse unterstützen. Während es mehrere Niedrigeinkommensländer gibt, die wahrscheinlich langfristig auf eine weitgehende Zuschussfinanzierung angewiesen sein werden, gibt es einige heute noch hoch verschuldete arme Länder, die grundsätzlich in der Lage sein könnten, ihre Schulden nachhaltig zu tragen, wenn die Höhe des Nettoressourcentransfers auf ihre wirtschaftliche und institutionelle Leistungsfähigkeit abgestimmt ist. Nur so kann in diesen Ländern eine Kreditkultur, die eine wichtige Voraussetzung für eine eigenständige ökonomische und soziale Entwicklung ist, entstehen.

22) Wie sollte mit dem Problem der Spekulation auf Nahrungsmittel und Rohstoffe umgegangen werden?

Ein völliges Unterbinden der Spekulation ist faktisch kaum möglich und wirtschaftlich auch nicht sinnvoll, weil die Spekulation im Rahmen von realwirtschaftlich unterlegten Preis- und Wechselkursabsicherungsgeschäften durchaus volkswirtschaftlich positive Wirkungen entfalten kann. Unterbinden will man nach Möglichkeit nur die „schädliche“ Finanzspekulation, die von realwirtschaftlichen Vorgängen weitgehend losgelöst erfolgt. In der Praxis ist die „schädliche“ von der „hilfreichen“ Spekulation aber oftmals nur schwer zu unterscheiden. Regulierungen wirken sich meist auf beide Arten hemmend aus. Eine optimale Lösung gibt es für diese Problem nicht. Einige Börsen haben freiwillige Selbstregulierungsmechanismen eingeführt (z.B. Variation der geforderten Sicherheitsleistungen oder Limitierung der maximalen Tagesbewegungen), die teilweise recht gut funktionieren. Ein wesentlich stärkerer Markteingriff ist dagegen das staatliche Verbot bestimmter besonders riskanter Geschäfte (z.B. Leerverkäufe), das auch entsprechend stärkere Durchschlagskraft hat. Eine pragmatische Lösung, die von etlichen Börsen auch schon praktiziert wird, ist das Vertrauen auf die Selbstregulierung als Basissystem, mit der Option temporärer direkter aufsichtsrechtlicher Eingriffe in Phasen, in denen der Markt ungewöhnliche Preis- oder Kursbewegungen vollzieht. Das Problem dabei ist, dass nur schwer zu definieren ist, was „ungewöhnliche“ Bewegungen sind, also ob sich der Preis vom realwirtschaftlichen Gleichgewicht entfernt.

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development



Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik

Stellungnahme von
Peter Wahl,
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
für die
Öffentliche Anhörung im AWZ am 11. 2. 2009

Komplex I:

Folgen der Finanzmarktkrise für die Entwicklungsländer

Die Weltwirtschaft steckt in ihrer tiefsten Krise seit der Großen Depression 1929. Der Finanzcrash hat begonnen, auf die Realwirtschaft durchzuschlagen. Die Krise ist noch nicht vorbei. Das Krisenmanagement hat die Situation noch nicht unter Kontrolle. Das Schlimmste kommt noch. Auch wenn die Krise vorüber ist – vielleicht 2010 - wird die Last ihrer Nachwirkungen – Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, hohe Staatsverschuldung etc. - noch über Jahre hinweg zu spüren sein.

Im Zeitalter der Globalisierung konnten die Schwellen- und Entwicklungsländer davon nicht unberührt bleiben. Die sog. Abkopplungsthese hat sich als falsch erwiesen, Schwellen- und Entwicklungsländer sind inzwischen von der Krise voll erfasst. Obwohl sie am System des Kasinokapitalismus nicht beteiligt waren, werden ihre ohnehin verwundbareren Volkswirtschaften hart von dem Schock getroffen. Es ist eine „himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbaren sozialen Gruppen am härtesten treffen. Nun wird die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie die Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer alltäglichen Existenz.“ (Jürgen Habermas in der ZEIT 6.11. 08)

1. Ansteckung in vollem Gang

Als erstes waren die Finanzmärkte der Schwellenländer betroffen. Die Börsenkurse sind 2008 dramatisch eingebrochen – im Schnitt um 40%. Zwischen Januar und Oktober 2008 sind die Kurse in Südafrika um 30,3% abgestürzt, in Pakistan um 34,8%, in Brasilien um 43%, und in Indien um 50,8% und in China um 65,6%. Am härtesten getroffen wurden Russland mit 70,9% und die Ukraine mit 77,5% (UNO 2009). Kiew musste inzwischen beim IWF um eine Liquiditätsspritze bitten, um den Staatsbankrott abzuwenden. Auch Pakistan musste mit einem IWF-Kredit über 10 Mrd. Dollar vor dem finanziellen Kollaps gerettet werden.¹

¹ FTI Online: www.fti.de/politik/international/Staaten-in-Not-Pakistan-vor-dem-Finanzkollaps/428754.html

Dementsprechend sehen die Wachstumsprognosen aus. Den jüngsten Statistiken vom Januar 2009² zufolge wird in allen Länderkategorien das Wachstum selbst unter optimistischsten Annahmen zurückgehen (s. Tabelle).

Wachstumsprognosen für Entwicklungsländer 2009

	2007	2008	2009		
			Pessimistisches Szenario	Mittleres Szenario	Optimistisches Szenario
Übergangsökonomien	8,3	6,9	2,7	4,8	6,1
Entwicklungsländer	7,2	5,9	2,7	4,6	5,1
Afrika	6,0	5,1	0,1	4,1	4,7
Ostasien	9,0	6,9	4,6	5,9	6,4
Südostasien	7,4	7,0	4,0	6,4	6,6
Westasien	4,7	4,9	1,6	2,7	3,3
Lateinamerika/Karibik	5,5	4,3	-0,2	2,3	2,7

Quelle: UNO 2009

Das Übergreifen der Krise auf Schwellen- und Entwicklungsländer befindet sich noch in der Anfangsphase. Daher liegen bisher kaum entsprechende Daten vor. Viele Effekte, werden auch zeitverzögert einsetzen. Auch werden unterschiedliche Länder und Ländergruppen in unterschiedlichem Maße betroffen sein. Länder wie Brasilien, mit einem großen Binnenmarkt und relativ diversifizierter Exportstruktur besitzen mehr Widerstandskraft als etwa Südafrika mit einem kleineren Binnenmarkt und einer hohen Abhängigkeit von wenigen Rohstoffen. Auch bringt die Krise einige Effekte hervor, die in bestimmten Fällen negative Auswirkungen abmildern oder kompensieren. So z.B. der Fall der Rohstoffpreise, darunter Nahrungsmittel, oder die Abwertung des Dollar und anderer Hartwährungen. Rohstoff- und Nahrungsmittelimporteure erhalten durch sinkende Preise eine Entlastung. Durch die Abwertung des Dollar u.a. Hartwährungen wird der Schuldendienst erleichtert oder die Abwertung der eigenen Währung teilweise aufgefangen.

Auch Länder mit hohen Währungsreserven haben größere Spielräume als solche mit geringen Reserven.

Es gibt im Wesentlichen zwei Grundtypen von Ansteckungswegen:

- die realwirtschaftlichen Effekte der Krise auf den Süden,
- direkte Verwicklung von Schwellenländern in die Praktiken des Kasino-Kapitalismus, wie Carry Trade oder Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen.

2. Realwirtschaftliche Effekte auf Schwellenländer

Die großen Industrieländer stecken alle in der Rezession. Sie wird zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage auf den Weltmärkten führen. Zum ersten Mal seit 1982 wird 2009 der Welthandel schrumpfen.

² UNO (2009): World Economic Situation and Prospects 2009. New York

2.1. Rückgang des Welthandels

Die UNO prognostiziert einen Rückgang der Exporte (in Dollarwert) um weltweit 4,4%. In den Industrieländern wird der Rückgang 7,3% betragen, davon in der EU 11,7%, in den Transitionsländern 4,3%, für Lateinamerika und die Karibik 2,5 und für Afrika 7,1%. Lediglich in Ostasien werden die Exporte noch um 6% wachsen, darunter China mit 14,8% allerdings ist auch dieses Wachstums ein Absturz von hohem Niveau, nämlich 18,2% resp. 20,8% (alle Zahlen in diesem Absatz aus: UNO 2009).

Am stärksten spürbar wird der Rückgang der Nachfrage aus den USA sein. Denn über Jahre hinweg war der schuldenfinanzierte US-Konsum Motor der globalen Konjunktur. Stark betroffen ist bereits jetzt China, dem für 2009 ein Sinken des Wachstums auf 8,4% vorhergesagt wird (UNO 2009), nachdem das Land bis 2007 vier Jahre lang zweistellige Wachstumsraten hatte. Auf den ersten Blick könnten 8,4% als geradezu traumhaft erscheinen zumal damit eine gewisse Abkühlung einer erhitzten Konjunktur einhergeht. Allerdings sind 8% für China eine Untergrenze. Wird diese unterschritten, lassen sich die enormen inneren Probleme wie Binnenmigration, strukturelle Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum, unzulängliche soziale Sicherungssysteme etc. nicht auffangen.

Auch all jene Länder, die stark von Exporten in die USA abhängig sind, wie Mexiko, Mittelamerika und die Karibik, werden stark betroffen sein. Im Nachhinein bestätigt sich damit noch einmal, dass es auch aus stabilitätspolitischen Gründen klug war, dass Südamerika sich nicht an dem Projekt der Bush-Administration beteiligte, eine Freihandelszone von Kanada bis Feuerland zu etablieren.

Die Nachfrage aus den Industrieländern wird also zurückgehen und damit der Export dorthin. Am deutlichsten spürbar ist das bei Rohstoffen, die die Basis des zurückliegenden Wachstumsbooms war. Besonders drastisch sichtbar ist der Trend beim Rohöl, dessen Preis von knapp 150 USD pro Fass im Juli 2008 auf unter 50 USD Ende Dezember gefallen war. Diese Entwicklung erfasst auch die anderen Rohstoffe.

Der Rohstoffpreisverfall führt dann wiederum zu Sekundäreffekten, die allerdings differenzierte Auswirkungen haben. Während die Rohstoffexporteure Einnahmeverluste hinzunehmen haben, bekommen Länder die stark vom Import dieser Produkte abhängig sind, eine Entlastung.

Dem Verfall der Rohstoffpreise liegt allerdings kein langfristiger Trend zugrunde. Er ist ausschließlich krisenbedingt und wird sich bei Nachlassen der Krise umkehren.

2.2. Rückgang bei FDI hat eingesetzt

Parallel zur Nachfrage werden auch die Investitionen (FDI) der Industrieländer im Süden zurückgehen. Für 2008 schätzt die UNO den Rückgang auf 10% (UNO 2009)³ Das erscheint auf den ersten Blick relativ wenig. Aber zum einen hat der Rückgang gerade erst begonnen, zum anderen haben FDI einen langen „Bremsweg“. Anders als reine Finanzinvestitionen, die sofort zurückgezogen werden können, lässt sich der Bau einer Fabrik nicht so schnell stoppen.

Auf den ersten Blick, könnte dieser Rückgang dort begrüßenswert sein, wo FDI zu entwicklungspolitisch, sozial und ökologisch problematischen Ergebnissen führt. Aber so wenig wie das Schrumpfen des Wachstums in der Rezession die ökologische Wende bedeutet, so wenig ist der krisenbedingte Rückgang von FDI ein entwicklungspolitischer Fortschritt. Die Wende zu einer sozial gerechten und ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaft wird nur als Resultat planvollen Umbaus entstehen, nicht durch das Chaos von Zusammenbrüchen.

Als generelle Folge der Krise wird sich Zahlungsbilanz vieler Entwicklungsländer verschlechtern, mittelfristig werden viele Länder neue Schuldenberge anhäufen müssen.

³ United Nations (2009): World Economic Situation and Prospects 2009. New York

3. Folgen der realwirtschaftlichen Krise für arme Länder

Während einige Schwellenländer, wie Brasilien immerhin als Ziel für spekulative Geschäftsmodelle wie Carry Trade in das System des Kasinokapitalismus einbezogen waren (s.u.), war für die armen Entwicklungsländer (LICs) nicht einmal das der Fall. Sie waren für die exorbitanten Profitinteressen institutionelle Investoren einfach uninteressant.

Dennoch wird auch diese Ländergruppe durch den Rückgang des Welthandels, den damit verschärften Wettbewerb und die anderen Kriseneffekte hart getroffen werden. Zudem sind ihre Volkswirtschaften noch verwundbarer als die der Schwellenländer. Schon bei der Asienkrise z.B. traf es Laos härter als das Krisenland Thailand, obwohl in Laos so gut wie kein Finanzmarkt existierte. Da das Land aber 80% seiner Exporte an Thailand verkauft, hatte das Sinken der Nachfrage dramatische Folgen.

Auch das Potential, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ist in dieser Ländergruppe sehr gering. Während z.B. China in der Lage ist, auf seinen Wachstumsrückgang mit einem Konjunkturpaket von 450 Mrd. USD zu reagieren, verfügt kein armes Land über vergleichbare Möglichkeiten.

3.1. Sinken der workers remittances

Neben den im vorherigen Abschnitt geschilderten Übertragungsmechanismen der Krise kommen bei dieser Ländergruppe noch einige besondere Ansteckungsmechanismen hinzu. Dazu gehört z.B. der Rückgang der Überweisungen von Arbeitsmigranten (workers remittances) in ihre Heimatländer.

Insgesamt beträgt dieser Posten weltweit mit 282 Mrd. USD für die Entwicklungsländer inzwischen fast das Dreifache der Entwicklungshilfe. In einigen Ländern, stellen sie einen bedeutenden Anteil des BNP, so z.B. in Bangladesh (9,5%), El Salvador (18,4%), Haiti (20%), Honduras (24,5%), Philippinen (11,6%).⁴ Insgesamt trägt dieser Posten für die Gruppe der LICs mit 6% zum BNP bei. Die *remittances* sind also ein beträchtlicher Nachfragefaktor, insbesondere bei den unteren Einkommenschichten.

Schon jetzt sind Migranten in den arabischen Ölländern durch den Absturz des Ölpreises stark betroffen. Aber auch in den Industrieländern gehören sie zu den ersten Opfern von Kündigungen.

3.2. ODA

Bisher ist nicht zu erkennen, dass irgendwo die Entwicklungshilfe wegen der Krise gekürzt würde. Selbst für hartgesottene Finanzminister ist wohl klar, welche politische Bankrotterklärung es wäre, einerseits Rettungspakete für Banken und Konjunkturprogramme in der Größenordnung von 2 Billionen US-Dollar aufzulegen, während die vergleichsweise lächerlichen Summen bei der ODA gekürzt würden. Ein solcher Schritt würde das Verhältnis zu den Entwicklungsländern schwer belasten. Allerdings ist zu befürchten, dass die geplanten Steigerungen zur Erfüllung der MDGs nicht erreicht werden. So hat die Bundesrepublik sich verpflichtet, ihren Anteil bis 2010 auf 0,51% des BNP und 2015 auf 15% zu erhöhen. 2010 ist nächstes Jahr. Die Zahlen für 2008 liegen noch nicht vor. 2007 stand der deutsche Beitrag nach offiziellen Angaben bei 0,37%. In den zwei Jahren davor stagnierte er bei 0,35%.⁵ Es wird sich zeigen, ob das BMZ und die entwicklungspolitische Community in der Lage sind, genügend Druck zu entwickeln, damit das Ziel noch erreicht wird.

⁴ www.econ.worldbank.org/WEBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK21121930~menuPK:3145470~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.htm

⁵ OECD DAC: http://stats.oecd.org/wbos/index.aspx?DatasetCode=ODA_DONO

4. Finanzmarktbedingte Ansteckungsmechanismen

Sehr schnell und stark betroffen waren die privaten Kapitalflüsse in die Schwellenländer.

4.1. Rückgang der privaten Kapitalflüsse

Sie sind ab dem dritten Quartal 2008 deutlich gefallen, während die Kapitalkosten gestiegen sind. Die Spreads, d.h. die Zinsdifferenz zwischen dem Zinssatz im Interbankenverkehr und den realen Zinsen für den einzelnen Kreditnehmer schnellten dem für Schwellenländer repräsentativen Emerging Markets Bond Index (EMBI) zufolge in der zweiten Hälfte von 250 Basispunkten 550 (1 Basispunkt = 0,01%) nach oben. Das Volumen von Bankkrediten ging um 40% zurück (UNO 2009). Das ist eine direkte Folge der Kreditverknappung im Interbankenhandel, die ja auch die (Re)Finanzierungsbedingungen in den Industrieländern so sehr verschlechtert hat.

Als generelle Folge der Krise wird sich Zahlungsbilanz vieler Entwicklungsländer verschlechtern, mittelfristig werden viele Länder neue Schuldenberge anhäufen müssen.

4.2. Carry trade

Ein direkter Übertragungsweg der Finanzkrise auf Schwellenländer war der sog. *carry trade*, eine Form von Zinsarbitrage.⁶ Demnach wurde in einem Land mit niedrigen Zinssätzen – vorwiegend Japan – ein Kredit aufgenommen. Die Summe wird anschließend in einem Hochzinsland, z.B. Brasilien, als Kredit in brasilianischen Reais ausgereicht. Die Zinsdifferenz ist der Bruttogewinn dieses Geschäftsmodells.

Die Kehrseite ist zum einen, dass die Zinsen für den Reais-Kredit von der brasilianischen Volkswirtschaft erarbeitet werden müssen um dann der Volkswirtschaft entzogen zu werden. Zum anderen ist der *carry trade* ein Instabilitätsfaktor. So haben im Zuge der Krise die institutionellen Anleger ihre Positionen in Brasilien abrupt aufgelöst. Es kam im Oktober 2008 innerhalb weniger Tage zu einer Abwertung der brasilianischen Währung um 25% und zu einem Absturz der Aktienkurse. Umgekehrt führte die Repatriierung der Gelder zu einer vorübergehenden Aufwertung des Yen und des Dollar.

4.3. Nahrungsmittelspekulation

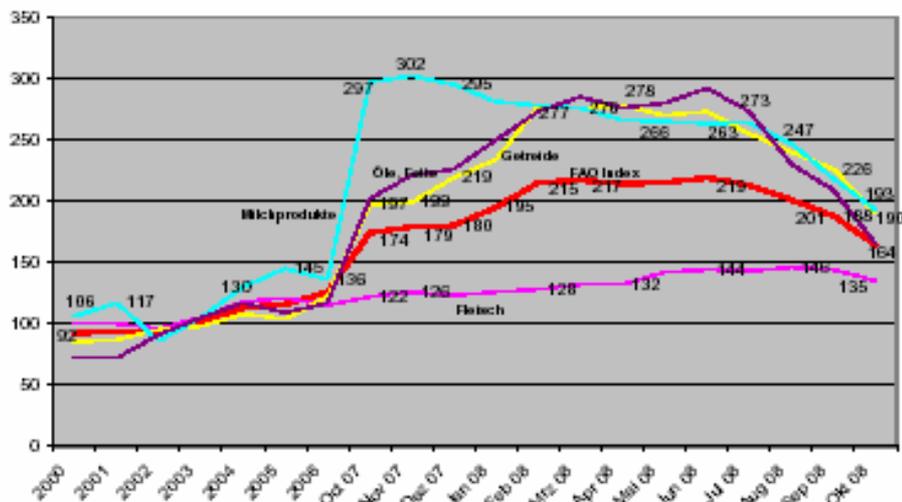
Ein drastisches Beispiel dafür, wie sich hinter der Fassade von Nadelstreifen und scheinbarer Seriosität existentielle Nöte für Millionen von Menschen verbergen, ist die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Ende 2007 waren die Nahrungsmittelpreise weltweit drastisch gestiegen (s. Grafik). Der Nahrungsmittelpreisindex der FAO wies in den 15 Monaten zwischen Ende 2006 und März 2008 eine Preissteigerung von 71% auf. Besonders dramatisch war die Steigerung bei Reis und Getreide, wo die Preise um 126% in die Höhe schossen. Es war vorwiegend Finanzspekulation, die diese Preissteigerungen verursacht hat.

In der Zeit, in der die Preise am Steigen waren, wurde dies heftig bestritten. Da die Preisbildung bei Agrarrohstoffen in der Tat komplex ist, wurden alle möglichen Faktoren bemüht, um den Preisanstieg zu erklären, so z.B.

- steigende Nachfrage in Schwellenländern. So konsumieren z.B. Chinesen zunehmend Milchprodukte;
- stagnierende Produktivitätsentwicklung und Unterinvestition in die Landwirtschaft,
- Produktion von Biokraftstoffen.

⁶ Im Gegensatz zu Spekulation, die auf der Erwartung einer Preisänderung in der Zukunft beruht, nutzt die Arbitrage eine bekannte Kursdifferenz. Deshalb ist das im Vergleich zur Spekulation ein sicheres Geschäft.

FAO Lebensmittelpreisindex
(Durchschnitt 1998-2000 = 100)



Quelle: FAO

Nachdem die Preise ab Juli 2008 wieder fielen, haben sich diese Erklärungen allerdings in Luft aufgelöst. Denn die genannten Faktoren sind langfristig wirkend, die weder in der relativ kurzen Zeit von 10 Monaten so steil nach oben gehen noch in noch kürzerer Zeit wieder nach unten. So schnell fangen die Chinesen nicht an Yoghurt zu essen, um in ein paar Monate wieder damit aufzuhören und so rasch absorbiert auch nicht die Produktion von Biokraftstoff landwirtschaftliche Nutzflächen.

Die Preiskurve hat dagegen die typische Form einer spekulativen Blase. Grund für den Anstieg: die Subprime-Krise war von einer Hypothekenkrise zu einer Kreditkrise übergegangen. Ganze Marktsegmente brachen zusammen, wie das der toxischen Derivate. Investmentbanken und Hedge Fonds hatten Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe. In dem Maße wie die Spekulation im Finanzsektor schwerer wurde, suchten die Investoren angestrengt nach neuen Märkten und warfen sich jetzt auf die Rohstoffmärkte, in erster Linie Erdöl, aber auch agrarische Rohstoffe.

2007 wuchs der Handel mit landwirtschaftlichen Futures u.a. Derivaten um 32%. Gleichzeitig stieg zwischen Juni 2005 und Juni 2007 der Wert von Rohstoffderivaten, die Over the Counter, also außerbörslich gehandelt wurden, um nahezu 160%⁷. An der Rohstoffbörse in Chicago, stieg die Anzahl der Kontrakte zwischen Oktober 2007 und Ende März 2008 um 65%,⁸ ohne dass sich die reale Produktion deswegen erhöht hätte.

D.h. die Blase hatte begonnen sich zu aufzublähen. Der Preisanstieg bei Derivaten zog wiederum einen Anstieg der Spotmarktpreise nach sich. Denn, zum einen haben Käufer auf den Spotmärkten mehr auf Vorrat gekauft, um weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen. Das erhöht die Nachfrage und erzeugt Preisdruck nach oben. Zum anderen haben Verkäufer in der Erwartung höhere Preise mit dem Verkauf gewartet und damit das Angebot verknappt. Die Spekulation der Institutionellen Investoren hatte also eine ganze Kette spekulativen Verhaltens bei anderen Akteuren in Gang gesetzt.

Hinzu kommt, dass Spekulation nicht nur über den direkten Weg der Nahrungsmittelbörsen eine Rolle spielte, sondern auch indirekt über den Ölpreis. Öl ist in allen Phasen der landwirtschaftlichen Produktion und des Vertriebs beteiligt. Ähnlich wie bei den Nahrungsmittelpreisen, war auch die Ölpreisblase in diesem Zeitraum weitgehend spekulationsbedingt. Spekulation war also auf zweifache Weise an der Blase der Nahrungsmittelpreise beteiligt.

⁷ Bank for International Settlement (2008): Amounts outstanding of over-the-counter (OTC) derivatives. www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf, Geneva

⁸ Financial Times Deutschland, 31.05.2008

Ab Juli stürzten die Preise dann wieder regelrecht ab. Auch dies ist auf die Finanzkrise zurückzuführen, die in diesem Zeitraum eine weitere Verschärfung erfuhr. Hedge Funds und anderen Institutionellen Investoren wurde angesichts der realwirtschaftlichen Krise nun auch die Rohstoffspekulation zu riskant und es setzte eine erneute Fluchtwelle ein, dieses Mal in US Treasury Bonds, quasi der letzte Hafen, in denen sich das Kapital flüchten kann.

Von deutscher Seite war mindestens die Deutsche Bank an der Nahrungsmittelspekulation beteiligt. Im Mai 2008 machte sie auf Brötchentüten Reklame für ihren Agriculture Euro Fond: *„Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fond haben Sie die Möglichkeit, an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren.“*

Resultat dieses Geschäftsmodells: *„Zwischen 109 und 126 Millionen Menschen sind infolge der Nahrungsmittelpreissteigerung seit 2006 unter die Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag gefallen. ... In Subsahara Afrika dürfte die extreme Armut um 8% gestiegen sein. Das bedeutet, dass die jüngsten Nahrungsmittelpreissteigerung die Erfolge bei der Armutsreduzierung zwischen 1990 und 2004 wieder zunichte gemacht haben.“* (UNO 2009).

4.4. Hedgefonds u.a. HLI in Schwellenländern

Abgesehen von Carry Trade haben Hedgefonds, Private Equity Fonds u.a. unregulierte und hochriskante Akteurstypen (Highly Leveraged Institutions - HLI) bisher nur in geringem Maße direkt in Schwellenländern operiert. Dabei handelte es sich um Fonds aus den Industrieländern, bzw. aus deren OFCs, wie den Cayman Inseln. Einer Studie von 2006 zufolge⁹, gab es damals 423 Hedgefonds, in Entwicklungsländern. Das wären etwa über 4% der insgesamt ca. 9.000 Fonds weltweit. Das von ihnen verwaltete Vermögen betrug damals 62,57 Mrd. USD - ein Anteil von 8,6%.¹⁰

In der Vergangenheit hatten Hedgefonds zur Krisenübertragung beigetragen, so in der Brasilienkrise 1998, als Hedgefonds versuchten, Verluste in Russland durch spekulative Geschäfte in Brasilien zu kompensieren. Auch der Crash des Hedgefonds LTCM hatte Auswirkungen in Brasilien.¹¹ (Griffith-Jones:2007 S. 13/14)

Falls die Krise nicht ohnehin das Aus für das Geschäftsmodell der Hedgefonds u.ä. bedeutet, könnte es sein, dass im Zuge einer Regulierung der HLIs, diese verstärkt in Schwellenländer auszuweichen versuchen.

4.5. Zunahme der Währungsvolatilität

Eine weitere Konsequenz der Krise ist die zunehmende Währungsvolatilität. Dabei sind insbesondere die Dollarschwankungen von Belang. Da der Welthandel weitgehend in Dollar abgewickelt wird, trägt ein Sinken des Dollarkurses, wie er in der ersten Hälfte 2008 einsetzte, dazu bei, dass die Exporteinnahmen zurückgehen. Zwar hat der Dollar in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas aufgewertet. Das dürfte aber nur ein vorübergehendes Phänomen gewesen sein, das vor allem auf die krisenbedingte Flucht der (institutionellen) Investoren in den sicheren Hafen der US-Treasury Bonds gewesen sein. Mittel- und langfristig dürfte mit der Gesamtschwächung der US-Ökonomie auch der Dollar schwächer werden. Zudem liegt ein schwacher Dollar auch im Interesse der USA, ihr Leistungsbilanzdefizit abzubauen und den eigenen Export zu stärken.

4.6. Steuerparadiese und Offshore Zentren (OFCs)

Die entwicklungspolitisch äußerst negativen Effekte von OFCs sind in den letzten Jahren wiederholt dargestellt worden. Sie fördern die Kapitalflucht und betreiben Steuerdumping. Zudem bilden sie die Operationsbasis für HLIs, für Steuerhinterziehung, Geldwäsche durch

⁹ Foss Roland / Kaiser, Dieter G. (2006): Dynamic Linkages between Hedge Funds and Traditional Financial Assets. o.O.

¹⁰ Wahl, Peter (2008): Superstars in the Emperor's New Clothes. Hedge Funds and Private Equity Funds What is at Stake? Berlin

¹¹ Griffith-Jones, Stephany (2007): New Investors in Developing Countries: Opportunities, Risks and Policy Responses, the Case of Hedge Funds. o.O.

Drogenhändler, Waffenschmuggler, die Mafia und Terroristen. Solche Finanz- und steuerrechtsfreien Räume haben in einer zivilisierten Finanzordnung nichts verloren.

Komplex II: Aktuelle Handlungsanforderungen für die Entwicklungspolitik

In der Krise liegt auch die Chance, einen Reformprozess einzuleiten, der zu einer sozial gerechten, ökologisch tragfähigen und entwicklungsfreundlichen Globalisierung führt. Die entwicklungspolitische Community kann sich daher nicht nur um Entwicklungspolitik im engeren Sinne kümmern. So wie die Ursachen des Crashes in den USA und den anderen Industrieländern liegen, so wird ein Schutz der Schwellen- und Entwicklungsländer vor einem neuen Crash von einem stabilen und nachhaltigen globalen Finanzsystem abhängen. Dazu sind auch bei uns Reformen notwendig, die eine Wiederholung des gegenwärtigen Desasters ausschließen.

Als erstes ist das nun Bankrott gegangene Leitbild des Neoliberalismus durch ein zukunftsfähiges Leitbild zu ersetzen, in dem sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung Priorität vor dem Profit der Shareholder hat. Dies lässt sich nur durch eine politisch gestaltete, den Interessen der Gesamtgesellschaft verpflichtete Politik erreichen. Der Markt ist dazu nicht in der Lage. Dazu muss die Dominanz der Finanzindustrie, ihrer Logik und Dynamik über die Realwirtschaft beendet werden. Die dazu notwendigen Reformen können hier nicht im Einzelnen dargestellt werden.

Notwendig ist es aber, dass sich die entwicklungspolitische Community in diese Debatte einmischt. Sie darf nicht den Finanzpolitikern und ihren Beratern aus Finanzindustrie und der ideologischen Monokultur der an deutschen Hochschulen herrschenden Finanzwissenschaftlichen überlassen werden. Was dabei herauskommt, haben wir jetzt gesehen.

Institutionelle Fragen

In der bevorstehenden Phase der Auseinandersetzung um eine neue Finanzarchitektur, wird eine Schlüsselfrage sein, in welchem institutionellen Rahmen der Reformprozess stattfindet. Die G20 sind dazu ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie sollten die globale Steuerung der Finanzmarktreformen übernehmen. Allerdings sind eine Repräsentanz der armen Länder und eine Einbindung in das UN-System nötig. Darüber hinaus ist eine Partizipation von Gewerkschaften, NGOs u. a. zivilgesellschaftlichen Stakeholdern zu institutionalisieren.

Dem IWF, der Weltbank sowie den Regionalbanken wäre unter der Ägide der G20 die Rolle von Durchführungsorganisationen zuzuweisen. Die WTO gibt die Kompetenz über den Annex zu Finanzdienstleistungen im GATS an die erweiterte G20 ab. Die BIZ beschränkt sich auf die Rolle des Think Tanks und eines statistischen Amtes und hat kein Verhandlungsmandat mehr.

Darüber hinaus muss Regulierung und Aufsicht einen viel größeren Stellenwert bekommen als bisher und entsprechend juristisch und materiell ausgestattet werden. Dabei ist soviel wie möglich multilateral zu machen, wo dies auf Grenzen hat ein großes Land wie die Bundesrepublik oder ggf. die EU noch immer bedeutende Spielräume, die genutzt werden können. Das beliebte Verstecken hinter den Schwierigkeiten multilateraler Vereinbarungen muss aufhören.

Alle Finanzmarktakteure sind zu regulieren und der Aufsicht zu unterstellen. Solche die das nicht tun, erhalten keine Arbeitserlaubnis.

Zu einigen Einzelfragen im Konzept der Anhörung:

- Welche Initiativen sind notwendig, um der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern zu begegnen?
 - Die Bankenregulierung- und -aufsicht verbietet Banken Transfers in Steuerparadiese und OFCs. Möglichst multilateral, notfalls unilateral.
 - Das Bankgeheimnis gegenüber der Aufsicht wird aufgehoben.
 - Wie die Bush-Administration erfolgreich demonstriert hat, können selbst Länder wie die Schweiz bewegt werden, sich in transparente internationale Verfahren zu integrieren. Nummernkonten u.ä. Praktiken sind eine Wettbewerbsverzerrung.
 - Durch TZ und in schwierigen Fällen durch Konditionalitäten sind solide Steuersysteme, incl. Steuerfahndungssysteme in den Entwicklungsländern zu fördern.
- Welche Auswirkungen hätte eine stärkere Regulierung von so genannten „institutionellen Anlegern“ und deren Aktivitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern?
 - Die wichtigsten Institutionellen Anleger, die Investmentbanken sind mit wenigen Ausnahmen verschwunden. Eine Wiederauferstehung ist zu unterbinden.
 - Hedge Funds, Private Equity Funds, REITS etc. werden mindestens zur Hälfte ebenfalls verschwinden. Die Überlebenden sind wie Banken zu behandeln. Durch administrative (Transparenz, Registrierungspflicht) und steuerliche Maßnahmen (Kapitalverkehrssteuer) werden ihre Hebelwirkung und riskante Spekulationsgeschäfte (z.B. Leerverkäufe) unterbunden.
 - Der OTC-Handel mit Derivaten wird verboten. Wenn alle Institutionen der Aufsicht unterliegen, ist das durchzusetzen. Derivate werden nur noch an der Börse gehandelt nach vorheriger Prüfung auf ihre stabilitäts- und entwicklungspolitische Verträglichkeit (TÜV für Derivate).
- Sind die aktuell praktizierten Strategien zur Um- und Entschuldung von Entwicklungsländern ausreichend, um einen akzeptablen Grad der Verschuldung zu erreichen? Welche zusätzlichen Initiativen sind hier empfehlenswert?
 - Es fehlt eine Insolvenzregelung zur geregelten Entschuldung von Staaten. Vorschläge dazu liegen seit Jahren auf dem Tisch (sog. FTAP). Sie muss das bisherige Konstrukt (G8, BWI, Pariser Club) ablösen.
- Wie sollte mit dem Problem der Spekulation auf Nahrungsmittel und Rohstoffe umgegangen werden?
 - An den Rohstoffbörsen ist ein Handelsregister einzurichten, das nur den spezialisierten Händlern (sog. commercial trade) Zugang gewährt. Hedge Fonds u.a. institutionelle Spekulanten erhalten keinen Zugang.
 - Das Restrisiko für das Entstehen spekulative Blasen entstehen kann aufsichtsrechtliche unter Kontrolle gehalten werden.
 - Der Agrarsektor zumindest für Grundnahrungsmittel wird aus der WTO herausgenommen und nach einem internationalisierten Raiffeisenmodell organisiert.

- Das Recht auf *SDR* (spezial and differential treatment) der Entwicklungsländer gegenüber dem transnationalen Agrobusiness wird ausgeweitet. Zeitliche Begrenzungen werden aufgehoben.
- Die Patentierung von Saatgut für Grundnahrungsmittel wird unterbunden. Die Entwicklung neuer Sorten findet in einem internationalen Forschungsverbund unter öffentlicher Kontrolle (UNO) statt.
- Welche Maßnahmen können zusätzlich ergriffen werden, um den Fluss von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer in jene Wirtschaftssektoren zu erhöhen, die einen Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltiger Steigerung der Staatseinnahmen leisten?
 - Die öffentliche Hand im Mutterland von Investoren lenkt durch einen Mix aus Steuererleichterungen und Strafsteuern Investitionen in die richtige Richtung. Ansätze, wie sie in der Hemeskreditvergabe bestehen, sind entsprechend auszudehnen.

Deutscher Bundestag
Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschussdrucksache
Nr. 16(19)509

10. Februar 2009

d.i.e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Deutscher Bundestag
Berlin, 11.02.2009

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik

Dr. Peter Wolff

Leiter der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Die Entwicklungsländer sind von der Weltfinanzkrise massiv betroffen. Nach dem derzeitigen Stand der Prognosen wird sich das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer 2009 gegenüber dem Vorjahr halbieren. Der Welthandel wird erstmals seit 1982 zurückgehen. Die Krise wirkt sich über zwei Kanäle aus: Zum einen über die Verschlechterung der externen Finanzierungsbedingungen, zum anderen über den weltweiten Nachfragerückgang.

Am stärksten wirkt sich die Krise zunächst in den Schwellenländern aus. Ihre Exporte sind stark rückläufig; Kapital fließt bereits seit einigen Monaten ab; die Finanzierungsbedingungen auf den Kapitalmärkten haben sich für sie drastisch verschlechtert; ihre Währungen stehen unter Abwertungsdruck; ihr Wirtschaftswachstum wird 2009 um mindestens 2-3 Prozentpunkte niedriger sein als in den Vorjahren. Dies ist im wesentlichen auf Ansteckungseffekte der Weltfinanzkrise zurückzuführen. Die meisten Schwellenländer - mit Ausnahmen in Osteuropa - haben in den vergangenen Jahren eine solide Wirtschaftspolitik betrieben. Durch Schuldenabbau, Leistungsbilanzüberschüsse und hohe Währungsreserven haben sie sich wirtschaftspolitische Handlungsspielräume erarbeitet, die bei der Krisenbewältigung genutzt werden können. Es wird aber kaum zu verhindern sein, dass öffentliche und private Investitionen zurückgehen, mit nachteiligen Folgen für Wachstum und Armutsreduzierung.

Die armen Entwicklungsländer werden mit einer gewissen Zeitverzögerung betroffen, weil sie weniger in das Weltfinanzsystem integriert sind. Wegen der rückläufigen Rohstoffpreise, sinkender Exportnachfrage, sinkender ausländischer Direktinvestitionen und sinkender Überweisungen von Arbeitsmigranten wird auch dort das Wirtschaftswachstum in 2009 voraussichtlich um 2-3 Prozentpunkte zurückgehen. Für Subsahara-Afrika, das in den vergangenen Jahren ein bemerkenswert stabiles Wirtschaftswachstum von ca. 6% erreicht hatte, kann dies einen schmerzlichen Rückschlag für den aufstrebenden Privatsektor bedeuten.

Die Armut wird sich in den Entwicklungsländern erhöhen Wegen der steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise in den vergangenen zwei Jahren hat sich die Zahl der Armen nach Schätzungen der Weltbank bereits vor der Finanzkrise um ca. 100 Millionen Menschen erhöht. Zwar sind die Energie- und Nahrungsmittelpreise aufgrund der Rezession gefallen. Sie bleiben aber voraussichtlich auf einem höheren Niveau als noch vor zwei Jahren. Die Realeinkommen sind dadurch bereits gesunken und werden durch den

Wachstumsrückgang weiter sinken. Ebenso werden die Defizite der öffentlichen Haushalte, die bereits durch steigende Nahrungsmittel- und Energiesubventionen belastet waren, jetzt wegen sinkender Steuereinnahmen steigen. Soziale Abfederungsmaßnahmen sind notwendig, um den Anstieg der absoluten Armut zu begrenzen. Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume sind in den armen Ländern allerdings sehr begrenzt. Während in einigen Schwellenländern (China, Brasilien) gezielte Maßnahmen zur sozialen Abfederung auf der Basis eigener Haushaltsmittel eingeleitet wurden, sind die meisten armen Entwicklungsländer auf Unterstützung durch die Geber angewiesen.

Die Krisenreaktion orientiert sich bisher im Wesentlichen am Bedarf der Entwicklungsländer mit mittlerem und höherem Einkommen. Zentralbanken und IWF haben rasch auf den steigenden Liquiditäts- und Kreditbedarf der Schwellenländer und der Länder mit mittlerem Einkommen reagiert. Die Weltbank hat eine Verdreifachung ihrer IBRD-Ausleihungen in den nächsten drei Jahren angekündigt und hat spezielle Kreditprogramme zur Handelsfinanzierung, zur Re-Kapitalisierung von Banken und zur Infrastruktur-Finanzierung eingerichtet. Sie bereitet zusammen mit anderen Gebern (Japan, China, AsDB) einen Stand-by-Fonds für Indonesien vor, um diesem Land den Gang zum IWF zu ersparen. Die IFC hat einen Investitionsfonds eingerichtet, in den asiatische und arabische Staatsfonds zunächst 1 Mrd. US\$ einzahlen sollen. Es ist sinnvoll, dass die Krisenreaktion zunächst an den Entwicklungsländern mit mittlerem und höherem Einkommen ausgerichtet ist - wegen ihrer systemischen Bedeutung für die Weltwirtschaft, aber auch wegen der sozialen Auswirkungen der Krise in diesen Ländern.

Es besteht wenig Spielraum zur Unterstützung der armen Entwicklungsländer. Bisher wurden keine Zusagen zur Erhöhung der ODA als Kompensation für die „Kollateralschäden“ der Finanzkrise in den Entwicklungsländern gemacht. Bei der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Doha wurden lediglich die bestehenden Zusagen bekräftigt. Die Weltbank hat angekündigt, von den ihr zur Verfügung stehenden IDA-Mitteln (42 Mrd. US\$) 2 Mrd. US\$ zur schnellen Auszahlung in 2009 vorzuziehen, ohne dass das Gesamtvolumen von IDA-15 dadurch erhöht würde. Es wird also darauf ankommen, dass die bilateralen Geber ihre Zusagen tatsächlich einhalten und möglicherweise, wie die Weltbank, einen Teil der zugesagten Mittel auf 2009 vorziehen, um den armen Entwicklungsländern eine angemessene Krisenreaktion – eine Mischung aus kurzfristigen sozialen Abfederungsmaßnahmen und langfristigen Investitionen - zu ermöglichen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die im EU-Stufenplan zugesagte Erhöhung der ODA bis 2010 nur dann eingehalten werden kann, wenn in den Haushalten 2009 und 2010 deutliche Aufstockungen vorgenommen werden.

Weitere Handlungsoptionen:

- . Abschluss der Doha-Handelsrunde mit Konzessionen an die ärmsten Länder.
- . Antizyklisches Verhalten der Entwicklungsbanken: Kapitalerhöhung bei den Regionalen Entwicklungsbanken, um eine Erhöhung der Ausleihungen analog zur Weltbank zu ermöglichen; KfW/DEG: Förderung des Privatsektors auf der Basis von Kapitalmarktmitteln (evtl. mit Zinssubventionen aus Haushaltsmitteln für LDCs).
- . Förderung der Mobilisierung von eigenen Finanzressourcen in Entwicklungsländern: Unterstützung bei der Kapitalmarktentwicklung, Eindämmung von Kapital- und Steuerflucht.